

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) FH-Joanneum, Erhalt sämtlicher Studiengänge in Graz

GR. Dr. **Piffli-Percevic** stellt namens der ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grüne und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ein Thema, das uns auch medial in Anspruch genommen hat und auch die diversen Pressesekretäre, Pressestellen und alle die, die dieses Handwerk sehr gut beherrschen, aber trotzdem besonders gefordert hat, ist Gegenstand eines gemeinsamen dringlichen Antrages, den ich die Ehre habe vorzutragen. Ich fasse den Antrag selbst zusammen und komme dann zur Begründung.

1. Der Gemeinderat, so lautet der Antrag, spricht sich entschieden gegen die Verlegung von Studiengängen aus unserer Grazer FH-Joanneum an andere Standorte dieser erstklassig positionierten Institution in der österreichischen Bildungslandschaft aus.

2. Wir richten dazu auch eine Petition an den Landtag, der erst kürzlich, im Vorjahr, einen Rahmenplan für die nächsten Jahre bis 2010 beschlossen hat, in dem alle Studiengänge, die derzeit in Graz, Kapfenberg und Bad Gleichenberg betrieben werden, aufgelistet sind und der von der planmäßigen Weiterentwicklung dieser Studiengänge an ihren Standorten ausgeht. Wie gesagt, das was wir medial vernommen haben, war geradewegs das Gegenteil. Wir fordern den Landtag auf, seinen Rahmenplan, der ganz in unserem Interesse ist, einzuhalten und dort auch noch einmal zu fordern, dass die planmäßige Weiterentwicklung der derzeit etablierten Studiengänge, Stichwort Bologna-Prozess, sichergestellt wird. Das heißt Baccalaureat und Magisterstudien zusätzlich den zu bisherigen En-bloc-Diplomstudien in einem, das ist die neue Entwicklung. Das heißt, die Fachhochschule ist kein statisches - auch in den Studiengängen selber - kein statisches, sondern ein dynamisches Unterfangen und diese Dynamik wollen wir sichergestellt wissen. Das ist die Petition. Und jetzt kommen wir durchaus zu dem Bereich der Hausaufgaben, die wir uns schon lange vorgenommen haben, aber die bisher nicht umgesetzt wurden. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen entsprechend unserer sieben Millionen Euro, die wir jährlich in die FH-Joanneum am Standort

Graz-West investieren, entsprechend dieses Betrages auch eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung an der FH-Joanneum zu fordern. Das tun wir nicht, um im Firmenbuch einen Prozentsatz vermerkt zu haben und an den Zustelladressen dieser Dokumente teilzuhaben, sondern einzig und allein, damit wir mitreden können, damit wir Informationen innerhalb einer akzeptablen Zeit bekommen und dass wir an der planmäßigen Entwicklung unseres Kindes, es ist ein Kind von uns, die FH-Joanneum in Graz-West, dass wir auch am weiteren Aufwuchs in einer Vater- oder Mutterrolle teilnehmen können. Diese Rolle wird uns verwehrt, wir sind wie ein Elternteil, der vom Gericht zur Zahlung verurteilt wurde, der aber kein Besuchsrecht und nichts erhalten hat, das ist ein unhaltbarer Zustand (*Applaus ÖVP*). Wir fordern dieses Besuchsrecht ein und zwar tagtäglich. Wie wir festgestellt haben, werden wir post festum über die Medien darüber unterrichtet, dass unser Kind übersiedelt, das Schicksal dessen, was wir mit Steuergeldern - bitte diese sieben Millionen Euro sind Steuergelder der Grazerinnen und Grazer – hat uns nicht mehr zu interessieren. Wir haben dazu beigetragen, dass das Kind geboren wurde, ohne unsere Hilfe wäre das nicht möglich gewesen. Wir haben es in schwierigen Jahren aufgezogen, wir haben schwer zu argumentieren gehabt. Denn das, was dort erstmalig in der österreichischen Bildungslandschaft, Industrial Design Stichwort, erstmalig in Österreich Journalismus und Unternehmenskommunikation, an einer Fachhochschule erfolgt ist, ist großartig. In Wien und Salzburg kann man Publizistik studieren, ich gratuliere jedem, der das gemacht hat, die Allermeisten sind aber leider auf der Arbeitssuche von dort, unabhängig davon, dass natürlich jeder das studieren können soll, was er will. Die FH hält glücklicherweise Studien für uns bereit und für unsere Kinder, die extrem positiv nachgefragt sind. Das ist ja auch der Grund gewesen, warum im Jahr 1993, am Vorabend des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union - wir erinnern uns - der damalige Wissenschaftsminister Busek im Verein mit allen Bildungs- und Wissenschaftssprechern der großen verantwortungstragenden Parteien in diesem Lande ein revolutionäres Modell im Universitätsbereich sozusagen über Nacht realisiert hat. Dies erfolgte aber mit großem Konsens, abgestimmt mit der Wirtschaft. Wenn ich etwas schnell mache, ist es deswegen noch nicht schlecht, wenn es gut eingebettet, gut abgesprochen ist, diese Fachhochschule wurde zum Erfolgsmodell, wurde zum Herzeigemodell. Auch die FH Joanneum in Graz, sie ist in Österreich eindeutig bei allen Rankings der einschlägigen Magazine und der Befragungen mit vorne an erster Stelle. Unser

Studiengang Fahrzeugtechnik ist fast immer der bestbewertete Studiengang österreichweit und ich möchte hier, dass Sie jetzt nicht staunen: zu den fast ebenso gut bewerteten Studiengängen gehörten regelmäßig Industrielle Elektronik in Kapfenberg und Industriewirtschaft in Kapfenberg und Infrastrukturwirtschaft in Kapfenberg. Deckt sich das mit dem Eindruck, den wir heute hier bekommen haben? Deckt sich das mit dem Eindruck, den die armen Kapfenberger haben? Die Bürger tun mir leid, dass sie von ihrer Landesregierung derartig negativ in die Auslage gestellt werden und das unter Vernichtung von Steuergeldern des Bundes, des Landes, der Stadt Kapfenberg. Wir bekommen dabei eine ordentliche mit, das können wir nicht hinnehmen (*Applaus ÖVP*). Wir wissen, Bildung ist ja nicht Selbstzweck, Bildung ist unbedingte Voraussetzung dafür, dass wir den Menschen die Chancen auch geben, die in ihnen stecken.

Zwischenruf GRin. Gesek: Sozialdemokratische Bildungspolitik.

Dr. **Piffl-Percevic**: Wir müssen die Schulen und die Einrichtungen schaffen, damit die Leute sie besuchen können, damit die Durchlässigkeit der Bildung gegeben ist, das war ein ganz wichtiges Kriterium. Die Leute können aus der Lehre jetzt ohne Matura an die Hochschule gehen, das war ein Werk der damaligen Bundesregierung und des Nationalrates und die Steiermark und die Stadt Graz haben mit beiden Händen zugegriffen, Gott sei Dank. Die Kapfenberger Politiker, auch der jetzige Landesrat Wegscheider, hat sehr viel zu tun gehabt, das seiner Bevölkerung beizubringen. In Graz, wo wir auf Bildungsfragen positiv sensibel reagieren, war es nicht allzu schwierig, unserer Bevölkerung das schmackhaft zu machen, dass sich die Stadt bei einer universitären Einrichtung auch finanziell engagiert. Der wirkliche Grund war, wir hätten sonst das alles nicht nach Graz holen können. Und jetzt Jahre später diese Vorgangsweise, wo wir jährlich sieben Millionen Euro investieren, wo wir bis jetzt rund eine Milliarde Schilling in unseren Standort Graz-West gesteckt haben, bei bestmöglichen Zensuren, ich wiederhole, international, national, das beste Zeugnis und das Herzeigemodell ist die FH-Joanneum mit ihren Studiengängen in

Graz und Kapfenberg und Bad Gleichenberg. Das darf nicht mutwillig zerstört werden (*Applaus ÖVP*).

Wir alle erinnern uns und haben es gegenwärtig den berühmten Ausspruch „Brutalität ist Simmering gegen Kapfenberg“, derzeit ist für mich der Inbegriff von Brutalität die Landesregierung unter ihrer Führung zusammen mit der Bildungslandesrätin Vollath gegen Kapfenberg und ich wiederhole, wir bekommen dabei eine ordentliche mit, wir wehren uns aber, wir wehren uns aber entschieden. Ich danke dafür, dass sich alle unsere Fraktionen auf Stadtebene, ich nehme euch da, meine sozialdemokratischen Freunde, im positivsten Sinne mit, dagegen aussprechen. Es gab zwar eine ordentliche Denkpause, lieber Walter Ferk, wir haben schon gedacht, dir geht es nicht gut, aber du hast dich dann auch kräftig zu Wort gemeldet,...

Zwischenruf GR. Eichberger: Er ist auch für alles zuständig.

Dr. Piffel-Percevic: ...du hast dich dann auch kräftig zu Wort gemeldet. Die bestmögliche Erklärung, Walter, die einzig positive Erklärung für dein langes Schweigen war, es hat dir wie uns einfach die Rede verschlagen. Wir haben das schnell derpackt, wir haben uns schneller erholt und haben dann sofort gesagt, so nicht (*Applaus ÖVP*). Ich fasse zusammen...

Zwischenruf GR. Eichberger: Sehr gut.

Dr. Piffel-Percevic: Das ist nett, ich danke für die Aufforderung, das auch zu tun. Wir wollen entsprechend unserer jährlichen finanziellen Leistungen gesellschaftsrechtlich in die Gesellschaft. Wir wollen entsprechend unserer finanziellen Leistungen und unseres auszuhandelnden Gesellschafteranteils in die Gesellschaft. Die

sozialdemokratische Fraktion hat immer wieder für sich in Anspruch genommen, wir auch, der Werner Miedl sagt auch immer: da bin ich zuständig, er handelt dann aber danach. Aber so oft, dafür bin ich zuständig, wie von unseren sozialdemokratischen Regierungskollegen habe ich es noch nie gehört. Sagt endlich, wir sind dafür zuständig, die Beteiligungsverhältnisse zu initiieren, ihr habt Gelegenheit gehabt, wir haben zweimal im vergangenen Jahr die Neuordnung der Verträge mit der FH-Joanneum hier am Tisch gehabt und ich oute mich jetzt, ich habe auch zugestimmt, sonst hätten wir neu verhandeln müssen, aber die Verträge haben das nicht enthalten, was wir jetzt mit Recht fordern. Jetzt braucht niemand mehr begründen, warum. Der Anlass ist da, jeder versteht ihn, wir wollen in die Gesellschaft, wir wollen mitbestimmen, wir wollen mitinformiert werden und wir wollen das positive Schicksal, die positiven Möglichkeiten für unsere Studenten sicherstellen, für die über tausend Mitarbeiter, die dort beschäftigt sind, für den Standort Graz. Ich kann nur eines sagen: Wer glaubt, auf einer Kommandobrücke stehen zu können im dritten Jahrtausend, ohne Befassung des Aufsichtsrates, der Generalversammlung, der Professoren, der Studierenden, nicht einmal des neuen Fachhochschulkollegiums, das extra eingerichtet wurde, obwohl diese FH-Werdung angeblich direkter Wunsch von der Frau Bildungslandesrätin war. Beim ersten sich bietenden Anlass wird es – das Kollegium - schlichtweg überfahren, diese Zustände müssen ein Ende haben. Wir wollen dem Bildungsstandort, dem Wirtschaftsstandort Graz, eine gesicherte, gute Zukunft geben und wir wollen dieses Modell aber in unserem Sinne, wie er hier beschrieben wird im Gemeinderat, zum Wohle der Studierenden und aller ausbauen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt den 14.05 Uhr den Vorsitz.

GR. **Herper** zum Antrag: Herr Bürgermeisterstellvertreter, meine Kolleginnen und Kollegen! Du weißt ja, Peter, die Luft ist draußen, das ist ein bisschen ein Nachweiner, den du heute zum Besten gibst, du brauchst dich nicht immer künstlich erregen und deine Fraktion im Besonderen auch nicht (*Applaus SPÖ*). Es gibt berechtigte Sorge, da stimme ich mit dir überein und es ist notwendig einen Graz-Schulterschluss zu machen, wie es unser Vizebürgermeister Walter Ferk gefordert hat...

Zwischenruf GR. Schönegger: Zwei Tage später.

GR. **Herper**: Nicht zwei Tage später. Bleiben wir bei der Wirklichkeit. Walter Ferk hat die Gespräche, die entscheidenden Gespräche mit dem Landeshauptmann, mit der Bildungslandesrätin geführt, das hat Konsequenzen gehabt. In der ersten Phase die Nachdenkpause, in der zweiten die Absage und das ist ein Erfolg für Walter Ferk und für die Sozialdemokratie (*Applaus SPÖ*). Ich stimme mir dir überein, Peter, wenn es darum geht, dass wir großzügigste finanzielle Mittel, die sieben Millionen Euro sind von dir erwähnt worden, in Unterstützung gegeben haben, es ist notwendig, die Studienlehrgänge sind ja für den Wirtschaftsstandort Graz, für die Forschungsstadt Graz, für die Kulturhauptstadt Graz, für den Medienstandort Graz auf das Engste verknüpft und die Lehrgänge sind ja in unserem urban-kulturellen Umfeld von einer besonderen Bedeutung. Du weißt es ja, ich spüre ja, wie dein Herzblut mitschwingt, bis vor kurzem warst du der oberste beamtete Hauptverantwortliche und du kennst ja die innere Sachlage und die Entwicklungen und du hast ja selber gesagt, du hast es mitgetragen bis zuletzt, bis heute. Das heißt, wir haben deutlich gemacht, auch als Grazer SPÖ, dass wir das als unakzeptabel und vor allem auch als nicht nachvollziehbar empfinden, was die Bildungslandesrätin auf Grund ihrer Vorlage von auswärts vorgegeben hat. Das war für uns klar, da brauchen wir gar nicht lange herumdiskutieren, das hat uns weh getan, das ist abgestellt worden. Weil wir brauchen jetzt nicht, nachdem der Landeshauptmann und die Landesrätin Vollath am Montag abgesagt haben, jetzt dann sozusagen politisches Kleingeld weiter

wechseln, das haben wir gar nicht notwendig, es geht um die Sache, es geht um das Interesse, es geht um den Inhalt. Es täte auch manchen, ich sage manchen, auch eine gewisse Pause gut in ihren Äußerungen, ich nehme dich da aus, weil du in sehr sachlicher Form den inhaltlichen Teil vorgetragen hast und ich meine auch in Richtung von eurer Fraktion, es wäre ganz gut, wenn man auch nach der Geschäftseinteilung, auch nach dem Statut der Stadt Graz schauen würde, ressortverantwortlich ist Werner Miedl und die Kulturabteilung. Ich sage das auch deshalb, noch zusätzlich füge ich hinzu, weil Kolleginnen und Kollegen eurer Fraktion in den verschiedensten Gremien und Aufsichtsräten sitzen, informiert wurden, konkret mitbestimmen und konkret Mitverantwortung tragen, auch in der Beurteilung von FH-Konzepten. Und so gesehen ist der Vorstoß auch mancher Jungkämpfer, da schaue ich gerade auf dich, mancher Jungkämpfer, die sich da an Walter Ferik reiben wollen, eher ein kläglicher Versuch, Spuren zu verwischen.

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick unverständlich.

GR. **Herper:** Nicht unseriös werden jetzt, Maxie, auf deine Tage. Wir als SPÖ Graz sind immer bereit, die Interessen der Landeshauptstadt nicht nur zu verteidigen, sondern auch dafür voll einzutreten (*Applaus SPÖ*) und es freut uns deshalb, dass wir auch gemeinsam diesen Dringlichen mittragen (*Applaus SPÖ*) und wie wir wissen, ist ja der Anlassfall vom Tisch, aber es ist trotzdem Gefahr im Verzug.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das ist richtig.

GR. **Herper:** Graz wird keinen Fachhochschullehrgang verlieren, das ist klar, Dank Bettina Vollath, man muss das auch zur Ehre sagen bitte,...

Zwischenruf GR. Gesek: Das darf nicht wahr sein.

GR. **Herper:** Dank Bettina Vollath, sage ich, ist seit dem Antritt dieser Landesregierung die Fachhochschule eine echte Hochschule, seitdem, wie wir wissen und seit ihrem Amtsantritt sind auch zwölf neue Studiengänge eingerichtet worden. Man kann über das Jetzige streiten und trefflich streiten, aber man soll auch die Kirche im Dorf lassen, um bei eurer Fraktion zu bleiben. Wir sind der Ansicht, dass es notwendig ist, die Ursache zu beenden, die Anlass gegeben hat für die Nichtteilnahme der Stadt Graz, nämlich die Nichtvertretung der Stadt Graz in den einschlägigen FH-Gremien. Und es ist richtig, wir müssten als wesentliche Geldgeber nicht nur mitreden, mitbestimmen, sondern auch mitverantworten können und rechtzeitig informiert sein, gar keine Frage, dieser Ansicht sind wir in konsequenter Weise (*Applaus SPÖ*). Es ist schade, dass die Ungleichgewichtung auch auf eurer Seite vorher niemandem aufgefallen ist, in besonderer Weise, vor allem nicht dem politischen Referenten, zuständigen ressortverantwortlichen, Werner Miedl. Wir sind der Ansicht, dass wir mit Wolfgang Riedler einen guten und in bewährter Weise diesen Fehler ausbügeln wird und das Verhandlungsergebnis auch heimbringen wird, dass wir in Zukunft vertreten sein werden und mitbestimmen werden. Das was vorige Woche passiert ist, darf und wird nicht mehr passieren, dafür müssen wir gemeinsam die Garantie übernehmen (*Applaus SPÖ*). In diesem Sinne kein politisches Kleingeld, ich weiß, der Wahlkampf hat jetzt endgültig begonnen, aber das ist ja wurscht, wichtig ist, dass wir auch sachlich gemeinsam in diesem Hause noch eine Linie haben, dass es darum geht, die Fachhochschulgänge zu sichern für Graz und dass wir auch gemeinsam für die Zukunft der Fachhochschule streiten (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner:** Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werter Gemeinderat! Ich muss trotzdem noch einmal auf das Passierte letzte Woche eingehen und zwar, wir sind uns in diesem Raum einig, dass das Ganze eine Schnapsidee war. Aber die Schnapsidee ist ja nicht von irgendwoher gekommen, sondern ein Berater hat diese

Schnapsidee der Frau Landesrätin serviert. Was hat diese Schnapsidee gekostet, sicher einmal 100.000 Euro, andere böse Zungen behaupten 400.000 Euro, muss man sich einmal vorstellen, was man mit diesem Geld hätte machen können, wenn die Frau Landesrätin rechtzeitig den Herrn Vizebürgermeister angerufen hätte und gefragt hätte, ob das gescheit ist für Graz oder nicht. Aber anscheinend ist die Kommunikation da nicht ganz in Ordnung. Ich möchte ganz kurz die vergangene Woche noch einmal aufrollen. Und zwar am Mittwoch ist diese Bombe geplatzt, am selben Tag haben sich der Bürgermeister und der Herr Stadtrat Werner Miedl zu Wort gemeldet und sie haben sich für den Standort Graz ausgesprochen...

Zwischenruf GR. Schönegger: Und die Grünen.

GR. **Hohensinner:** ...genauso die Grünen, muss ich sagen. Am nächsten Tag, am Donnerstag, hat sogar von allen, vom Herrn Bürgermeister, von Werner Miedl und von den Grünen eine Presseerklärung gegeben, der Herr Vizebürgermeister hat eine Pressekonferenz gemacht. Ich habe auch mit ein paar Journalisten telefoniert, die haben gesagt, der Herr Vizebürgermeister wird sicher Stellung beziehen, aber es war nicht der Fall. Es war Schweigen im Walde am Donnerstag. Also am Donnerstag war ich dann in der FH, habe mit den ganzen Studierendenvertreterinnen und –vertretern gesprochen und die waren ziemlich vor den Kopf gestoßen, ein Ohnmachtgefühl hat sich breit gemacht, das war so, die Studierenden waren weder eingebunden in die Entscheidung, noch wurden sie ausreichend informiert. Freitag...

Zwischenruf GR. Eichberger unverständlich.

GR. **Hohensinner**: Darf ich bitte ausreden, Herr Eichberger, Sie können sich gerne nach mir melden. Am Freitag war der Druck der Vernunft so groß, dass Frau Landesrätin Vollath zurückgerudert ist, am Vormittag. Sie hat dann das Ganze der Presse erklärt und am frühen Nachmittag hat sich dann der Herr Vizebürgermeister zu Wort gemeldet, hat sich mit ins Boot gesetzt und gemeinsam sind sie zurückgerudert (*Applaus ÖVP*). Und dass wir das nicht vergessen, also das Fass ohne Boden ziehe ich zurück, das ich angedroht habe, weil die Gefahr ist jetzt einmal gebannt, aber Herr Vizebürgermeister, ich habe was anderes für Sie und zwar ein Schulheft, da steht oben, Klassensprecherstellvertreter Walter Ferk, Graz-Anliegen. Ich fordere Sie auf, dass Sie sich innerhalb Ihrer Partei bezüglich Graz-Anliegen einsetzen und endlich das Heft wieder selbst in die Hand nehmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Eichberger: Ein so ein Blödsinn.

Stadtrat Eisel-Eiselsberg übernimmt um 14.25 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten, entweder hat die ÖVP Interesse, dass wir bei einer sehr sachlichen, weil auch inhaltlich wichtigen Angelegenheit für die Landeshauptstadt die Diskussion führen oder aber die ÖVP hat nur deswegen Interesse, die Diskussion polemisch zu führen, weil sie einfach feststellen muss, schade ist, dass der Herr Bürgermeister bei einer so entscheidenden Debatte jetzt nicht anwesend ist, feststellen muss, dass in all den Jahren dieser Gemeinderatsperiode, und einen sozialdemokratischen Landeshauptmann haben wir Gott sei Dank für die Steiermark seit zwei Jahren, davor hat es eine ÖVP-Landeshauptfrau gegeben, aber in all diesen Jahren überhaupt in keiner einzigen Angelegenheit, die wichtig für die Landeshauptstadt ist, sich durchgesetzt hat (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GRin. Gesek unverständlich.

Zwischenruf GRin. Krampl: Er ist wenigstens am Wort, im Gegensatz zu dir.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Wesentliche Finanzierungen im öffentlichen Verkehr ist durch die sachliche Politik der Grazer Sozialdemokratie in Umsetzung gebracht worden, die, obwohl wir nicht im Verkehr die Ressortverantwortung gehabt haben, Linie 5, 6 und 4, Park-&-Ride-Systeme, weil wir in der Sache wissen, dass es wichtig ist. Es hat sich der Grazer Bürgermeister nicht durchgesetzt bis zum heutigen Tage, was die Umsetzung und Finanzierung des Südgürtels betrifft, er hat sich nicht durchgesetzt, was die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs insgesamt betrifft, nämlich der Möst-Mittel. Sehen Sie, meine Damen und Herren, da gehört schon viel Mut dazu, und das ist der Treppenwitz dieser Gemeinderatsperiode, dass Sie den jüngsten Gemeinderat der ÖVP-Fraktion eigentlich herausschicken in polemischer Art und mir ein Klassenheft übergeben, das leer ist.

Zwischenruf GR. Herper: Es fällt ihnen nichts mehr ein.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Eigentlich darf ich dieses Klassenheft oder will ich dieses Klassenheft gleich wieder zurückgeben, dies deswegen, weil ich auch in den letzten Monaten überhaupt keine konstruktiven Vorschläge von Seiten unseres Arbeitspartners auf den Tisch bekommen habe. Ich habe nichts gehört, wie die ÖVP die Zukunft dieser Stadt bewältigen wird und die haben große Probleme. Und jetzt, meine Damen und Herren, damit es nur klargestellt ist, es ist nicht nur relativ einfach, eine öffentliche Erklärung abzugeben, die Journalisten anzurufen und sagen, ich weiß, jetzt bin ich kritisch, jetzt blustere ich mich auf, jetzt bin ich stark, das gehört

dazu. Aber es ist genauso wichtig, auch entscheidende Gespräche zu führen, die ich seit dem Tage, wo die Situation am Tisch gewesen ist, aufgenommen habe. Glücklicherweise in freundschaftlicher Form mit dem Herrn Landeshauptmann und selbstverständlich also mit der zuständigen Landesrätin und deswegen, meine Damen und Herren, gibt es keine Nachdenkpause, sondern gibt es eigentlich eine Entscheidung der zuständigen Landesrätin, die klipp und klar, und darüber sind wir Grazer Sozialdemokraten besonders froh, weil es für Graz eine Entscheidung ist, nämlich klargestellt hat, dass jetzt und in Zukunft die Fachhochschulen in Graz weder eingespart, sondern ganz im Gegenteil, ausgebaut werden (*Applaus SPÖ*), das ist das wesentliche Faktum. Deswegen ist die Glaubwürdigkeit bei den anderen Parteien wesentlich höher als bei Ihnen, bei der ÖVP. Jetzt haben Sie wieder einmal gesehen, wie das geht, beim Eggenberger Bad haben wir uns durchgesetzt, da habt ihr zehn Jahre nichts von Wien heimgebracht, wir haben uns bei der Fachhochschule durchgesetzt und wenn die Grazerinnen und Grazer haben wollen, dass es auch in Zukunft so weitergeht, dann brauchen wir keine Zurufe von euch, sondern dann muss es einfach heißen, dass wir stärker werden mit jenen Kräften in dieser Stadt, denen das Anliegen im Vordergrund ist und nicht die polemische inhaltlere Auseinandersetzung (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GRin. Gesek unverständlich.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Geh, Gerda reg dich nicht so auf, ist schlecht für den Blutdruck.

Bgm.-Stv. Ferk übernimmt um 14.30 Uhr den Vorsitz.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Es gibt keinen Grund zur Aufregung, vor allem deshalb, weil es ja dem Walter Ferk und dem Bürgermeister Nagl in seinem Anhang dann gelungen ist tatsächlich, diesen drohenden Studiengangtausch zu verhindern. Und zu überzeugen, überzeugen kann man natürlich nur dann, wenn man auch bereit ist zuzuhören, nicht polemisch irgendwelche Argumente hervorkramt, aber wenn ihr das unbedingt wollt, können wir gerne auch darüber reden, wie es nämlich der Frau Kollegin Edlinger-Ploder gelungen ist zu verhindern, dass die Stadt Graz vertreten ist im Aufsichtsrat der Fachhochschule Joanneum GmbH. Und ich weiß, dass damals der damals zuständige führende Beamte Peter Piffli-Percevic sich sehr bemüht hat, dass die Stadt Graz zu ihrem Recht kommt, aber er konnte sich nicht durchsetzen gegen die politischen Instanzen, die ihn hier auf seinem Weg sicher wesentlich gehindert haben, diese Bestimmungen durchzusetzen. Sehr gerne übernehme ich daher den Auftrag des Grazer Gemeinderates, in diesem Sinne tätig zu werden, ich werde auch, ich sage das ganz offen, den Werner Miedl, der ja mit mir gemeinsam zuständig ist, einladen, diese Gespräche auch zu führen.

Zwischenruf GRin. Gesek: Ach so, jetzt seid ihr beide zuständig.

Dr. **Riedler**: Nein, Entschuldigung, es steht in der Geschäftsverteilung, die Geschäftsverteilung ist überhaupt ein Buch mit sieben Siegeln für ÖVP-Gemeinderätinnen und ÖVP-Gemeinderäte (*Applaus SPÖ*). Ich empfehle euch, schaut einmal rein, dann würdet ihr euch ein bisschen besser auskennen. Vielleicht gegen Ende der Periode wäre es Zeit, dass man sich das einmal genauer anschaut das Büchl. Wir werden das sehr gerne gemeinsam machen, auch ich glaube, dass bei dem Betrag, den die Stadt Graz Jahr für Jahr zur Verfügung stellt, um den Fachhochschulen nicht nur ein gutes Zuhause zu geben, sondern auch den Studierenden die Möglichkeit zu geben, unter besten Bedingungen ihrer Aufgabe nachzukommen, dass es unter dieser großen Anstrengung notwendig ist und sinnvoll ist, dass auch die Stadt Graz sich rechtzeitig etwa im Aufsichtsrat Gehör verschaffen kann. Ich möchte nur daran erinnern, dass es auch durch Unterstützung des

Finanzressorts und der SPÖ-Fraktion möglich war, zum Beispiel auch ein Studenten- und Studentinnenheim Greenbox einzurichten, Kollege Hohensinner hat sich damals auch sehr bemüht und sehr verdient gemacht, um diese gemeinsame Sache. Sieben Millionen Euro rauf- oder runtergerechnet geben wir pro Jahr für die Fachhochschulen aus. Ich wäre sehr froh, wenn ich auch nur annähernd die Möglichkeit hätte, einen ähnlichen Betrag den Grazer Universitäten zur Verfügung zu stellen, das wäre wunderschön und vielleicht wird es einmal so weit kommen, dass wir den notwendigen budgetären Spielraum dafür haben. Fürs Erste wäre gesagt, ich bedanke mich bei allen, die gemeinsam versucht haben, diesen Studienlehrgangstausch zu verhindern, wir hätten gleich viele Studenten gehabt, es ist vor allem darum gegangen, erfolgreiche Studiengänge auch in Graz zu halten. Ich bedanke mich auch, und jeder, der in der Politik tätig ist, weiß, dass solche Worte nicht leicht fallen. Heute hat es der Kollege Rüschi schon einmal gesagt, ich bedanke mich ausdrücklich bei der Einsicht und bei der Größe der Kollegin Vollath, dass sie auch diesen Vorschlag zurückgenommen hat, so wie es der Kollege Rüschi heute auch schon einmal gemacht hat, nämlich auch politische Farbe zu bekennen und Verantwortung zu übernehmen (*Applaus SPÖ*). Das ist eine große Leistung, genauso wie ich dem Kollegen Rüschi dafür meine Anerkennung ausspreche, spreche ich diese Anerkennung auch der Kollegin Vollath aus (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.40 Uhr den Vorsitz.

GR. **Schönegger:** Keine Sorge, weil ein paar so ängstlich schauen. Ich habe auf die Regierungsbank geschaut. Ich möchte darauf hinweisen, dass das letztlich dann doch ein gemeinsamer Antrag ist von uns allen, und wir wollen, auch für die Zukunft, wir wollen auch für die Zukunft den FH-Standort Graz absichern. Das ist einmal Faktum und darüber freuen wir uns ganz besonders. Aber warum wir ein bisschen diskutieren und das wird ja wohl auch erlaubt sein, wir sind ja im Gemeinderat und nicht irgendwo beim Sparverein oder sonst irgendwas, warum wir diskutieren, ist halt, ich finde es schon ein bisschen komisch, Walter Ferk plakatiert seit einigen Wochen,

Graz braucht mehr Chancen für die Jugend, machen wir Graz doch zur Nummer eins, können wir mich ein bisschen lauter schalten, der Kollege Eichberger haltet das nicht aus (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Machen wir Graz zur Nummer eins in der Frage der Bildung. Gut, wie das gemeint war, haben wir gesehen, die Kollegin Vollath, Parteigenossin in Absprache mit dem Herrn Landeshauptmann Voves, Parteigenosse, sagen einfach, gut, zwei erfolgreiche Studiengänge der Fachhochschule geben wir nach Kapfenberg...

Zwischenruf GRin. Krampl: Fangen wir wieder von vorne an?

GR. **Schönegger:** ...wie wir zuvor das Musterland von Graz nach Leibnitz getan haben...

Zwischenruf GRin.Krampl: Was hat das Musterland damit zu tun?

GR. **Schönegger:** Jetzt frage ich mich, warum es zu diesen Entscheidungsprozessen kommt, jetzt denke ich nach, jetzt schaue auf der Landkarte nach und sehe, dass beide Städte SPÖ-geführt sind, so kann es nicht sein, Gott sei Dank um der Wahrheit Genüge zu tun, wie das wirklich war, chronologisch: Gott sei Dank haben die Grünen, und das sage ich wirklich auch anerkennend, die Grünen haben als Erster reagiert, die haben anscheinend einen Informationsvorsprung gehabt, die haben als Erster reagiert, die haben gesagt, da ist etwas im Busch, die wollen da zwei erfolgreiche Studiengänge absiedeln, die SPÖ. Gut, wir haben das auch mitbekommen und haben dann auch sofort reagiert und dann hat von der Wirtschaft bis zur Industriellenvereinigung jeder in diesem Lande reagiert und die Frau Vollath und Herrn Voves darauf aufmerksam gemacht,...

Zwischenruf GR. Herper: Gehandelt hat der Walter Ferk.

GR. **Schönegger**: ...dass das eine Blödheit ist, schlichtweg eine Blödheit. Sogar die Studierenden und die Lernenden in Kapfenberg haben gesagt, na gut, so richtig passen tut das nicht. Dann haben das alle verstanden, bis auf Voves, Vollath und Ferk haben das alle verstanden, das ist die Wahrheit, ich bin ja froh, dass das jetzt alle verstanden haben, auch der Walter Ferk, auch der Wolfgang Riedler, der hat sich vorher nie zu Wort gemeldet, heute zum ersten Mal...

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Wehe, du nennst mich auch.

GR. **Schönegger**: Tatjana, ich glaube, du hast das schon lange verstanden gehabt, du bist nur mittlerweile so ruhig geworden, dass sie dich nicht mehr hören in deiner Partei (*Applaus ÖVP*). Ich bin froh darüber und jetzt wirklich versöhnliche Worte zum Schluss. Ich bin froh darüber, dass wir das geschafft haben gemeinsam. Ich hoffe wirklich, dass das für die Zukunft auch so bleibt und dass die Frau Vollath gemeinsam mit dem Herrn Voves nicht eine nächste Idee hat, vielleicht einen anderen Studiengang nach Kapfenberg zu geben. Vielleicht braucht der Walter Ferk dann nicht zwei Tage Nachdenkpause, bis er reagiert und, Walter Ferk, bitte ich sitze viereinhalb Jahre in dem Gemeinderat und diese Wortmeldung von vorher, dass die SPÖ die einzig heilbringende Partei für diese Stadt ist, täte ich ja nicht einmal glauben, wenn ich nicht da sitzen würde. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Regierungsmitglieder! Mich wundert es ja schon nicht mehr, dass ich aus den Reihen der ÖVP eigentlich nur noch Geschichtsaufbereitungen

höre, Chronologien höre. Peter, ich nehme dich natürlich aus, dein Antrag in Ehren, es ist eben ein gemeinsamer Antrag und es ist in Ordnung.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Mir ist die Zukunft ein Anliegen.

Dr. **Getzinger**: Aber das sich beide Debattenredner in Chronologien ergehen, das ist ein bisschen dürftig. Wir hier im Gemeinderat sollten ein bisschen zukunftsorientierter denken und nicht nur Geschichtsaufbereitung über Dinge, die wir ohnehin wissen, hier betreiben.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Dann ist es ein Unterricht für Vollath und Voves.

Dr. **Getzinger**: Es ist nun einmal so, lieber Peter Piffl, es ist nun mal so, ich trage nicht Eulen nach Athen. Wenige hier in diesem Raum wissen mehr Bescheid über die Geschichte der FH als du, lieber Peter, du bist an der Wiege gestanden, dein politischer Vorgesetzter ist an der Wiege gestanden, wie gesagt, ich trage nicht Eulen nach Athen und erzähle nicht dir etwas, die Eulen fliegen ja, wie du weißt, die fliegen ja erst in der Dämmerung. Insofern sollten wir uns jetzt eine Woche nach diesen Vorkommnissen Gedanken machen, was eigentlich passiert ist. Wir haben erstmals, und das ist der große Sieg, eine Standortgarantie für die Studiengänge an der FH und das ist der große Sieg, das ist der große Sieg der Stadt Graz und ich danke dir, Bürgermeisterstellvertreter Walter Ferk, dass er das durchgesetzt hat (*Applaus SPÖ*). Landeshauptmann Voves hat eine Standortgarantie abgegeben, wir verlieren keinen einzigen Studiengang, allen ist klar geworden, und das ist der entscheidende Denkprozess, der sich abgespielt hat, allen ist klar geworden, dass

Creative Industries, ein Wort, das alle in den Mund nehmen mittlerweile, eben in Graz beheimatet sein muss, dass Industrial Design, dass Informationsdesign selbstverständlich in Graz zu Hause sein muss. Meine Damen und Herren, das nenne ich zukunftsorientiert, dass wir diese Studiengänge garantiert haben und nicht weiter über irgendwelche Chronologien, welche Presseaussendungen zuerst rausgegangen sind, hier nachdenken oder debattieren, das ist beschämend. Dafür schäme ich mich auch in eurem Namen (*Applaus SPÖ*).

StR. **Miedl**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe schon viele politische Diskussionen erlebt da in dem Haus und anderswo, aber das ist so skurril, das ist so absurd, was da stattfindet, dass eine Fraktion hergeht und jetzt einen Erfolg feiert, wo sie vorher sich selber mit voller Breite eine eingeschenkt hat. Meine Damen und Herren, das ist doch unerhört (*Applaus ÖVP*). Ich bin so baff, ich bin wirklich so baff, dass wenn ich nicht so lange Erfahrung hätte, mir jetzt jedes Wort fehlen würde Kollege Herper,...

Zwischenruf GR. Eichberger: Das wäre schön.

StR. **Miedl**: Das ist ja großartig. Ob es jetzt der SPÖ-Fraktion gefällt oder nicht, ich habe eine Chronologie auch zu bringen, Herr Kollege. Nämlich die erste Feststellung ist die, nicht der, der am lautesten schreit und argumentiert, hat Recht, sondern ich denke, es gibt auch in der Politik mitunter die Gelegenheit, dass Fakten für Recht sorgen. Und ich denke, da braucht man nicht drum herumreden. Ich war zirka vier Tage genau vier Tage, bevor diese Hiobsbotschaft verkündet wurde, bei der Landesrätin Vollath zu einem offiziellen Termin, wir haben eine gute Aussprache geführt, wir haben über sehr vieles geredet, sie hat mir von der Fachhochschule kein Wort gesagt. Einen Tag später, nämlich drei Tage vor der Hiobsbotschaft, war dann die Geschäftsführung bei mir, ganz klasse, ganz engagierte, sehr tolle Menschen, die

wir da gewonnen haben, wir haben über sehr vieles geredet, wir haben über die Zukunft der FH geredet, über die verschiedenen Zweige und was man vorhat in der nächsten Zeit, kein Wort, meine Damen und Herren, und das ist jetzt alles belegbar, kein Wort von der beabsichtigten Schließung von insgesamt vier Studienlehrgängen. Am Donnerstag, dem 12. September ist Kulturbeirat, hat Kulturbeirat stattgefunden im Kunsthaus, meine Damen und Herren, und plötzlich kommt ein völlig blasser Karl Stocker des Weges und berichtet uns von dem Vorhaben der Frau Landesrätin Vollath, nämlich genau die Zweige zu schließen, die Urbanität und kulturellen Einfluss in dieser Stadt brauchen und benötigen für ihr Studium. Und wir waren alle so baff, dass wir dann einen Beschluss im Kulturbeirat gefasst haben und, Bernd Schönegger, ich widerspreche dir ungern, weil du hast meistens Recht, in dem Fall nicht, weil es war natürlich so, dass die Grünen und der Stadtrat Miedl zugleich eine Presseaussendung gemacht haben, dass die Grünen sehr gut informiert waren, lag daran, dass der Karl Stocker private Verflechtungen hat, die ich sehr schätze,...

Zwischenruf GR. Herper: Aber du hast es als Erster gewusst.

StR. **Miedl:** ...weil die Frau Schlick ist eine tolle Frau und die hat natürlich auch sehr gut informiert und berichten können, wir sind uns da einig. Nur jetzt, Spaß bei Seite, meine Damen und Herren, die Tatsache, dass da etwas passiert und eine Riesenpanne im Hause der SPÖ passiert, rechtfertigt bitte nicht, dass der Spitzenkandidat der SPÖ in Graz hergeht, sehr verspätet, uns plötzlich sagt, so, ich bin jetzt derjenige, der die FH gerettet hat, es hat sie sonst niemand gefährdet als die SPÖ, das muss man sich vorstellen und jetzt nach die Courage hat und den Miedl versucht da anzuzetteln und schuldig zu machen...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk unverständlich.

StR. **Miedl**: Herr Vizebürgermeister? ...wo ich alles unternommen habe, dass genau das nicht passiert, was letztlich passiert. Die Öffentlichkeit und die Medien sollen sich einen Reim drauf machen. Manchmal denken wir in der Politik, wir tun zuviel des Guten, wir brauchen gar nichts mehr dazu sagen, meine Damen und Herren, die Öffentlichkeit hat sich ihre Meinung gebildet und da schaut ihr nicht gut aus, Walter Ferk, mit der Frau Vollath (*Applaus ÖVP*) und ich denke, meine Damen und Herren, wir werden zum Wohle dieses Studienzweiges und im Interesse der Fachhochschule letztlich auch im Interesse der Stadt Graz ein absolutes und unbedingtes Ja zur Fachhochschule in der jetzigen Form in Graz sagen. Mehr der Worte wären einige zu viel, in dem Sinne, meine Damen und Herren und liebe SPÖ, lasst die Kirche im Dorf (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.45 Uhr den Vorsitz.

GRin. **Rücker**: Ich werde mich jetzt nicht einmischen in die Frage der Wahrheitsfindung, weil Wahrheit ist etwas Sensibles und vor allem was sehr Subjektives, besonders in einem Wahlkampf, merkt man da. Was aber, wenn man es von außen beobachtet, weil das war ja jetzt ein Hin und Her zwischen euch beiden, sehr offensichtlich wieder, wenn man die Zeitung aufschlägt dazu, wenn das das ist, was wir den Leuten in diesem Wahlkampf bieten als interessant an der Politik, dann wundert es mich nicht, dass der Herr Bürgermeister hergeht und 200.000 Euro einsetzen will für eine Kampagne, dass die Leute dazu überzeugt werden, dass sie trotzdem wählen gehen, trotzdem, was da herinnen passiert. Das ist wirklich beschämend, die Sache, die prinzipiell erledigt,...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Tue jetzt nicht so, als ob du ein Engel wärst.

GRin. **Rücker**: ...aber eine Wahrheit tät mich schon noch interessieren. Kann es wirklich sein, dass bis zum Mittwoch weder bei euch noch bei euch irgendjemand Bescheid gewusst hat, ich kann mir das nicht vorstellen. Ist es nicht eher so, dass am Mittwoch dann, wie ihr gemerkt habt, in der Fachhochschule gehen die Wogen hoch und wie ihr dann draufgekommen seid, upps, es ist ja auch noch Wahlkampf, erst dann das Thema virulent geworden ist und ihr alle euch daraufgesetzt habt, obwohl das schon ein älterer Prozess ist und diese Geschichte offensichtlich, so hört man, schon länger gesickert ist in den diversen Aufsichtsräten. Kann das sein, dass ihr erst am Mittwoch draufgekommen seid, dass man da reagieren müsste, also das würde mich an der Wahrheit schon noch interessieren, obwohl sie so subjektiv ausfallen wird wie alle anderen Wahrheiten da herinnen (*Applaus Grüne*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also, erstens einmal Bernd, ich schätze dich, wir sind am vergangenen Samstag gemeinsam mit dem Kurt Hohensinner am Fußballfeld gestanden und gescheitert,...

Zwischenruf GR. Schönegger: Ein Unentschieden.

Dr. **Riedler**: ...wir haben zusammen nichts zusammengebracht und ich muss sagen, es war vielleicht auch mehr meine Schuld als deine, weil du bist ein genialer Kicker, soweit ich das beurteilen kann und ich verstehe davon vielleicht auch wiederum sehr wenig. Da herinnen bin ich gerne bereit also deiner jugendlichen Überheblichkeit nachzugeben und zu sagen, es ist geschenkt, du sollst deinen Spaß haben bei deinen Formulierungen. Wenn es um den Ernst der Sache geht, muss ich sagen, die Fachhochschulen sind und waren ein gemeinsames Anliegen. Es gab einen Vorschlag, der aus der Fachhochschule selbst gekommen ist und der von der zuständigen Landesrätin vertreten wurde, wir haben uns gemeinsam erfolgreich zur Wehr gesetzt...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das stimmt so nicht.

Dr. **Riedler**: ...weil wir der Meinung waren, dass dieser Vorschlag...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Was hat das gekostet?

Dr. **Riedler**: ...das weiß ich ja nicht, ich habe ihn ja nicht Auftrag gegeben, aber der Herr Filz war mit dem Herrn Buchmann beim Schwarzenegger, vielleicht hat der das amerikanische Modell abgeschaut, ich weiß es ja nicht. Jedenfalls der Hintergrund ist der gewesen, dass wir gemeint haben, ein Abzug vor allem der Design Lehrgänge ist für eine Stadt, die sich zum Designzentrum europaweit machen will, nicht günstig und daher haben wir uns zur Wehr gesetzt. Auch die anderen Lehrgänge und das muss man deutlich sagen, dieser Tausch sind keine schlechten Lehrgänge und die Absolventen wären europaweit gesucht und die Absolventinnen. Es ist eigentlich um die Frage gegangen, ist die Umstrukturierung aus unserer Sicht gut oder schlecht und wir haben festgestellt, aus Sicht der Stadt Graz ist es keine wünschenswerte Entwicklung.

Zwischenruf GRin. Gesek: Das ist untragbar.

Dr. **Riedler**: Und wir haben sie verhindert und der, der mit der Landesrätin und mit dem Landeshauptmann gesprochen hat, war der Vizebürgermeister Walter Ferik und er hat sie überzeugen können. Das ist in Wirklichkeit die Geschichte, wie sie tatsächlich abgewickelt wurde (*Applaus SPÖ*) und ich muss jetzt noch eines dazu

sagen, so wie die Kollegen bei dir waren, lieber Werner, du brauchst dich nicht aufregen, es ist überhaupt nicht absurd, so war es, manchmal kommt dir die Wahrheit absurd vor, aber das ist eh in dem Haus bekannt. Das was tatsächlich war, die waren auch bei mir und haben mir genauso wenig gesagt wie dir, sie haben sich als Personen vorgestellt, das ist es, Werner, und die beiden Herrschaften haben es damals, Dame und Herr, haben es damals gewusst, so wie es der Aufsichtsrat auch die ÖVP-Aufsichtsräte in Wirklichkeit gewusst haben und haben es nicht weitergegeben, daher ist auch die Forderung, dass wir in den Aufsichtsrat hineinkommen, richtig. Aber, es war auch die Landesrätin Vollath, die sichergestellt hat, mit der Abschaffung der Studiengebühren, dass jeder und jede unabhängig von ihrem Sozialstatus an den Fachhochschulen studieren kann und das ist eine hervorragende Leistung gewesen und da war die ÖVP immer dagegen (*Applaus ÖVP*), das hat sie nie verkneifen können in ihrer elitären Art und Weise, so etwas abzulehnen. Also da ist noch ein gewaltiges Plus am Konto der Kollegin Vollath, erstens ist sie einsichtig und zweitens hat sie viel für die Fachhochschulen in diesem Land geleistet, dafür sind wir dankbar, auch als Grazer Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und Stadtregierung (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Stadtsenatskollegen, hoher Gemeinderat! Wir haben im Jahr 2003 uns viele Werbeslogans ausgedacht. Der, der mir am besten gefallen hat war, Graz darf alles und das inkludiert auch, dass wir eine offene Stadt sind, in der man viel experimentieren darf, in der man viel ausprobieren darf. Aber es gibt auch in Graz ein paar Dinge, die man nicht tun sollte, schon gar nicht als Politikerin oder als Politiker, nämlich den Lebensnerv dieser Stadt treffen. Weil wenn wir heute für etwas wirklich bekannt sind in Österreich und darüber hinaus in unserer Region, dann ist es das, dass wir ein ganz besonderer Bildungsstandort sind und dass wir so ein guter Bildungsstandort sind, hat viele Väter und viele Mütter, dazu gehört auch die Politik, das möchte ich klar sagen, weil wir die Rahmenbedingungen hier zu schaffen haben und weil wir ordentlich gekämpft haben, auch in den letzten Jahren gemeinsam, wenn es um den Ausbau der Universitäten gegangen ist. Noch einmal, das sind ganz tolle Dinge, die hier passiert sind. Wenn allein die Bundesimmobiliengesellschaft jetzt ein Bauvolumen bei den Universitäten von 350 Millionen Euro hat, dann sind das

Dinge, ich sage schon, ein Jahrhundertwurf. Wenn die Stadt Graz, und zwar wir alle gemeinsam, gesagt haben, die Zukunft dieser Stadt, die Zukunft der Region und die Jobs unserer Kinder und Enkelkinder wird nur garantiert werden können, wenn wir Ausbildung garantieren. Wenn wir jetzt schon über 15 % Akademikerquote in dieser Stadt leben haben, früher hast du da studiert und dann ab nach Wien und ab nach Deutschland und sonst wohin, heute ist es umgekehrt. Wir haben so viele qualifizierte Jobs im Großraum von Graz, dass sich viele Menschen aus dem Ausland hier um diese qualifizierten Jobs auch bemühen und die Firmen sind nur da, weil wir dauernd und permanent rekrutieren können, weil Nachschub kommt, weil junge Menschen eine perfekte Ausbildung kriegen, sprachlich sind wir gut unterwegs, jetzt nicht nur englisch, auch kroatisch und, und, und, da müssen wir weiter tun, und wir sollten eines schauen, dass wir in dieser Region und zwar von Triest bis Pecs und hinunter nach Maribor und Ljubljana bei allen bekannt sind als die Bildungsstadt, und jetzt nimmt, obwohl es Bundesaufgabe war, wir haben es da oft herinnen besprochen, auch bei den Budgets, jetzt nimmt die Stadt Graz, Gott sei Dank, eine ganz besondere Verantwortung wahr und nimmt aus ihrem Budget jährlich fast sieben Millionen Euro, bei den Kompetenzzentren haben wir auch eine zeitlang dazubezahlt, leider ist es nicht mehr gegangen und das Land hat es Gott sei Dank übernommen, in dem Fall war es Christian Buchmann, der da eingesprungen ist und das auch bezahlt hat, aber wir haben gesagt, sieben Millionen Euro für die Infrastruktur der Studierenden und wenn Sie in den letzten Wochen und Monaten unterwegs waren, dann werden Sie auch festgestellt haben, dass wir Gott sei Dank auch bei Studentenheimen eine Nachrüstaktion hatten, die sich sehen lässt, dass wir neue Studentenheime haben, dass viele alte wieder hergerichtet worden sind, weil auch Studierende nur dann nach Graz kommen werden, wenn die ganzen Rahmenbedingungen stimmen. Und da kann ich auch vermelden, dass ja noch vor eineinhalb Jahren vom Ministerium eine Umfrage gemacht worden ist unter den Studierenden, was ist euer Lieblingsstandort in Österreich und da ist herausgekommen Graz erstmals jetzt vor Innsbruck, das war irgendwie so eine Lieblingsstadt der Studierenden auch. Jetzt ist es Graz, das heißt, wir haben tolle Rahmenbedingungen. Und wer immer die Frau Landesrätin Vollath hier beraten hat, sie sollte diesen Berater nicht mehr nehmen und der Aufschrei, da hast ja gar nicht mehr viel tun müssen, hat doch keiner von uns überhaupt gescheit zum Telefon greifen müssen, da war der Lebensnerv getroffen, da sie als Grazerin nicht weiß oder

sich da so beraten hat lassen, war vollkommen falsch, ich freue mich, der Druck war groß und ob jetzt wer mit wem telefoniert, ist mir ganz gleich, wichtig ist einmal, dass so etwas nicht mehr vorkommt und es wird auch dann nicht mehr vorkommen, wenn wir wieder Sitz und Stimme auch bei den Fachhochschulträgern haben, wo wir hineinzahlen, das ist halt einmal nicht Campusgeschichte, dort haben wir ab und zu ein bisschen bei den Investitionen geholfen, ist auch schon einige Jahre her, aber wo wir den laufenden Betrieb übernehmen, das wissen ja die wenigsten, ich habe damals noch mit Heinz Weiglein, wir haben die Grundstücke verhandelt, wir haben die Grundstücke gekauft, was das immer für Diskussionen waren, wir haben Ausschreibungen gemacht, Wettbewerbe gemacht, die GBG kämpft jetzt drum und baut das jetzt alles aus, wir zahlen die Grundstücke, die Unterbringung, das Heizen, den Strom, für all das kommen wir auf und wir haben kein Mitspracherecht. Das ist nämlich das, was mich so geschockt hat bei der Meldung, weil ich mir sofort angeschaut und habe gesagt, ja können wir da nicht beeinspruchen und wir haben de facto, wenn man da drübergefahren wäre, hätten wir überhaupt keine Chance gehabt. Der Aufschrei war groß genug, sage ich einmal, Gott sei Dank, und zwar auch deswegen Gott sei Dank, weil ich auch versucht habe, diese Nachhaltigkeit von 2003, die sie berechtigt auch von mir als Bürgermeister immer wieder einfordern, dass man da einen neuen Ansatz findet, Sie können sich ja erinnern, die Industriellenvereinigung hat eingeladen mit Graz innovativ, alle haben gesagt, tut da was, bevor im Jahr 2009 dann Linz Kulturhauptstadt ist Europas, im Jahr 2012 ist es Maribor, also in der Nähe spielt sich viel ab. Wir müssen uns weiterhin profilieren, auch im Bildungsbereich (*Applaus ÖVP*) und ich sage es ganz bewusst, ich habe klammheimlich dauernd danach gesucht, wo gibt es irgendeinen neuen Titel für Graz, wir sammeln viele, ich bin stolz drauf, Menschenrechtsstadt, Kulturhauptstadt, Weltkulturerbe und, und, und, aber es gibt noch einen, den wir wieder haben können und den wir dann auch leben müssen und das ist dieses UNESCO-Projekt, das es jetzt seit 2004 gibt, die UNESCO hat gesagt, wir vergeben Titeln für Creative City und wenn das in Österreich wohin passt, dann ausnahmsweise nur in Graz, ich sage das, wir sind die einzige Stadt, die so ein kreatives Potential eigentlich in sich birgt, dass da viel Wertschöpfung drinnen ist, dass da viel Jobs sind, das können sie alles schon nachlesen, aber mir war wichtig, kriegen wir ein Netzwerk zusammen, das sich hier bewerben will und zwar gibt es das ja in verschiedenen Kategorien, wo du dich bewerben kannst, über Volksmusik, über Literatur, Musik und ich weiß nicht was

alles, bis hin zum Bereich des Designs und ich hätte gerne, dass wir gemeinsam in einem Riesennetzwerk international zu einer Stadt werden, die den Titel City of Design trägt und gerade deswegen hat es uns alle miteinander wirklich fast umgeschmissen, wie wir gehört haben, dass genau ein solcher Studienzweig wegkommen soll. Wir haben es vorweg einmal vom Tisch, es sollte nur nicht wieder passieren, deswegen freut es mich auch, dass wir gemeinsam einen dringlichen Antrag jetzt hier quasi, nicht nur stellen, sondern auch abstimmen, denn wir dann zum Land schicken. Und jetzt möchte ich was dazu sagen, weil ja die Diskussion das ist, hilft und das Land dort oder da und wer war es dann etc. Es war die Stimmung zwischen Bürgermeister und Landeshauptleuten nicht immer die beste, aber negativ eingemischt hat sich noch niemand, ich möchte jetzt aber nur sagen, dass es jetzt einige Dinge gibt, die man wirklich einmal auf den Punkt bringen sollte, weil ich draufkomme, dass das viele nicht einmal wissen, nämlich nicht einmal hier herinnen als Gemeinderatsmitglieder. Sie können sich an unseren Stadthallenbau erinnern, wo damals der Herr Landesrat Ressel und der damalige Messepräsident Gebell gesagt haben, wir bauen eine Stadthalle und das kostet maximal 300 Millionen, 200 Millionen hat der Herr Finanzlandesrat Ressel zur Verfügung gestellt, 100 Millionen soll die Stadt zahlen. Dann sind wir in die Planung gegangen, dann war der große Aufschrei, das kostet jetzt ja 527 Millionen, ich sage, Gott sei Dank, weil um 300 Millionen hätten wir nichts hingekriegt, so wie wir es jetzt haben und bei diesen 527 Millionen waren dann 227 Millionen zu wenig in der Kasse und wir haben es uns aufgeteilt aus den Bedarfszuweisungsmitteln, ich vertraue drauf, dass das, was das Land uns dann zugesteht, dass das auch kommt. Bis zum heutigen Tag fehlen allein bei der Stadthalle 113,5 Millionen Schilling, die das Land noch nicht überwiesen hat. Und ich rede nicht von den Zinsen, wir haben damals die Bitte geäußert bekommen, wir sollen über die Bedarfszuweisung Fußballvereine in Graz fördern und umbauen, das waren 20 Millionen Schilling,...

Zwischenruf GR. Herper: Wer war Finanzreferent?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich war Finanzreferent und es wurde unterschrieben und zwar persönlich, ich habe es mitgebracht, dass es da auch jeder sieht, unterschrieben im Jahr 2002, dazu komme ich noch. Noch einmal, und das ist jetzt ganz wichtig, dass du das sagst, mir geht es nicht darum, dass wir dauernd uns hin- und herschieben, ist der Landesrat oder der Landesrat zuständig, die Bedarfszuweisungsmitteln und die einzige Unterschrift, die noch Gültigkeit hat, weil alle anderen nicht mehr da sind, trägt der damalige Stellvertreter und jetzige Landeshauptmann Voves und er hat uns damals geschrieben, ich sage es auch, damit nicht jeder glaubt, der Bürgermeister hat da in einem Anflug von Wahlkampf oder sonst was einmal aufgezeigt. Ich möchte hier deutlich sagen und ich lese es vor, es trägt seine Unterschrift, ich gebe es jedem. Die Stadt Graz und das Land Steiermark vereinbaren, dass die von der Stadt Graz angeregte Erhöhung des derzeit gültigen 11%-igen Vorwegabzugs der Ertragsanteile 2005 Gegenstand konkreter Verhandlungen mit dem Land Steiermark sein wird, eine erstmalige Erhöhung dieses Prozentsatzes wird jedenfalls ab diesem Jahr zugesagt. Und es war gut, weil es auch möglich gewesen wäre. Er ist der Einzige, der noch drauf ist.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Aber da haben mehr unterschrieben.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es haben damals unterschrieben die Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, der Stellvertreter Mag. Franz Voves, der Herr Dipl.-Ing. Leopold Schöggel und der Dipl.-Ing. Herbert Paierl. Jetzt waren wir gemeinsam oben, Walter Ferk, der Herr Stadtrat Riedler und der Herr Stadtrat Eiselsberg, wir haben versucht, mit dem Land Steiermark diese Punkte immer wieder ins Rennen zu führen und zu sagen, wir brauchen mehr. Es ist ja nicht leicht...

Zwischenruf GR. Herper: Aber zuständig ist Schützenhöfer.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt kommen wir schon wieder zu dem Punkt, die Bedarfszuweisungsmitteln...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wenn du mich nicht unterbrichst, kann ich es dir ausführen. Und es ist mir wirklich wichtig, gerade bei den Bedarfszuweisungsmitteln kann es nur so funktionieren, weil das ist ein Topf, da liegen ungefähr 100 Millionen Euro pro Jahr drinnen. Die werden aufgeteilt auf alle Gemeinden und da werden dann Feuerwehrhäuser, Schwimmbäder und sonstige Dinge gebaut, die überall dringend notwendig sind, damit es keine Reibereien zwischen Graz und den anderen Gemeinden gibt, hat man sich vor sehr, sehr langer Zeit einmal dazu entschieden, 10 % Vorwegabzug zu machen. Das heißt 10 % werden herausgenommen, das gehört dann nicht in den Topf, der vom Landeshauptmann und vom Landeshauptmannstellvertreter verwaltet werden. Und das waren 10 %, wir sind damals hinaufgegangen und haben gesagt, wir haben zu wenig, dann hat die Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic auf 11 % erhöht und auch einmal den Zahlungsfluss regelmäßig eingesetzt und beschleunigt. Und jetzt soll es weitergehen und das passiert leider nicht und das ist sehr viel Geld und man hätte auch die Möglichkeit gehabt, auch den anderen Gemeinden zu sagen, ihr kriegt aus dem Topf um die Spur weniger, weil wir bei den Finanzausgleichsverhandlungen auch erreicht haben, und da bin ich auch mit am Tisch gesessen, das war schwer genug, dass man beim abgestuften Bevölkerungsschlüssel was tut und dass alle kleineren Gemeinden mehr bekommen als die Landeshauptstadt Graz. Und bei den Mös-Mitteln ist es halt auch so, unterschrieben bei dieser Zusage hat es nur mehr einer, die anderen sind leider nicht mehr in der Politik tätig und deswegen erwarte ich mir einfach, dass man einen Vertrag mit der Stadt Graz auch einhält und das müssen wir einfordern. Ich habe heute schon einmal drüber gesprochen, dass wir im Behindertenbereich das Gleiche gehabt haben, dass das Musterland weg ist, tut auch weh. Jetzt kann man sagen, können wir froh sein über Platz oder auch nicht

Platz. Faktum war, es war ausgemacht, dass es nach Graz kommt, der Gemeinderat hier hat trotz der schwierigen Situation diskutiert, einen Beschluss gefasst, den haben wir wieder resümiert und wieder zurückgenommen. Und da gibt es viele Punkte, das was ich will, ist, dass jeder in der Landesregierung versteht, ob neu oder alt und länger schon dabei, dass die Landeshauptstadt Graz der Motor in allen Bereichen ist, Sozialmotor, Wirtschaftsmotor, Beschäftigtenmotor, auch für Finanzen des Landes Steiermark wichtig, weil in der Landesumlage weiß auch der Finanzreferent Wolfgang Riedler, was wir alles hinaufzahlen und wir müssen uns mehr Gehör verschaffen (*Applaus ÖVP*) und mich hat es auch sehr gefreut, dass die Frau Landesrätin jetzt sofort gesagt hat, darüber werden wir noch einmal neu nachdenken, ich würde noch einmal sagen, bitte, die Berater, die da waren, kennen Graz nicht, weil sonst wäre so etwas gar nicht passiert und sind wir froh, dass wir das jetzt einmal raufschicken. Ich hoffe nur, dass das schneller behandelt wird als unser gemeinsamer, einstimmig beschlossener Antrag, dass wir, wenn ich das richtig im Kopf habe, war das auch ein einstimmiger Gemeinderatbeschluss, dass wir gerne hätten, dass wir bei den Nebenwohnsitzen was tun. Weil wir schicken so etwas hinauf, ein halbes Jahr später fragt berechtigterweise auch ein Journalist nach und fragt, wie geht es euch damit und dann sagt der zuständige Beamte des Landes, da habe ich schon ein halbes Jahr nichts mehr gehört. So können wir mit dieser Stadt einfach nicht umspringen lassen, das sind wir uns selber als Gemeinderat, uns als Regierungsmannschaft, aber auch dieser Stadt schuldig, dass wir sagen, meine lieben Herrschaften, wenn wir was raufschicken, dann nehmt ihr es bitte ernst (*Applaus ÖVP*). Wenn wir mit einem massiven Druck dahinter sind, gelingt auch was und das, was jetzt gelungen ist, und das bitte ist auch ein Zeichen, dass es klappen kann und das ist zum Beispiel die Geschichte mit unserer Ordnungswache. Das war ein gemeinsamer Wunsch, da waren wir selber aber permanent lästig. Hören wir auf mit der Geschichte, wichtig ist, dass diese Ordnungswache jetzt kommt und dass man bei den Bagatelldelikten was haben, jetzt müssen wir es nur zusammenbringen (*Applaus ÖVP*) und noch einmal, tragen wir bitte alle dazu bei, dass wir City of Design von der UNESCO werden (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Herr Bürgermeister, ich bin mir nicht ganz sicher, ob es richtig ist, dieses Thema aus diesem Anlass hier so anzuziehen, aber du provoziert natürlich damit schon auch eine Wortmeldung von unserer Seite. Zuerst muss ich einmal sagen, es erstaunt mich doch außerordentlich, wenn ich hören muss, dass offensichtlich man in der ÖVP der Auffassung ist, dass die Unterschrift der damaligen Frau Landeshauptmann Klasnic und des Herrn Landesrat Herbert Paierl keine Bindungswirkung für die ÖVP im Land mehr hat, weil anders ist das nicht zu verstehen, was du gesagt hast. Mit anderen Worten, die Unterschrift von ÖVP-Politikern ist nichts mehr wert, wenn sie aus dem Amt sind. Also das kann ja nicht wahr sein.

Zwischenruf GRin. Gesek: Das hat er nicht gesagt.

Dr. **Riedler**: Wenn du es nicht so gemeint hast, dann sollten wir vielleicht drüber weiterreden, was tatsächlich von der damaligen Vereinbarung umgesetzt wurde. Nah- und Regionalverkehr von der SPÖ ins Regierungsprogramm hineinvermittelt. Neuordnung der Bedarfszuweisungen, zuständiger Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer, weitergegangen nichts, mehrfache Bitte darum, nicht einmal eine Antwort bekommen, der Kollege Buchmann, dem ich sogar in einem persönlichen Gespräch gesagt habe, bitte denk dran, dass wir das umsetzen müssen. Sagt er, vergiss das Papier, das ist nichts mehr wert, sagt der mir unter vier Augen, ich berichte dir darüber, Herr Bürgermeister, sagt er mehrfach, bitte rede mit dem Christian Buchmann, der war vor kurzem noch als Stadtrat in der Stadt Graz für Kultur zuständig und hat gar nicht genug verlangen können vom Finanzreferenten. Passiert ist bis jetzt nichts, das Letzte was ich vom Buchmann gehört habe, war vor den Budgetverhandlungen, wir sollen an alle Ressorts einen Brief schreiben, was wir gerne von ihnen hätten, haben wir gemacht, Antwort von Buchmann bis heute null. Dafür wäre er zuständig gewesen. Flughafen Graz BetriebsGesmbH Übereinstimmung usw. ist erfüllt, Finanzierung des Kunsthausbetriebes ist erfüllt von der SPÖ, von SPÖ-Verantwortung, Geriatriische Gesundheitszentren erfüllt, Bad

Eggenberg erfüllt. Überall dort, wo Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Verantwortung dafür getragen haben, ist das erfüllt und überall, wo die ÖVP zuständig war sind wir gescheitert, meine Damen und Herren. Und dann, Herr Bürgermeister, sich hinzustellen und so zu tun, als ob der Landeshauptmann Voves, ich weiß, das tut euch immer noch weh, dass der Landeshauptmann Voves heißt, aber ist der, der sich für Graz eingesetzt hat und zwar mehr als es die Frau Klasnic jemals zuvor getan hat, das ist doch die Wahrheit (*Applaus SPÖ*). Und wenn du jetzt, Herr Bürgermeister, am Ende dieser Gemeinderatsperiode draufkommst, dass wir zu wenig Geld bekommen, dann hast du meine volle Unterstützung, ja, es ist wahr, wir bekommen zu wenig, unter anderem deshalb, weil wir ein Jahr lang auf einen Termin beim Herrn Grasser gewartet haben und der dann seine Versprechen nicht eingehalten hat. Das ist doch in Wirklich die Wahrheit. Also mit anderen Worten...

Zwischenruf GRin. Gesek: Schreien ist ein Zeichen von Schwäche.

Dr. **Riedler**: Na ja, da redet die Frau Gesek sicher richtig, schreien ist immer ein Zeichen von Schwäche oder man muss es tun, weil man sich sonst zu wenig Gehör verschafft, weil geschwätzt wird. Aber einmal abgesehen davon, und das ist ja in Wirklichkeit der versöhnliche Punkt, ich freue mich ja immer, Herr Bürgermeister, dass du am Schluss doch eher die Kurve kratzt und zu einem Punkt kommst, wo wir gemeinsam antreten können. Wir werden gemeinsam darum kämpfen müssen, dass wir zu den Mitteln kommen, die uns auch zustehen. Auch bei den Bedarfszuweisungen, und ich lade dich herzlich ein, mit mir und vor allem mit dem Walter Ferik gemeinsam beim Herrn Schützenhöfer dafür zu sorgen, dass wir die Mittel bekommen und bei der Frau Edlinger-Ploder dafür zu sorgen, die uns noch, du weißt das ja, du warst ja dabei, als Finanzlandesrätin, die sie ja kurze Zeit zum Unglück des Landes Steiermark war, haben wir sie gebeten, was ist mit den Möst-Mitteln, hat sie gesagt, die habe ich schon überwiesen, die hat der Schöggl. Dann sind wir zum Schöggl gegangen, hat er gesagt, ich habe keinen Groschen gesehen.

Na gut, jetzt sind wir mit dem gleichen Anliegen wieder zu ihr gegangen, hat sie gesagt, ja das hat mir der Buchmann nicht gegeben, inzwischen hat sie ihre Argumentation geändert und hat alle Projekte, die die Steiermark in Graz macht, taxfrei in die Möst-Mittel eingerechnet, statt dass sie uns das, was vereinbart ist, und da hast du ja wiederum Recht, cash überweist. Und ich weiß, dass es im Budget ihrer Abteilung vorgesehen war, diese Mittel Graz zu überweisen und sie hat sie wieder rausstreichen lassen. Also nehmt euch doch selber bei der Nase, redet mit euren Landespolitikerinnen und Landespolitikern, da werden wir wesentlich weiterkommen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Lieber Wolfgang Riedler, ich weiß ja nicht, ob das wirklich gesund für deine Lungenflügel ist, wenn du die abgestandene Luft, die wir da herinnen haben, so durch deine Lungenflügel treibst. Was ich von dir allerdings gar nicht so gewohnt bin, habe ich da jetzt erstmalig erleben müssen, wenn ich von Politikerinnen und Politikern spreche, die in den letzten Jahren agiert haben, dann mache ich das meistens mit Hochachtung, weil weder Landesräte, Landesrätinnen noch die Funktion eines Landeshauptmannes sollte man aus meiner Sicht mit solchen Worten bedenken, wie du das gemacht hast, als da wäre zum Unglück des Landes, die Frau Landesrätin Christina Edlinger-Ploder, dass die Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: ...zum Unglück des Landes.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist schön formuliert, danke, dann habe ich es richtig verstanden. So, und jetzt komme ich zur Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, ich würde mich sehr freuen, wenn es zukünftigen und im Amt befindlichen Landeshauptleuten der Steiermark gelingen würde, so viele Beschlüsse für Graz zustande zu bringen, wie in den letzten Perioden. Ich sage das ganz bewusst dazu,

weil was hier passiert ist, kann ich euch in einem Privatissimum gerne einmal aufzählen, das würde jetzt den Rahmen hier sprengen.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Das wird nicht lange dauern.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Macht das privat.

Bgm. Mag. **Nagl**: Hermann Candussi, ich weiß nicht, was dir an irgendwelchen Präsentationen nicht gefällt, ich versuche gerade, hier im Gemeinderat zu erklären, dass man so nicht umgehen sollte, weil das letztendlich genau dazu führt, dass Politik keinen guten Ruf mehr hat. Ich empfinde Wertschätzung gegenüber allen, die sich in den ersten Reihen befunden haben und für dieses Land und für diese Stadt gearbeitet haben und dabei wird es auch bleiben (*Applaus ÖVP*). Und wenn wir über Nah- und Regionalverkehr sprechen, weil das war der erste Punkt in dem Übereinkommen, dann möchte ich auch sagen, dass ich, in dem Fall haben auch viele gesagt, was traust du dich da, gesagt habe, wenn wir Regionalverkehr und Personennahverkehr in Ballungszentrum ansprechen, dann müssen wir endlich den Mut haben, auch dafür einmal einzutreten und zu sagen, liebe Bürgerin und lieber Bürger, das wird Geld kosten und du kriegst es sogar zurück, wenn du den öffentlichen Verkehr benützt. Das war mein Vorschlag. Es hat einen einzigen Landespolitiker gegeben und das war der Herr Landeshauptmann Mag. Franz Voves, der gesagt hat, über das werden wir nachdenken. Leider haben wir noch keine weiteren Erfolge, weil es gibt Nahverkehrsabgabediskussion so nach dem Motto, Wirtschaft soll zahlen, dann kriegen wir eh ein paar Millionen in der Steiermark. Das wird nicht reichen, Sie und ihr kennt alle die Abgänge, die wir im öffentlichen Bereich haben, also wenn wir drüber nachdenken, wie wir den Feinstaub in den Griff kriegen, wenn wir nachdenken, wie wir den Verkehr in den Griff kriegen, dann wird da jemand zu bezahlen haben, dass die Menschen umsteigen und der der

nicht umsteigt, soll es zahlen und der, der umsteigt, soll das wieder abgezogen kriegen. De facto neun Euro pro Monat, dass ist das, war, glaube ich, dieser Premiere-TV-Anschluss kostet im Monat und den leisten sich auch viele Menschen und mehr war es nicht. Ich hoffe, dass die Diskussion da weitergeht, sonst sind wir zumindest sehr weit, weil sowohl die Landesrätin Christina Edlinger-Ploder als auch ein hervorragender Leiter des Verkehrsamtes, der Herr Dipl.-Ing. Tropper, oben wirklich mit unseren Behörden, mit dem Gerhard Rüschi, wirklich tagtäglich und wöchentlich Kontakt hat und zusammenarbeitet, weil sonst wären so viele Dinge, die wir jetzt gerade eröffnen, auch nicht so gut geglückt. Bei den Möst-Mitteln sage ich noch einmal, wir kriegen im Moment, das stimmt, mehr Mittel für den ÖV und für die Zuzahlungen, ich bestehe trotzdem drauf, da unterscheidet uns nichts, dass wir diese Möst-Mittel zur freien Verwendung zu uns kriegen und es war leider auch nicht möglich, auch beim letzten Budget nicht möglich und ich habe kein Verständnis gegenüber allen Parteien, die das so auch beschlossen haben, ich verstehe das nicht, wieso wir das nicht kriegen. Die zweite Geschichte und, Wolfgang Riedler, ich glaube, dass du dich auskennst und dass du da sehr lautstark was in den Raum gestellt hast, was einfach nicht stimmt. Bei den Bedarfszuweisungsmitteln, wenn es um die Landeshauptstadt Graz geht, geht es nur mit Vorwegabzug und dazu müssen beide ja sagen, sowohl der Landeshauptmannstellvertreter als auch der Herr Landeshauptmann. Und wir waren gemeinsam oben und haben mehr als dringlich ersucht, von 11 bis 15 % aufzustocken, weil das war sogar vereinbart und trägt seine Unterschrift.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Voves hat gesagt, er steht dazu.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, aber gekommen ist nichts und das darf ich dann ja einmal laut sagen, es kann nicht vom Hermann Schützenhöfer kommen, nein, das geht nicht, das ist ein Vorwegabzug. Walter...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich sage nicht, dass nichts kommt, ich sage, es kann dieser eingeforderte Betrag nicht kommen. Ich erkläre es dir noch einmal, Vorwegabzug heißt, bevor Mittel verteilt werden. Und wenn ich mit dem Land Steiermark verhandeln möchte ich das.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Wo sind wir denn eigentlich, bei den Fachhochschulen oder...

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, da kommen wir gleich wieder hin zur Fachhochschule.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Ach so, ihr tut alle Wahlkampfthemen von uns jetzt besetzen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Walter, wenn du da gewesen wärst, hättest du mitbekommen, dass der Wolfgang Riedler dieses...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Ich war ja da.

Bgm. Mag. **Nagl**: Du warst eh da? Wieso muss ich dir das dann erklären. Walter, sei bitte so gut und höre mir zu, ich bin gleich fertig, ich höre dir auch immer zu.

Bgm.-Stv. Ferk: Du gehst manchmal raus, das gefällt mir nicht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Die einzige Eiszeit, die heute ausgerufen worden ist, war in der Früh, es hat in der Früh um 8.00 Uhr nur neun Grad gehabt, sonst haben wir die Eiszeit, Gott sei Dank ,haben wir nicht. Das ist Faktum und ich werde jetzt nicht müde werden, diese Probleme, die wir noch haben und diese Punkte, die noch offen sind, einzufordern. Ich hoffe, dass sie bald erledigt sind. Fachhochschule ist aus meiner Sicht nicht ganz erledigt, weil ich tät gern wirklich wissen, wie es weitergeht. Der dringliche Antrag ist aus meiner Sicht deswegen heute wichtig, ist gestern auch im Landtag diskutiert worden. Wir müssen ein Mitspracherecht haben (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Entwurf zur Leistungs- und Entgeltverordnung 2007 des Steiermärkischen Behindertengesetzes samt angeschlossenen Verordnungen (Richtsatzverordnungen, Verordnungen über Erkrankungen – die nicht als Beeinträchtigungen gelten)

GR. **Hohensinner** stellt namens der ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grüne und FPÖ folgenden dringlichen Antrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Im Jahr 2004 trat das Steiermärkische Behindertengesetz in Kraft. Mit dem Ziel „mobil vor stationär“ und den damit verbundenen neuen Leistungen wurde eine grundlegende Veränderung der Lebensmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung in der Steiermark angestrebt.

Die dazu gehörige Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 5. Juli 2004 über die Festlegung von Leistungen und Leistungsentgelten (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) nach dem Steiermärkischen Behindertengesetz regelt die Ansprüche und finanziellen Rahmenbedingungen, das Ganze heißt LEVO.

Das Sozialreferat des Landes Steiermark hat mit 16. August 2007 den Entwurf einer Novelle zur Leistungs- und Entgeltverordnung des Steiermärkischen Behindertengesetzes mit Ende der Begutachtungsfrist 13.9.2007 ausgesandt. Dieser Entwurf wurde den Behindertenverbänden zur Begutachtung übermittelt, ihre Stellungnahmen werden nun überprüft und verhandelt.

Die Stadt Graz hat zu den vorgelegten Verordnungsentwürfen an die Fachabteilung 11A mit Datum 10.9.2007 fristgerecht eine Stellungnahme abgegeben.

Seitens des Büros von Landeshauptmannstellvertreter Dr. Kurt Flecker wurden bereits Verhandlungen mit dem Dachverband der steirischen Behindertenhilfe aufgenommen.

Der Behindertenbeirat der Stadt Graz hat in seiner Sitzung am 17. September 2007, das war vorgestern, den dringenden Wunsch geäußert, der Gemeinderat der Stadt Graz möge mit nachfolgender Petition an die Steiermärkische Landesregierung herantreten, da der neue Entwurf aus Sicht des Behindertenbeirates dramatische Verschlechterungen für Menschen mit Behinderung beinhaltet.

Namens der Gemeinderatsklubs von ÖVP, SPÖ, KPÖ, der Grünen und der FPÖ stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Das ist ein bisschen ein langer Satz, da hat ein Mitglied des Behindertenbeirates geholfen: Auf Grund des ausgesandten Entwurfes zur Leistungs- und Entgeltverordnung 2007 samt den angeschlossenen Verordnungen und den darin enthaltenen finanziellen Regelungen tritt der Gemeinderat der Stadt Graz an den für Soziales zuständigen Landeshauptmannstellvertreter Dr. Kurt Flecker heran, dass dieser das Sozialreferat des Landes anweise, die Verhandlungen mit allen betroffenen Körperschaften und Organisationen mit dem Ziel weiter fortzuführen, eine konsensual auszuarbeitende LEVO unter Berücksichtigung und Abwägung der Interessen der Betroffenen unter gleichzeitiger Beibehaltung der bisher geltenden Bestimmungen der LEVO bis zum Ende der Novellierungsverhandlungen zu erstellen, um Verbesserungen für Menschen mit Behinderung zu erwirken (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke für den dringlichen Antrag. Ich möchte ganz, ganz herzlich auf unserer Zuhörerinnen- und Zuhörergalerie begrüßen unseren Gemeinderat außer Dienst, Heinz Musker (*allgemeiner Applaus*). Herzlich willkommen.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Jahn** zur Dringlichkeit: Erstaunlicherweise ist es jetzt auf einmal plötzlich wieder ganz ruhig, was ich total erfreulich finde. Weil eigentlich wollte ich zum Inhalt was sagen und gleichzeitig zur Situation im Gemeinderat. Inhaltlich sind wir uns eh über den Inhalt logischerweise einig, die Leistungs- und Entgeltverordnung beschäftigt uns auf den unterschiedlichen Ebenen, uns als PolitikerInnen und auch die Behindertenorganisationen, Vereine, NGOs ja schon sehr, sehr lange und da gibt es extremen Nachholbedarf, was die Regelungen, die da drinnen stehen, betrifft. Also insofern ein wichtiger Antrag, Gott sei Dank, gemeinsam eingebracht. Ich habe es nur ein bisschen erschreckend gefunden, dass nach dem vorigen Antrag, der aus meiner Sicht, ja natürlich, auch seine Berechtigung hat, obwohl die Sache aus

meiner Sicht geklärt war, dann ganz viele Leute hinausgelaufen sind und es total laut war und nur wenige offensichtlich zugehört haben, was der Kurt erzählt hat, das hat mir, ehrlich gesagt, leid getan und das finde ich schade, wenn es bei solchen Anträgen passiert.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Der Herr Gemeinderat Hohensinner hat mit seinem Antrag ja sich bezogen auf die Änderung zum Gesetz, das am 1.7.2004 beschlossen wurde, ein Gesetz, das wir alle sehr begrüßt haben, weil es die Chancen der Menschen mit Behinderung darauf, ein Leben möglichst so wie wir alle führen zu können, nämlich eigenständig und in Würde und selbstbestimmt, eklatant erhöht hat durch die vielen neuen Maßnahmen. Ich erinnere an den § 9 mit Lebensunterhalt, Übernahme der Kosten in Pflegeheimen, Mietenbeihilfe, Hilfe zum Wohnen sowie Entlastung der Familie und Gestaltung der Freizeit. Dieses Gesetz hat zum einen dazu geführt, dass eine wesentlich größere Anzahl von behinderten Menschen überhaupt Angebote in Anspruch genommen hat, nämlich von der Gesetzgebung bis heute sind es um 11 % mehr, aber das hat natürlich auch zur Folge eine Kostensteigerung und damit wir wissen, wovon wir hier reden und was uns angesichts solcher Anträge auch erwartet und wozu wir uns bekennen, möchte ich nur ganz kurz auf die Kostenentwicklung hinweisen. Also im Bereich Lebensunterhaltung, Unterstützung zum Lebensunterhalt gab es vom Jahr 2005 bis 2006 die Verdoppelung der Kosten von 370.000 Euro ungefähr auf 748.000 Euro, bei der Hilfe zum Wohnen stiegen die Kosten um 63 %, bei der Familienentlastung um fast 100 % und bei der Freizeitassistenz um 57 %. Das wirkt sich auch insgesamt in den Rechnungsabschlüssen aus, ich denke, dass das für Sie interessant ist. Ich nenne jetzt einmal die Zahl 1999, weil wir da begonnen haben, das aufzulisten, gaben wir im Bereich der Behindertenhilfe 12.874.000 Euro aus und im Jahr 2007 haben wir einen Bedarf von 38 angemeldet und wir wissen jetzt schon, dass wir mit diesem Bedarf nicht auskommen werden. Die Steigerung von 2004, also vor Gesetzgebung, stellt sich so dar, 2004 waren es noch 23 Millionen Euro, 2005 28 Millionen, 2006 30 Millionen und wie gesagt, der Bedarf 2007 38 Millionen. Es ist zu erwarten, dass sich der Bedarf und dass sich die Kosten in ähnlicher Weise erhöhen werden. Jetzt bin ich ja schon doch froh über diesen Antrag, weil er ja ein gemeinsames Bekenntnis von uns allen ist, aber insbesondere

ein gemeinsames Bekenntnis der ÖVP, dargebracht in der Person des sehr engagierten Behindertensprechers der ÖVP, Gemeinderat Hohensinner, zu einer sozialen Grundhaltung, zu einer sozialen Priorität in dieser Stadt. Das halte ich für sehr bemerkenswert, ich möchte aber doch kritisch anmerken, ich hoffe nur, dass dann in der nächsten Periode sich auch die handelnden Personen daran erinnern werden und ich glaube, diejenigen wissen, wen ich meine, ich möchte da keine Namen nennen, wenn es in den Budgetverhandlungen darum geht, Eckwerte einzuhalten beziehungsweise überhaupt Prioritäten festzusetzen und nicht wieder, und noch einmal und immer wieder, auch in der nächsten Periode, wie bisher das Spiel spielen, auf der einen Seite, wenn es uns gut gefällt, wenn es ins Konzept passt, wenn wir uns damit profilieren können, damit meine ich aber jetzt ganz bestimmt nicht dich und deinen Antrag, aber viele andere gute Beispiele würden mir dazu einfallen, das Soziale herauskehren und bei der nächsten Gelegenheit, wenn über Budgets verhandelt wird, dann dem Amt mangelnden Sparwillen vorzuwerfen und der zuständigen Sozialstadträtin mangelnden Sparwillen vorzuwerfen. Also es ist ein klares Bekenntnis und ich hoffe, dass es auch ein solches bleiben wird in der nächsten Periode, bei der nächsten Regierung bei den handelnden Personen (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Fernwärmeausbau im Raum Graz

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! In meinem dringlichen Antrag geht es um den Fernwärmeausbau im Raum Graz, ein Thema, das uns schon länger beschäftigt, ich denke hier insbesondere auch an die letzte Woche, an die Veranstaltung in der FH-Joanneum, wo wir über den Klimaschutz und die kommunalen politischen

Anforderungen, die sich in Zukunft oder bereits jetzt an die Stadt Graz stellen werden. Auch wenn die Feinstaubproblematik im Sommerhalbjahr, Gott sei Dank muss ich sagen, etwas abgemildert ist, das Problem bleibt den Grazerinnen und Grazern erhalten, wenn wir nicht verstärkt Anstrengungen zur Findung von wirksamen und nachhaltigen Lösungen des Problems aufwenden.

Darunter verstehen wir nicht teure Kontrollen, Verbote, Strafen und Sanktionen, sondern vorteilhafte, für unsere Bürgerinnen und Bürger effiziente Methoden zu entwickeln, die die Staub-, Abgas- und CO₂- Emissionen reduzieren.

Neben dem Schadstoffausstoß, vor allem auch verursacht durch dieselbetriebene Fahrzeuge ohne Partikelfilter, wir wissen, dass der Verkehr einen maßgeblichen Anteil an den Emissionen auch insbesondere in der Stadt Graz hat, ist es vor allem auch der Hausbrand, der zu hoher Feinstaubbelastung in der Stadt Graz beiträgt. Das Verheizen von festen wie flüssigen Brennstoffen – insbesondere auch in den vielen bestehenden veralteten Anlagen – belastet die Luftgüte.

Alternativen sind deshalb gefragter denn je.

Zur Verminderung der durch den Hausbrand, wir reden in etwa in Graz, wenn ich dem Entwurf des Emissionskatasters trauen darf, in etwa in der Größenordnung von 15 % verursachten Schadstoffbelastung der Luft bietet sich die Nutzung der bei der Stromerzeugung entstehenden Abwärme – die Fernwärmeversorgung – an. Aber auch hier können noch umweltfreundlichere Methoden als bisher angewandt werden. Ein zu großer Teil der Fernwärme wird derzeit in Gaskesseln im Fernheizkraftwerk Graz erzeugt und nicht in effizienten und modernen Kraft–Wärme–Kupplungs-Anlagen, so wie wir das uns für die Zukunft vorstellen können.

Mit dem geplanten und behördlich bereits genehmigten Gas- und Dampf-Kombikraftwerk in Mellach stünde vor Ort nochmals, und da nehme ich durchaus einen niedrigen Wert an, ca. 250 MW an thermischer Energie als Nebenprodukt der Stromerzeugung zur Verfügung. Ich denke aber auch hier, und das sei in einem Nebensatz erlaubt, auch an die Petition, die wir hier im Gemeinderat einstimmig beschlossen haben, in Richtung OMV-Verdichterstation Weitendorf, wo in etwa

nochmals 50 MW thermischer Energie zur Verfügung stehen würde. Nur diese Fernwärme in klimaschonend preiswert und umweltfreundlicher Art und Weise ist zu akzeptieren und muss deshalb forciert werden.

Damit diese Energiemenge nicht nutzlos in die Luft und in die Mur abgeführt werden muss, sollen von allen Seiten unserer Energieversorgungsunternehmen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Heizungen auf Fernwärme umzurüsten oder Neuanschlüsse zu ermöglichen.

Dafür benötigen wir, und das ist, glaube ich, fachlich unumstritten, auf jeden Fall auch im Hinblick auf die Versorgungssicherheit eine zweite Fernwärmeleitung von Mellach nach Graz. Mir ist schon bewusst, wenn ich in Richtung Sepp Schmalhardt schaue, dass wir natürlich in Graz auch im Bereich der Puchstraße entsprechende Anstrengungen unternehmen, aber ich glaube ja durchaus, dass es notwendig ist, hier eine zweite Leitung nach Graz zu führen. Schon eingangs erwähnt, weil eben dort genügend Abwärme in einer so großen Anzahl, wenn ich die Summe aus 250 und 50 MW bilde, dann kommen wir auf eine große Wärmeleistung in der Größenordnung von 300 MW, die im Süden von Graz zur Verfügung stehen würde.

Für diesen forcierten Ausbau der Fernwärmeanlagen setzen wir uns verstärkt ein, damit es für die Grazerinnen und Grazer in Zukunft eine umweltschonende, saubere und auch leistbare Heizmöglichkeit gibt. Auf das Leistbare komme ich dann in meinem dringlichen Antrag noch einmal zurück.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge die zuständigen Abteilungen des Magistrats beauftragen, an die Energieunternehmen Grazer Stadtwerke AG und Energie Graz GmbH beziehungsweise, und das ist vielleicht auch notwendig, direkt an den Kraftwerksbetreiber mit folgenden Zielen heranzutreten:

- den Ausbau des Fernwärmenetzes mit einem Anschlusskonzept und einer Anschlussaktion einschließlich eines Umsetzungs- und Finanzierungsplanes sowie eines Förder- und Unterstützungsmodells, leistbar war das Stichwort, für die Anschlusswerber so zu initiieren und voranzutreiben, dass innerhalb eines Zeitraums von fünf bis zehn Jahren durch Umrüstaktionen und Neuanschlüsse bis zu 25.000 Haushalte in Graz und eben so viele Haushalte, das erscheint mir besonders wichtig, auch im Grazer Umland mittels Fernwärme versorgt werden können,
- den Ausbau einer zweiten Fernwärmeleitung, das scheint mir fachlich besonders notwendig, von Mellach nach Graz in Betracht zu ziehen und Verhandlungen sowie Planungen zur Realisierung durchzuführen
- ein Zweig der Energienutzung nochmals angesprochen, für die Fernwärmeversorgung die Nutzung und Einspeisung von thermischer Energie aus Solaranlagen zu prüfen und zu ermöglichen. (*Applaus ÖVP*).

4) Vorrang für den Ausbau des Fernwärmenetzes

GR. **Herper** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Also wieder ein Paarlauf zwischen ÖVP und SPÖ. Ich mache es ein bisschen knapper, weil ich kürze mich gleich selber ein, Kolleginnen und Kollegen (*Applaus SPÖ*). Also klar sind uns ja allen und bewusst, das brauche ich gar nicht erst ausführen, die Umweltsünden und die ungebremsten CO₂-Emissionen der Vergangenheit und auch jetzt, die zum Klimawandel geführt haben, mit allen Folgen, die uns allseits durch Medien und durch eigene Erfahrung bekannt sind. Das heißt, wenn wir global denken, heißt es auch regional zu handeln und da gibt es ja viel zu tun und Bürgermeisterstellvertreter Walter Ferk hat ja als Umweltreferent über die Jahre Maßnahmenbündel geschnürt, die zur Verbesserung der Umweltsituation beigetragen haben. Ich sage jetzt nur die technischen Ergebnisse, die Stadt hat

schon sehr viel Geld in die Hand genommen, seit 1996 wurden insgesamt 3,4 Millionen Euro an Förderungen für Fernwärmeanschlüsse und die Umstellung von Einzelheizungen mit Festbrennstoffen auf leitungsgebundene Energieträger ausbezahlt. Wir haben den Feinstaubfonds im Jahr 2005 geschaffen, im diese Förderung gewaltig intensiviert und neben der Entlastung der Umwelt haben wir auch laufend den sozial schwächeren Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit dem Heizkostenzuschuss kräftig und die Arme gegriffen.

Durch die Fernwärme werden in Graz jährlich fast 200.000 Tonnen CO₂ eingespart. Das sind 16 % des für die gesamte Stadt bilanzierten CO₂-Ausstoßes. Bezogen auf die Forderung der EU, bis zum Jahr 2020 durch Energieeffizienz 20 Prozent der Energie einzusparen und damit indirekt im gleichen Maß den CO₂-Ausstoß zu verringern, sind wir in Graz, und wir müssen uns von der Öko-Stadt zur Umweltmusterstadt bewegen in Zukunft, auf dem richtigen Weg.

Das heißt, es gilt nun fortzusetzen mit einem kräftigen Ausbau und der Verdichtung des Netzes, für die großen Teile dieses Raumes typischen Einfamilienhäuser und Siedlungen sowie die zahlreichen Industriebetriebe die Möglichkeit der Fernwärmeanschlüsse zu bieten.

Vorrangig wird es daher nötig sein, im Rahmen der gemeinsam, hoffentlich, getragenen und auch, so nehme ich an, Fernwärmeinitiative von Graz, neben bewusstseinsbildenden Maßnahmen zu Gunsten der Fernwärme vor allem ein koordiniertes Vorgehen durch Fortsetzung konkreter Ausbauziele, erforderlicher Rahmenbedingungen und begleitende Maßnahmen zu definieren, wie dies unser Umweltreferenten ja schon seit längerem eingefordert. Uns vor allem geht es darum, den bereits seit zwei Jahren vorliegenden Maßnahmenplan zum Ausbau der Fernwärme in speziellen Vorranggebieten in Angriff zu nehmen.

Namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, dass gemäß dem bereits seit zwei Jahren vorliegenden Maßnahmenplan zum Ausbau der Fernwärme in speziellen Vorranggebieten alles zu unternehmen ist, um den Ausbau und die Verdichtung des Fernwärmenetzes zu unterstützen und beauftragt alle zuständigen Fachabteilungen des Magistrats, die notwendigen Energiesanierungsgebiete auszuweisen und den Ausbau der Fernwärme vorrangig zu forcieren und umzusetzen und dies auch im Sinne der vom Kollegen Topf vorgetragenen Forderungen (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit beider Anträge wurde einstimmig angenommen.

GR. **Schmalhardt** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich sind beide Anträge eminent wichtig für die Grazer Umwelt und für die Grazer Haushalte und für unseren Energiehaushalt. Eines dürfen wir, und das möchte ich jetzt als Praktiker sagen, nicht vergessen, wir haben in Graz mit dem Fernheizkraftwerk in der Puchstraße einen wichtigen Versorgungsstückpunkt, der uns eine gewisse Versorgungssicherheit gewährleistet. Weil nichts leichter kann passieren, dass die Leitungen, auch wenn eine zweite besteht aus Mellach, aus irgendeinem Grund defekt werden und wir nicht darauf achten, dass das Fernheizwerk in Graz ehestbaldig modernisiert wird und wirklich umweltgerecht ihren Betrieb weiter aufrecht erhalten kann zur Versorgungssicherheit. Wir wissen, dass es solche Projekte gibt und ich bitte jetzt schon den Gemeinderat, dieses Projekt für die Grazer Bevölkerung zu unterstützen und die Umsetzung zur gewährleisten. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Jahn**: Ich finde das sehr positiv, dass die Veranstaltung der Grazer Energiegespräche unter anderem vom Umweltamt schon die Auswirkung hat, dass nämlich jetzt wirklich auch über den Klimawandel etc. hier im Gemeinderat diskutiert wird. Obwohl man natürlich kritisch anmerken könnte, dass sowohl ÖVP als auch SPÖ natürlich in diversen Aufsichtsräten von den angesprochenen AGs und GmbHs

vertreten sind und dass wir einen Beteiligungsausschuss haben, wo man über solche Dinge reden kann und hoffentlich in Zukunft auch wird. Die Ziele, die hier in beiden Antragstexten formuliert sind, sind aus unserer Sicht natürlich unterstützenswert. Der Antrag vom Kollegen Topf, weil er eben konkrete Einzelpunkte einfordert, dazu gibt es mehrere Dinge zu sagen. Also zum Ersten, die Fernwärmeleitung aus Mellach, da könnte man natürlich generell einerseits überlegen, ob man eine zweite Leitung von Mellach nach Graz legt, wobei wir als Grüne eher dezentrale kleinere Strukturen bevorzugen, die, wenn sie als Kraftwerke schon bestehen, auch leichter umrüstbar sind. Also das ist auch eine Variante, die vor allem in Deutschland, zum Beispiel Hannover, sehr gute Ergebnisse erzielt, ist auch etwas, was man sich überlegen sollte und worüber man mit der Stadtwerke AG und auch mit der Energie Graz reden sollte. Es wäre zum Beispiel auch die Überlegung, eine Leitung aus Gratkorn nach Graz zu legen und die Abwärme von der Leykam zu nutzen. Also, das wäre auch eine Möglichkeit, die man vielleicht oder aus unserer Sicht wünschenswerterweise mit der Energie Graz diskutieren könnte als Anregung. Ausbau des Fernwärmenetzes, ja natürlich unterstützen wir das, dazu gibt es eigentlich im kommunalen Energiekonzept, das wir gemeinsam schon 1996 beschlossen haben, und das seit 1997 in Textversion, in ausführlicher Version vorliegt, ganz klar Bestimmungen, dort ist nämlich eine Anschlusspflicht für die Fernwärme festgelegt, natürlich mit einzelnen Ausnahmefällen. Das ist etwas, was wir eigentlich uns schon vor zehn Jahren selbst auferlegt haben und wo man eigentlich in den letzten zehn Jahren schon fleißig daran arbeiten hätte sollen, aber besser spät als gar nicht in dem Fall, weil wir wissen, dass es notwendig ist. Der Punkt ist, und das wäre auch einmal anzuregen, dass die einzelnen Forderungen, die im kommunalen Energiekonzept endlich verordnet werden, weil das wurden sie nämlich leider nie, sie wurden im Gemeinderat zwar einstimmig angenommen, aber es ist sowohl unter Bürgermeister Stingl als auch jetzt unter Bürgermeister Nagl das ganze Konvolut, das ganze Maßnahmenpaket noch nicht in den Verordnungsstand übergegangen. Also, das wäre etwas, was wir, wenn es geht, auch irgendwann einmal nachholen oder irgendwann einmal, hoffentlich relativ bald, nachholen könnten, was aus unserer Sicht natürlich sehr sinnvoll wäre. Ich hoffe, dass wir in Zukunft öfter über dieses Thema diskutieren und dass es weitere solche Anträge gibt.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Wer ist schon gegen Fernwärme, Fernwärme ist sauber, sie ist nicht CO₂-neutral, unsere Fernwärme wird in Mellach produziert, in Mellach wird Kohlestaub verbrannt und natürlich wird CO₂ dabei auch produziert, aber eben effizienter als wenn wir alle Gasthermen oder womöglich Kohleheizungen zu Hause verwenden. Das ist die Abwärme, die genutzt wird. Auch Feinstaub entsteht natürlich bei der Entstehung, bei der Produktion von Fernwärme, aber eben in Mellach, in der Nähe von Graz, aber eben in Mellach wird dort hocheffizient abgeschieden, mit Hilfe von Filtern, aber trotzdem, Mellach verschmutzt auch die Umwelt, auch das muss man sich immer wieder bewusst machen. Wenn man über Fernwärme spricht, sie ist sauber vor Ort und natürlich auch sehr komfortabel, kostet natürlich allerdings auch, noch bis vor kurzem war es so, dass Öl, Heizöl extraleicht eben billiger war und deswegen die Leute Heizöl extraleicht bevorzugt haben oder Biomassekessel bevorzugt haben, manche sind auch billiger als Fernwärme, auch das muss man immer im Auge behalten, wenn man über Fernwärme spricht und wenn man darüber spricht, dass man etwas initiieren möchte, ich hoffe, es ist eine Finanzspritze, die du initiieren möchtest und keine Kostenspritze an unsere Wärmekonsumenten, eine Förderspritze sozusagen. Dann muss man aber doch im Auge behalten, was hier an realistischen Potentialen vorhanden ist. Natürlich bin ich auch immer ganz überschwänglich und freue mich, wenn jemand sagt, wir wollen innerhalb von zehn Jahren 25.000 Haushalte auf Fernwärme umstellen, trotzdem muss man ein Stück weit Augenmaß behalten, politische Ziele ungeachtet. Faktum ist, dass wir derzeit in Graz, und du kennst diese Zahl auch aus unserem Gemeindeumweltausschuss, exakt pro Jahr 126 Anlagen errichten, 126 Anlagen wurden errichtet, Übergabestationen wurden errichtet im Jahr 2006 von der Fernwärme in Graz, 126, du forderst 25.000 Haushalte, damit man nicht Äpfel mit Birnen vermischt, von diesen 126 Anlagen werden größenordnungsmäßig etwa 700 Haushalte erfasst. Jetzt kann man hochrechnen, wenn das so weitergeht in dieser Geschwindigkeit erreichen wir 700 Haushalte mal zehn in zehn Jahren 7000 Haushalte. Wenn wir uns sehr anstrengen technisch, finanziell, ökonomisch, förderungsmäßig erreichen wir 10.000 Haushalte, 25.000 Haushalte ist technisch, ökonomisch, fürchte ich, unmöglich. Aber nichtsdestotrotz man kann hohe Ziele haben und ich schätze es ganz besonders, wenn du sie hast. Wir werden das ganz sicher nicht erreichen ohne Verpflichtung zum Anschluss an Fernwärme, ganz sicher nicht. Weil eben die ökonomische

Situation am Energiemarkt so ist, dass die Menschen nach wie vor andere Energieträger zum Heizen bevorzugen werden oder eine Abschätzung machen und sich denken, vielleicht wird die Fernwärme noch teurer, also bleibe ich lieber beim Gas, bleibe ich lieber beim Öl, bleibe ich bei meinem Kachelofen oder wo auch immer, diese Entscheidung kann man nur dann beeinflussen, wenn man ein kräftiges Instrument der Raumordnung, der Flächenwidmungsplanung in die Hand nimmt, nämlich die Möglichkeit, in bestimmten lufthygienisch sensiblen Gebieten, und darum muss es in erster Linie gehen, Fernwärmeanschlusspflicht zu verordnen als Stadt Graz so wie es auch Herr Bürgermeister Nagl vorgeschlagen hat. Ich hoffe, dass ich den Antrag jetzt nicht so verstehen muss, dass dieser Vorschlag zurückgezogen wird. Wir werden im Umweltausschuss jedenfalls, solange ich noch Vorsitzender dieses Gemeindeumweltausschusses bin, diesen Vorschlag vom Herrn Bürgermeister prüfen und uns überlegen, ob wir in einzelnen Zonen der Stadt Graz, die lufthygienisch besonders sensibel sind, das heißt, besonders belastet sind, wo es besondere Probleme gibt, tatsächlich so etwas wie Fernwärmeanschlussverpflichtung aussprechen wollen. Das soll geprüft werden, ich hoffe, hier die ÖVP nach wie vor im Boot zu haben und nicht nur den Bürgermeister, das wäre nämlich zu wenig, wir brauchen den Gemeinderat. Er beschließt so etwas mit Zwei-Drittel-Mehrheit. Ein letzter Punkt noch, die Idee, dezentral sei besser als zentral stimmt in 90 % der Fälle, bei der Lebensmittelversorgung zum Beispiel wissen wir wie viel tausende Kilometer ein einziges Joghurt, etwa ein Erdbeerjoghurt, am Buckel hat. Bei der Wärmeerzeugung unterschreibe ich diese Idee nicht mehr, aus einem einfachen Grund, weil eben dezentrale Kessel mehr Abgase produzieren, ganz grundsätzlich mehr Abgase produzieren und vor allem vor Ort in der belasteten Stadt Graz, mit Feinstaub belasteten Stadt Graz, Abgase produziert werden bei einer zentralen Erzeugung von Fernwärme, die Idee Leykam ist eine sehr, sehr gute, sage ich gleich dazu, einer zentralen Nutzung von Abwärme oder Erzeugung von Wärme für Fernwärmeleitungen wird das eben in einer Gegend produziert, die vielleicht noch belastet werden kann. Graz verträgt diese vielen Einzelkessel ganz einfach nicht mehr, wir brauchen auch Fernwärme, wir brauchen auch zentrale Erzeugung von Wärme, in der Puchstraße zum Beispiel ganz richtig, dieses Werk müssen wir aufrüsten, dort müssen wir das Bestmögliche an Wärme herausholen und an Strom, es soll am besten Kraft-Wärme-Kopplung natürlich sein. Viel besser als tausende Kleinkessel, und seien es Brennwärtekessel, noch immer besser als tausende

Brennwertkessel, Kessel am letzten Stand der Technik, ist diese zentralere Erzeugung von Wärme und auch Strom. Wie gesagt, 90 % der Fälle, stimmt dezentral ist besser als zentral, es gibt aber 10 % der Fälle an Wärmeerzeugung, Stromerzeugung gehört jedenfalls dazu, da kann ich das nicht unterschreiben, da bin ich dafür, Puchstraße und Mellach auszubauen. Danke (*Applaus SPÖ*).

StRin. **Kahr:** Ja, sehr geehrte Damen und Herren! Alle Initiativen, die hier im Gemeinderat kommen und zum Ziel haben, den Fernwärmeausbau in Graz zu forcieren, sind natürlich zu unterstützen. Die Gemeinderätin Christina Jahn hat auch richtig auf das kommunale Energiekonzept KEK hingewiesen, ich kann mich selber daran erinnern, wie das im Haus hier beschlossen worden ist. Wenn wir hier gemeinsam an einem Strang ziehen, denke ich, ist das eine gute Sache, ich habe mich aber in erster Linie zu Wort gemeldet, um Sie auch darüber zu informieren, was die Leistungen des städtischen Wohnungsamtes in dem Zusammenhang betreffen, weil wir immer gesehen haben, nicht nur als Qualitätsverbesserung im Wohnungsstandard, sondern vor allem auch den Einbau von Fernwärme als wesentlichen Beitrag zur Reduzierung der Umweltproblematik in unserer Stadt Graz. Und in dem Zusammenhang möchte ich Sie vielleicht nur zu Information, denke ich, das ist nicht unwichtig, weil es ja aus eigener Anstrengung vom Wohnungsamt auch getätigt wurde, dass wir in den letzten acht Jahren immerhin 62 städtische Wohnhäuser an das Fernwärmenetz angeschlossen haben und Fernwärme eingeleitet haben, hier mit Unterstützung und Mitteln auch des Landes Steiermark und hunderten von stadteigenen Wohnungen vom städtischen Wohnungsamt als Eigenleistung den Fernwärmeeinbau ermöglicht haben und zwei große stadteigene Wohnhausanlagen, eine in der Brucknerstraße und eine in der Ghegagasse, noch in dieser Periode an das Fernwärmenetz angeschlossen werden (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Ich möchte mich selbst auch zu Wort melden, nachdem ich jetzt vor rund drei Wochen eine Studie, die ich in Auftrag gegeben habe, vorgestellt habe und das Thema Fernwärme für Graz wieder angeschnitten habe und zwar aus folgenden

Gründen: Die Feinstaubdiskussion wird in wenigen Wochen, wenn wir wieder die Inversionswetterlage haben, in allen Medien groß gebracht werden. Die Landeshauptstadt Graz hat damals federführend, wir waren die Ersten die darauf aufmerksam gemacht haben, wir waren die Ersten, die fairerweise gemessen haben und wir waren auch dann die Ersten, die wieder Lösungsvorschläge auf den Tisch gelegt haben. Die gesamte Individualverkehrsdebatte möchte ich da gar nicht führen, da ist einiges schief gegangen, zuerst sperren wir ganz Graz, dann tun wir Tempolimits verordnen, dann haben wir die UVS-Debatte gehabt, jetzt haben wir im Stadtsenat eine Stellungnahme abgeben müssen, dass das de facto alles überhaupt nicht mehr kommt, weil das so kompliziert ist und wir bis zu 40.000 Tafeln bräuchten, da muss man dann das Bundesgesetz ändern, das haben wir auch als Vorlage vom Herrn Vizebürgermeister Walter Ferk als zuständigen Umweltstadtrat auch bekommen. Das was ich mir aber schon im Frühling über den Sommer überlegt habe, ist drüber nachzudenken, wie wir den Hausbrand verbessern können. Die Expertenziffern gehen immer auseinander, grosso modo sagen alle, ein Viertel unserer Feinstaubemissionen kommen vom Hausbrand. Da haben wir wieder unterschiedliche Feuerungsarten und die haben wiederum unterschiedliche Ausstöße in Richtung Feinstaub, sowohl was den Inhalt anbelangt als auch was die Größen und Mengen anbelangt. Ich habe dann unser Feinstaubpaket hergenommen und zu meiner Verwunderung und Überraschung habe ich festgestellt, dass wir in unseren gesamten Beschlüssen zum Thema Feinstaub das Thema Fernwärme ausgeklammert haben. Ich habe es gar nicht glauben können, weil wir haben über alles, über viele tolle Punkte, die mittlerweile auch Standard sind in ganz Österreich, da sind wir federführend unterwegs, das war die Umrüst-Partikelfiltergeschichte, die Walter Ferk vorgeschlagen hat mit dem Umweltamt und, und, und. Aber ein Punkt kommt überhaupt nicht drinnen vor, die Fernwärme, und deswegen habe ich eine Studie in Auftrag gegeben und habe mir angeschaut, wie wir umstellen könnten. Und jetzt, der Herr Gemeinderat Dr. Getzinger folgerichtig gesagt, dass wir beliefert werden von Mellach auch von Werndorf, also im Prinzip haben wir vier Kraftwerke, die hineinfahren ins Fernwärmesystem, die werden unterschiedlich eingesetzt, zu 90 % kommt es aus Mellach, und dort fahren wir mit Gas. Man kann aber auch umstellen und umschalten, aber Gas ist eine ganz gute Geschichte. Jetzt plant der Verbund unten in Mellach das Umrüsten auf eine Kraft-Wärme-Kopplung und ein Umrüsten auf sogenannte Gas-Dampf-Turbinen, diese Anlagen zur Stromgewinnung

haben die höchste Energieeffizienz zur Zeit, wissenschaftlich belegt. Wenn wir also vom Verbund unten ein neues Fernheizkraftwerk bekommen, und da komme ich jetzt auf etwas zu sprechen, was die Frau Gemeinderätin Jahn, aber auch die Frau Stadträtin Kahr jetzt gesagt haben, dann kann man nicht einfach davon ausgehen, dass wir in Graz irgendwas verordnen können, sondern es gibt eine Raum- und Bauordnungsnovelle aus dem Jahr 1991 von der Steirischen Landesregierung, die klar geregelt hat, wann wir zu solchen Sanierungsgebieten kommen dürfen und wann wir auch einen Zwangsanschluss verordnen dürfen. Und jetzt ganz, ganz wichtig, ich kann in Graz im Moment, obwohl der Kollege Rüschi das tut, gar nichts machen, weil die derzeitige Leitung, die von Mellach heraufführt, wo wir auch in der Puchstraße, zu dem Werk komme ich noch, eine Zusatzfeuerung im Winter schaffen, wenn der Bedarf so groß ist, das schalten wir bitte nicht immer ein, sondern das rennt, sage ich auch, Gott sei Dank, beim derzeitigen technischen Standard nur als eine Notversorgungsgeschichte, dann können wir nur unten froh sein, wenn die ein solches neues Kraftwerk bauen. Dieses Kraftwerk hat, wenn man es normal anschaut, eine Energieeffizienz, die bedeutet, normalerweise kommen 57 % Energie, sprich Strom, raus, ungefähr 10 % Abwärme, die in die Luft geht und ungefähr 30 % Abwärme, die ins Wasser geht und das ist auch nicht so leicht für die Kraftwerke, weil wenn das Wasser unten zu heiß wird, also mehr als 20 Grad darf die Mur nicht haben, dann müssen sie eigentlich wieder ihre Kraftwerke drosseln und abstellen. Und jetzt kommt ein wichtiger Punkt, die Leitung, die wir jetzt haben versorgt in etwa, wir wissen es gar nicht genau, 30.000 bis 40.000 Haushalte, wir haben in etwa viereinhalbtausend Anschlüsse, aber die verteilen sich. Berlinerringsiedlung mal so und soviel Wohnungen, genau weiß, glaube ich, gar niemand, nicht einmal in unserem Fernwärmeunternehmen, wie viele Haushalte dran hängen. Wir haben dann aber andere Großunternehmen wie zum Beispiel das Landeskrankenhaus, sodass wir im Moment diese Rohre, die da hinauf- und hinuntergehen, die wir alle kennen, wenn wir Rad fahren, ausgelastet sind. Und wenn wir ernsthaft vorhaben, eine Reduktion im Bereich CO₂ oder Feinstaub zu schaffen, dann sollten wir das zumindest verdoppeln. Das sind weitere 30.000 bis 40.000 Haushalte. Der Vorschlag von Experten, den ich bekommen habe, lautet 25.000 Haushalte in Graz und 15.000 Haushalte auf der Strecke herauf in Graz-Umgebung, das würde Sinn machen. Und jetzt komme ich zur Debatte, wann darf ich verordnen als Stadt? Es steht klar geregelt im Gesetz drinnen, haben die Gemeinde mittels Verordnung gemäß § 21 a

der ROG Fernwärmeanschlussbereiche festgelegt, so haben die Baubehörden, sofern die Fernwärmeversorgung sichergestellt ist, die Fernwärmeanschlusspflicht für all jene Gebäude, in denen Räume beheizt werden und keine Ausnahme besteht, mit Bescheid vorzuschreiben. Jetzt haben wir aber das Problem, es hilft mir aber auch nichts, wenn ich was ausweise, an dem arbeitet die Beamtenschaft und der Kollege Rüschi auch, wir müssen zuerst die Versorgung herstellen, sonst dürfen wir es nicht verordnen. Um die Versorgung sicherzustellen, brauchen wir entweder eine zweite Leitung, da ist jetzt da Verbundprojekt angeschlossen oder wir nehmen die Puchstraße her und das haben wir dann sicher noch zu diskutieren, langfristig werden wir wahrscheinlich beide brauchen, weil es dann noch weitergehen soll in zehn Jahren darüber hinaus. Diese Gas-Dampf-Kraftwärme-Kopplungsanlagen haben einen riesigen Vorteil, sie produzieren nämlich nicht 57 % Energie und soviel Wärme, die dann nicht gebraucht wird, sondern sie produzieren von der Energieeffizienz um 3 % weniger, also 54 % Strom Energieeffizienz kommt heraus, die Luft bleibt mit 10 % gleich, aber du gewinnst 18 % Energie, die du als Fernwärme nutzen kannst. Und deswegen freue ich mich, dass der Verbund sehr weit ist und dass das eigentlich bald realisiert wird. An uns liegt es jetzt zu schauen, dass wir möglichst schnell eine zusätzliche Fernwärmeleitung nach Graz kriegen, dass wir dann die Gebiete auch ausweisen, per Verordnung auch bestimmen. Was auch ganz wichtig ist, weil ich glaube, das ist noch nicht debattiert worden, Fernwärmeanschlüsse bedeuten für, vor allem weil es ja Zwangsanschlüsse sind, bedeuten für die Bürgerinnen und Bürger einen finanziellen Aufwand, manchmal keinen geringen und deswegen ist auch damals in der Raumordnungsnovelle klar festgehalten worden, dass hier und bei der Festlegung der Fernwärmeanschlussbereich soziale Härten zu vermeiden, ist eine Fernwärmeförderung vorzusehen. Das heißt, wir kommen und sollten da auch gar nicht umhin kommen, dass man sagt, wenn dann die Leute aber umsteigen sollen, dann müssen wir ihnen dabei helfen und wir werden dann ja auch noch garantiert darüber nachdenken können über das, was der Dr. Getzinger uns gesagt hat. Und da möchte ich ein bisschen in deine Richtung, Herr Klubobmann, schauen, weil du gesagt hast, vergessen wir die Puchstraße nicht. Also wenn das Puchstraßenwerk neu kommt und nur für Notfälle verwendet wird, wäre es gut, weil derzeit ist es, wie gesagt, eine veraltete Anlage und produziert sicher Feinstaub und CO₂. Aber eines müssen wir wissen, in Mellach wird es eine Stromproduktion geben und die

Fernwärme fällt als Abfallprodukt an, die sollten wir nutzen und abholen, weil wenn wir in Graz das gleiche Kraftwerk in die Puchstraße stellen, dann produzieren wir im Jahr 1,3 Milliarden Kilogramm, damit man sich das vorstellen kann, 1,3 Milliarden Kilogramm CO₂. Wir haben zwar den Vorteil, dass wir dann innerhalb der Stadt Graz eine Stromproduktion haben, aber für die CO₂-Debatte und das, was in Zukunft zu zahlen sein wird und wie die Zertifikate gehandelt werden usw., ist es eher belastend, aber auch für unser Klima hier in Graz. Und wenn wir umsteigen würden und weitere 40.000 Haushalte anschließen herauf oder auch in der Stadt Graz, dann bedeutet das laut Expertenberechnung, dass 70.000 Kilogramm Feinstaub weniger produziert werden, weil wir umstellen. Und für mich war es schon erstaunlich, ob die Zahlen dann wirklich halten, kann ich nicht sagen, aber es schaut so aus, dass wir bei einer Gastherme dreieinhalbmal soviel Verunreinigung produzieren wie bei Fernwärme, bei einem Ölofen fünfmal so viel und bei einem Kohleofen, also sprich bei festen Brennstoffen bis zu siebenmal so viel. Da darf man auch nicht unfair sein und alles verteufeln, weil es gibt heute mittlerweile in allen Bereichen großen technischen Fortschritt, aber der Durchschnittswert dürfte in etwa dort liegen. Das heißt, ganz, ganz wichtig, dass wir neben der Solarwärme noch hineinführen, aber auch den Menschen klar sagen, da unten gibt es ein Abfallprodukt, das wir uns abholen sollten und deswegen auch der Vorschlag, liebe Energie Graz, gemeinsam auch mit dem Partner ESTAG redet mit dem Verbund, schauen wir möglichst, dass eine Leitung gebaut wird, dann können wir die Gebiete ausweisen, sozial verträglich die Stuben beheizen, und letzten Endes wirklich dazu beitragen, dass wir zu einer Feinstaub- und CO₂-Reduktion kommen. Ich glaube, langfristig werden wir einmal beides brauchen, wenn Graz und Graz-Umgebung so wächst, aber im Moment hätte ich mehr Freude, wenn dieses Verbundprojekt fertig ist, dass wir möglichst schnell diese zweite Leitung haben, die darf im Übrigen nicht gleich drübergebaut werden über die bestehende, sondern da müssen wir einen neuen Weg suchen, aber ich denke mir, es ist schon einmal gelungen und das könnte auch wieder gelingen. Dann wäre es ein echter Beitrag zur Feinstaubreduktion, zur Heizkostensenkung, aber vor allem auch zur Schadstoffreduktion. Und es ist halt so, unterschiedliche Heizungsarten erzeugen unterschiedliche Emissionen und was auf der einen Seite gut sein kann, ist auf der anderen Seite auch wieder schlecht. Aber ganz wichtig noch einmal, ich freue mich, wenn es heute dazu zwei dringliche Anträge gibt, ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, wir sollten das auch in unserem Feinstaubpaket dann wirklich

drinnen fix verankern, weil es komplett gefehlt hat und dann werden wir in ein paar Jahren vielleicht so große Siedlungen, man braucht nur an die Reininghausgründe denken, dort sollte einfach die sauberste Wärmeversorgung sein. Wir werden sowieso Schwierigkeiten haben bei dieser Zersiedelung von Graz-Umgebung, wo jeder ein Einfamilienhaus gebaut hat, zu einer Fernwärmeversorgung zu kommen. Aber da sind unsere Energieprofis, die wir bei uns haben, jetzt gefordert. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Herr Bürgermeister, manche werden es nicht glauben im Hause, ich kann alles das, was du heute gesagt hast, in dieser Frage nur unterstreichen deswegen,...

Zwischenrufe unverständlich.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Natürlich, weil wenn was Gescheites, Vernünftiges vor allem für Graz gesagt wird, für die Lebensqualität, für die zukünftigen Generationen ist es auch ebenso mein Anliegen und unser Anliegen. Meine Damen und Herren, wir haben ja einiges gemacht, das ist gesagt worden. Wenn heute die Wohnungsstadträtin sehr zufrieden ist, dann hat sie natürlich am Beispiel der Triester Siedlung, wo wir tatsächlich die Fernwärmeumstellung im Gemeindebau im Wesentlichen durchführen konnten, nur deswegen, weil natürlich auch das Umweltressort mit dem Land Steiermark gemeinsam auch die entsprechende finanzielle Förderung zugrunde gelegt hat. Das ist auch wichtig. Weil ein Fernwärmeanschluss kann nicht Halt machen auch bei jenen Menschen, die es nicht so dick haben, die nicht die finanzielle Voraussetzung haben. Das ist auch eine Grundbedingung für eine flächendeckende, unter Anführungszeichen natürlich, Versorgungssicherheit. Die Experten, meine Damen und Herren, die selbstverständlich dem Herrn Bürgermeister wie mir zur Verfügung stehen, und

eigentlich sind es auch unsere Spitzenbeamten des Umweltressorts, die sich ja seit Jahren besonders bemühen, auch in Fragen der Energieeffizienz auch ganz konkrete Vorschläge auf den Tisch zu legen, und genau wie der Kollege Topf, aber auch der Kollege Linhart waren auch bei den Energiegesprächen, die ich initiiert habe in der Fachhochschule vorige Woche und wir liegen eigentlich mit unseren politischen Überlegungen durchaus an der Spitze der europäischen Überlegungen von Städten wie Zürich, aber auch werden positiv beurteilt von KlimaforscherInnen, die ebenfalls an dieser Tagung teilgenommen haben. Herr Bürgermeister, du hast vollkommen Recht, die Feinstaubproblematik begleitet uns eigentlich seit einigen Jahren, aber die große Zukunftsherausforderung liegt eigentlich am Klimawandel und liegt eigentlich in der CO₂-Problematik und es ist jede Aussage, jedes In-die-Hand-Nehmen von finanziellen Mitteln und jede technische Voraussetzung zu schaffen, das probate Mittel dafür, dass wir auch in Zukunft eine lebenswerte Stadt sind, das ist das eine (*Applaus SPÖ*). Das Zweite, selbstverständlich ist Graz auch Spitze, weil das jetzt vielleicht zu wenig in der Diskussion untergegangen ist, in Fragen der Solarenergie, wir haben nicht nur ein Spitzenunternehmen mit der Firma Solid, die auch mit der öffentlichen Hand hervorragend zusammenarbeitet, sondern wir haben auch, was die Frage der Solarenergie betrifft, Stichwort Ragnitzsiedlung, hier gute Beispiele in der Stadt, wir haben gute Beispiele auch jetzt in Umsetzung bringend in der AEVG, also in stadteigenen Unternehmen und die größte Kollektorenfläche schon bald wird im Wasserwerk Andritz kommen, wo wir eine Kollektorenfläche von 7.500 m² erreichen werden, damit auch 2.500 Wohnungen einspeisen können mit Energie und dabei noch pro Jahr 900 Tonnen CO₂-Ausstoß sparen können. Wir werden es auch beim Bad Eggenberg tun, das heißt, alles das sind Voraussetzungen für eine nachhaltige Politik, weil wir auch alle gewusst haben, das möchte ich nur richtig stellen, auch mit den Beschlüssen und Petitionen an das Land zum Thema Verkehrsreduktion, dass das ja nur augenblickliche und temporäre Maßnahmen sein können, aber dass nachhaltige Maßnahmen natürlich auch in Umstellung der Heizungsbereiche liegen, allerdings müssen wir auch sagen, dass trotzdem der Verkehr in der Landeshauptstadt, das ist anders wie in Linz, ist anders wie in Wien, doch der größte Verursacher ist und daher liegen wir auch absolut richtig, wenn wir den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in der Stadt, aber auch überregional forcieren. Da haben wir nämlich die zweite große Kraftanstrengung und wenn das alles passt, dann werden wir auch in Zukunft die Standortsicherung für die Wirtschaft haben, wir

werden weiterhin einen Zuzug in der Stadt Graz, wir werden Beschäftigung haben und wir werden eine Stadt haben, wo sich die BürgerInnen gesund und wohl fühlen (*Applaus SPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Danke für die Auflisten der historischen Ereignisse, die sich im letzten Jahr so nach dem Thema Heizung, Klima, Umwelt ereignet haben, aber auf einen Punkte möchte ich schon drauf hinweisen, was immer wir heizen, und das hat auch ihr Mitarbeiter im Umweltamt gesagt, ganz eindeutig gesagt, dass Feinstaub keine Grenzen kennt. Also egal, wo der Staub emittiert wird, er kommt immer an einer anderen Stelle herunter. Der wird so weit getragen, also ob das jetzt in Mellach erzeugt wird oder in Graz ist überhaupt kein Thema. Der zweite Punkt, was der Kollege Getzinger angeschnitten hat, das ist schon richtig, dass jetzt, weil nur 180 Übergabestellen jährlich erzeugt werden, jetzt wo die Fernwärmeanschlüsse natürlich im dichtverbauten Gebieten gemacht werden, ist es ganz leicht, da ist ein Haus mit 20 Wohnungen, eine Übergabestation. Wenn das aber dann in weiter außen liegende Bezirke getragen wird, die Fernwärme, da gibt es die Einfamilienhäuser und dann müssten natürlich zwangsläufig die Zahlen der Anschlüsse steigen. Und es ist auch ganz klar, dass damit auch die Anschlüsse pro Haushalt entsprechend viel teurer sind. Und die Probleme der Fernwärme, und das hat niemand angeschnitten, sind jene, was ich natürlich im Sommer nicht auskoppeln kann, weil kein Bedarf an Wärme da ist und das sind solche Projekte, wie zum Beispiel in der Starhembergasse, wo die 120 Wohneinheiten auf ein anderes System umgestellt werden sollen, da die Warmwassererzeugung natürlich kontraproduktiv, weil da muss ich im Sommer trotzdem die Abwärme in die Mauer leiten. Also sinnvoll wäre vielleicht eine Ansiedlung von Industrien in der Nähe von Kraftwerken, die Prozesswärme brauchen für die Produktion. Wie wir gehört haben im Solarkongress oder in Energietagung in Eggenberg, wo ja nur Temperaturen von 70 bis 150 Grad gebraucht werden (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Eine Geschichte habe ich vergessen, die möchte ich Ihnen zur Veranschaulichung auch sagen, weil die Experten mich da auch überrascht haben. Ich habe mich bei der Pressekonferenz zum Thema Fernwärme mit einem Packerl Mehl hingestellt, mit einem Kilogramm, damit man verdeutlichen kann, was wir einsparen, wenn wir ungefähr 40.000 Haushalte umstellen und da sind 70.000 Kilogramm-Pakete. Allerdings ist in einem solchen Kilo-Paket drinnen eine Milliarde Mikrogramm Feinstaub, damit man diese Zahlen einmal auch irgendwie halbwegs fassen kann. Man kann sie nicht abbilden, weil sie nicht sichtbar sind, aber quasi in einem Kilogramm Feinstaub, wir sparen 70.000 solcher Pakete ein und in jedem Paket ist eine Milliarde Mikrogramm Feinstaub, damit wir da einmal in etwa auch einen Anhaltspunkt haben.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Selten, dass so eitle Wonne/Griesschmarren im Gemeinderat ist, das ist auch gut so, es ist ein wichtiges Thema und es ist gut, dass wir versuchen, in diesem Bereich konsensuell unterwegs zu bleiben und zu sein, nur eines, Herr Bürgermeister mag ich nicht auf unserem Gemeindeumweltausschuss sitzen lassen, nämlich, dass wir uns nicht mit Fernwärme befasst hätten. Wir haben nur auch den Stadtrat Riedler im Genick und wir wissen, dass wir mit dem Geld, das vorhanden ist, sehr, sehr haushalten müssen, aus dem Grund haben wir uns in Bezug auf Fernwärme auf die sozial schwachen Haushalte konzentriert. Die Mitglieder dieses Ausschusses wissen es. Bisher sind da bereits 400 Haushalte umgestellt worden mit sehr großzügiger Förderung durch die Stadt Graz, Haushalte, die bisher wahrscheinlich mit festen Brennstoffen, mit Kohle oder vielleicht teilweise sogar mit Müll beheizt worden sind und insbesondere sind sie besonders wichtig, was diese Umstellung betrifft. Natürlich haben wir uns mit Fernwärme befasst, aber mein Vorredner hat bereits darauf hingewiesen, wenn wir Fernwärme noch deutlich ausweiten möchte, wird es pro Haushalt unendlich teuer und das ist das Problem der Fernwärme. Da muss man dann wieder auf dezentrale Systeme, ich komme auf die Kollegin Jahn zurückgreifen, auf Brennwertgeräte, auf Bodenwärme zum Beispiel, die man nutzen kann, es gibt andere Systeme, die auch einigermaßen CO₂- und feinstaubneutral sind, aber trotzdem, die Kosten, die ökonomische Determinante muss auch bedacht werden, sonst sind so Zahlen wie 25.000 Haushalte halt nur

Luftschlösser. Aber auch solche soll es ab und zu geben in der Politik. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Ein kurzes Schlusswort. Ich möchte kurz zusammenfassen. Ich glaube, es ist alles Wesentliche gesagt worden. Ich danke zuerst einmal für die breite Zustimmung, ich glaube, das gehört zum Schlusswort dazu. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir natürlich im Einklang mit dem Raumordnungsgesetz, und das ist bereits mehrfach angesprochen worden, selbstverständlich auch die Versorgungssicherheit, deshalb auch mein Schwerpunkt auf die zweite Leitung, die nach meinem Dafürhalten relativ rasch umsetzbar wäre, also die Versorgungssicherheit sicherstellen, dann entsprechend nach dem Raumordnungsgesetz die entsprechenden Deckpläne, die ja in der Schublade liegen, zur Verordnung erheben und dann, glaube ich, auch mit entsprechenden Förderungsmodellen, Günter Getzinger hat vollkommen richtig angesprochen, dass wir auf einem guten Weg sind, Graz mit Fernwärme ausreichend auszustatten. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

GR. **Herper**: Also, ich freue mich sehr über den Konsens, der hat sich ja schon ergeben beim ersten Energiegespräch in Graz. Ich habe mit der Christina gesprochen, weil wir gemeinsame Bekannte zufälligerweise in Zürich haben, es gab ja eine Züricher Referentin, die über die sogenannte Vision der 2000-Watt-Gesellschaft gesprochen hat, entwickelt von der ETH-Zürich und ich habe am Wochenende meinen Sohn auf die ETH gebracht und habe mir das vor Ort angeschaut. Also, wenn es eine Stadt, eine europäische Stadt gibt, die auf dem Weg zur Europa-Musterstadt ist, dann ist es Zürich, nicht nur, was den öffentlichen Verkehr betrifft, was das Klima und die Energiepakete betrifft, es ist beispielhaft, da können wir uns orientieren, da sollten wir weitermachen. Weil wir brauchen ein

genauso konkretes weiterführendes Klimaschutzprogramm für die nächste Funktionsperiode. Ich sage, einen Ausstoß bei CO₂ um 10 % reduziert, die Fernwärmeinitiative, die Stadtmobilität, Priorität öffentlicher Verkehr, die Geschichte mit dem umweltfreundlichen Wohnen, umweltfreundliche Betriebe, Solarenergie, alles das wurde angeführt und ich freue mich sehr, und ich sage vielleicht, Herr Bürgermeister, lieber Sigi, wenn du mir keinen Verweis gibst, trotz des konsensualen Klimas, Herr Bürgermeister, ich war beeindruckt, wie du dich hineingetigert hast in letzter Zeit und wie du dich beschäftigt hast mit Energie und Umweltpolitik, mir ist dann auch eine Vision gekommen. Eine kleine Wahlvision habe ich mir gedacht, du wärest ja auch ein sehr guter Umwelt- und Energiereferent und der Walter Ferk wäre ein guter Bürgermeister, macht einen Rollentausch. Danke (Applaus SPÖ).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 16.15 Uhr den Vorsitz.

5) Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Behinderung am ersten Arbeitsmarkt

GR. **Hohensinner** stellt folgenden dringlichen Antrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Durch das Projekt „Step by Step“, welches seitens der Stadt Graz im Rahmen von „next Step“ realisiert wird, sollen Personen mit einem hohen Handicap in die Arbeitswelt integriert werden. Damit dieses Pilotprojekt bundesweit Schule machen kann, sind einige Gesetzesänderungen notwendig.

Worin liegen die Herausforderungen?

Nach dem steirischen Landesbehindertengesetz gibt es unterschiedliche Leistungen zur Unterstützung für die berufliche Qualifizierung und Integration von Menschen mit Behinderung. Der erste Arbeitsmarkt bleibt dennoch den meisten Menschen mit Behinderung verwehrt.

Das Behinderteneinstellungsgesetz bezieht sich auf die Gruppe jener Personen, die bei einem Behinderungsgrad von 50% und mehr eine Leistungsfähigkeit von mindestens 50% und mehr aufweisen. Diese Personen haben Anspruch auf einen geschützten Arbeitsplatz. Die Erfahrung zeigt, dass es eine Vielzahl von Personen gibt, die grundsätzlich in der Lage sind, eine wirtschaftlich verwertbare Arbeitsleistung zu erbringen, aber in der Regel vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben, weil sie die geforderte Leistungsfähigkeit von 50% und mehr nicht erreichen können.

Für das Arbeitsmarktservice ist die Minderung der Erwerbsfähigkeit die ausschlaggebende Größe zur Anspruchsdefinition. Dies hat einerseits Relevanz für die Auszahlung von Arbeitslosengeld und andererseits generell für den Anspruch auf Arbeitslosenversicherung.

Die Ansprüche aus der Sozialversicherung sind ebenfalls mit der Erwerbsfähigkeit verknüpft. Neben der Alterspension können Pensionsansprüche auch aus Gründen der Invalidität beziehungsweise wegen einer Berufs- und Erwerbsunfähigkeit vorliegen. Für die Sozialversicherungsträger ist dabei eine Minderung der Erwerbsfähigkeit für eine etwaige Pensionszuerkennung ausschlaggebend.

Die Streichung der derzeit geltenden Definition von Arbeitsfähigkeit würde bedeuten, dass Menschen mit Behinderung und einer geringeren Arbeitsfähigkeit als die bisher geforderten 50% in Zukunft Ansprüche auf Pension und Arbeitslosenversicherung erwerben können, wenn sie über ein sozialversicherungsrechtlich anerkanntes Arbeitsverhältnis verfügen.

Ziel soll sein, dass sich die gesamten Aufwendungen für den Erwerb und die Erhaltung eines Arbeitsplatzes an der Höhe der derzeitigen Kosten für eine teilstationäre Unterbringung nach dem Steiermärkischen Behindertengesetz als maximale Obergrenze orientieren. Die Aufwendungen sollen bedarfsorientiert eingesetzt werden. Der öffentlichen Hand entstehen dadurch keine Mehrkosten, da

die jeweilige Person ohnedies Anspruch auf eine Leistung nach dem Behindertengesetz hätte.

Ein finanzieller Nutzen entsteht dabei allein schon durch den Rückfluss von Steuerleistungen und Sozialversicherungsbeiträgen, die sich aus dem Anstellungsverhältnis ergeben.

Verliert ein Mensch mit Behinderung durch seinen Arbeitsplatz den Anspruch auf finanzielle Leistungen wie zum Beispiel erhöhte Familienbeihilfe, Unterhaltsansprüche, Mitversicherung, Waisenpension etc., muss er die Möglichkeit vorfinden, bei Verlust des Arbeitsplatzes diese Leistungen wieder in Anspruch nehmen zu können, sofern noch keine Rechte auf andere Transferleistungen erworben wurden. Dadurch wird eine Hemmschwelle abgebaut, denn viele Menschen mit Behinderung können auf gesicherte Transferleistungen, die nach einer Arbeitsaufnahme für immer verloren gehen, nicht verzichten.

Es muss sichergestellt werden, dass für die Betriebe, die eine Person mit Behinderung anstellen, ein dauerhafter finanzieller Ausgleich für die konkrete Minderleistung gewährleistet wird. Zusätzlich müssen Unternehmen im notwendigen Ausmaß durch einen Integrationsfachdienst kontinuierlich unterstützt werden. Ein weiterer Erfolgsgarant für das Gelingen der beruflichen Integration ist ein innerbetrieblicher Mentor, der die soziale Integration sicherstellt.

Die oben angeführten Kernaspekte für das Gelingen der beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung zeigen den notwendigen und dringenden Handlungsbedarf.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge mit folgender Petition an den Landes- und Bundesgesetzgeber herantreten:

Das Behinderteneinstellungsgesetz und das Sozialversicherungsgesetz sollen abgeändert werden, damit auch behinderte Menschen mit einer Leistungsfähigkeit unter 50% die Möglichkeit haben, sich auf dem ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Auch im Landesbehindertengesetz soll für die weitere Umsetzung Sorge getragen werden.

Folgende im Motivenbericht beschriebenen Punkte sind zu berücksichtigen:

- Streichung der derzeit geltenden Definition von Arbeitsfähigkeit
- Schaffung eines geeigneten Kostenrahmens
- Flexibler Einsatz der finanziellen Ressourcen
- Ruhendstellung bestehender Ansprüche
- Dauerhafte Unterstützung für Unternehmen

Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. Dr. **Sprachmann** zum Antrag: Nachdem der Antrag vom Kollegen Hohensinner rechtlich jetzt auch klargestellt und auf die richtige Schiene gebracht worden ist, stimmt auch die SPÖ dem Inhalt des Antrages zu.

GR. **Hohensinner**: Danke für den Tipp, ob der Tipp wirklich notwendig war, das so zu formulieren, es hat, glaube ich, beides gestimmt, aber ganz sicher können wir noch einmal diskutieren, heute nach dem Gemeinderat. Ich wollte nur noch einmal einen Dank an den Bürgermeister aussprechen, weil vor zirka zwei Jahren ist jemand zu uns gekommen, hat das Projekt vorgeschlagen und hat uns gefragt, ob wir eine Firma wüssten, die so etwas als Pilotprojekt versuchen möchte und wir haben gesagt, oder der Bürgermeister hat gesagt, er sieht die Stadt Graz als Firma und er möchte diesen Pilotversuch machen und der Bürgermeister hat sogar in Wien dafür

schon Applaus eingefahren und wir sind da wirklich das Pilotprojekt in Österreich und ich bedanke mich noch einmal beim Bürgermeister, dass er sofort drauf eingestiegen ist und ich hoffe, dass dieses Pilotprojekt Schule machen wird (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6) Petition an die Österreichische Bundesregierung zur Erweiterung des Österreichischen Rundfunkgesetzes durch den Punkt „Quotenregelung“.

GRin. **Kummer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Kummer**: Sehr verehrte Damen und Herren! Mein Antrag richtet sich in erster Linie dahin, dass junge Musiker aus Österreich unterstützt werden sollen. Die österreichische Radiolandschaft hat sich in den letzten 12 Jahren ziemlich ausgeweitet, das heißt, seit 1995 als erster Privatradiosender die Antenne Steiermark on air gegangen ist, hat sich da sehr viel getan, das ist sehr lobenswert und die Monopolstellung, die seinerzeitige, des ORF war damit durchbrochen.

Leider aber hat sich die zu erwartende größere Bandbreite an Musikangeboten nicht eingestellt. Das heißt aber, speziell im Unterhaltung- oder Popmusikbereich ist genau gar nichts passiert. Tagein tagaus werden in sämtlichen Radiostationen, die man so einschaltet, immer die gleichen Lieder gespielt und das auch mehrmals täglich, das dürfte allen, die ab und zu mal Radio hören, auch aufgefallen sein, das heißt also, dass der Begriff Monopol in diesem Sinne eigentlich so etwas wie einen Paradigmenwechsel erfahren hat. Denn ähnlich den Mode-Labels, die man in immer gleicher Zusammensetzung in allen Einkaufsstrassen oder -zentren unserer sehr globalisierten Landschaft vorfindet, scheint auch in der Musikindustrie dieses „Monopol“ eingezogen zu sein und zwar ist das an einige wenige Große gegangen, man nennt diese Labels „Major Labels“ und das sind vier an der Zahl, das ist Sony PMC, das ist Amy, das Universal und One and Music und die teilen sich also den Kuchen am Gesamtmarkt weltweit einfach auf. Das ist Wirtschaft, damit ist eigentlich

jetzt noch nichts Schlimmes passiert, was wirklich schlimm ist, dass die Musikern tatsächlich sagen, was sie zu komponieren haben, wie sie zu spielen haben, was sie anzuziehen haben, was sie zu tun haben und vor allem, was sie nicht zu tun haben, also denen ist nicht einmal mehr erlaubt, dass sie am Geburtstag vom Großvater mit ihrer Band spielen, weil das dürfen sie nicht, sie dürfen nur noch über diese Firmen handeln. Gut, das machen die Musikgruppen freiwillig, wie sie es machen wollen oder auch nicht, genauso wie viele auch freiwillig wieder aussteigen, aber was außerdem schlimm ist, ist dass dazu nicht eben nur ein Diktat passiert an die Künstler, sondern auch ein Diktat an die Hörschaft. Was daraus entsteht ist also einfach eine Mainstream-Attacke, die sich direkt an den Hörer richtet, weil der kauft nur, was er kennt und was er kennt, hört er tagein, tagaus immer mehrfach im Radio und das sind immer die gleichen Sachen. Und das ist natürlich ein todsicherer Tipp, wie man Geschäfte macht, das ist ganz klar, man weiß, was man hat, also für die Major-Labels ist das sicher eine schöne Sache, nicht aber für die Kulturschaffenden und entspricht auch nicht wirklich dem Programmauftrag des ORF, denn im § 4 verpflichtet sich der ORF unter anderem für Punkt 6 die angemessene Berücksichtigung und Förderung der österreichischen künstlerischen und kreativen Produktion sowie im Punkt 7 die Vermittlung eines vielfältigen kulturellen Angebotes. Verpflichtet sich, dafür zu sorgen und außerdem auf die kulturelle Eigenart, die Geschichte und die politische und kulturelle Eigenständigkeit Österreichs besonders Bedacht zu nehmen. Das ist eine Seite, die also in diesem Sinne nicht ganz erfüllt wird, dass die Hörschaft, wie schon gesagt, mit diesem Mainstream-Diktat einer kategorischen Volksverblödung, und anders kann man es nicht nennen, unterzogen, das ist die andere Sache.

Dass aber junge talentierte Kulturschaffende, die nicht bereit sind, ihre Identität aufzugeben, um auch zum Klon zu werden wie so viele andere, in dieser Medienlandschaft ausnahmslos durch den Rost fallen, dass die gespielt werden und dass die einfach völlig totgeschwiegen werden, das ist definitiv eine Zumutung und nichts anderes.

Ab dem Jahr 2000 hat die Musikindustrie allerdings drastische Einbußen verzeichnet, das liegt daran, dass man sich aus dem Internet diverse Musikstücke natürlich auch gratis downloaden kann. Zwischen 1997 und 2003 etwa ist dieser Umsatzrückgang auf tatsächliche 40 % hinaufgegangen, also es ist ziemlich viel, was natürlich die Industrie dazu bewogen hat, sich darüber auch einmal Gedanken zu machen, das

heißt also, vor allem Deutschland, Deutschland ist ja der drittgrößte Musikmarkt der Welt, hat es natürlich empfindlich getroffen und man hat zu diskutieren begonnen. 2004 allerdings erst, dazu muss gesagt werden, dass in den 90er-Jahren bereits etliche deutsche Künstler wie Udo Lindenberg, Herbert Grönemeyer, Nena, Peter Maffay etc. gefordert haben, dass mehr deutsche Musik in diesen Sendern gespielt wird, dass sie natürlich auch eine Überlebenschance haben wollten, sind vehement zurückgewiesen worden, also Quote usw. kommt nicht in Frage in Deutschland, hat man damals gesagt. Sie haben sich sehr wohl ausgesprochen für eine freiwillige Übereinkunft diverser Radiostationen, hier jetzt zu sagen, ok, wir spielen das freiwillig. Passiert ist es in dem Sinne jetzt mehr oder weniger, aber nur deswegen, weil der Trend diesem guten Willen vorangekommen ist, es ist eine zweite neue deutsche Welle ausgebrochen sozusagen und damit haben die automatisch sowieso ihre Airplays gehabt. In Österreich, das ja Deutschland immer nachzieht, ist es ebenso verlaufen, beziehungsweise so ähnlich verlaufen, man hat auch ein bisschen diskutiert, nicht viel, aber ein bisschen wenigstens und hat sich auch in Richtung freiwillige Lösung entschieden, das war ein schönes Wort, diese Wahlfreiheit, aber es ist genau gar nichts dabei rausgekommen, außer dass die Major-Labels wahlfrei entschieden haben, dass sie das Gleiche weitermachen wie vorher, das ist wichtig. In Österreich hat sich außerdem das Ganze dahingehend krass in Zahlen niedergeschlagen, die ORF-Sendezeitstatistik beziehungsweise die AKM-Statistik drückt das in Zahlen aus. 1997 haben österreichweit 16% heimische Musiker gespielt, beziehungsweise 2006 nur mehr 14 % In der Steiermark waren es 1997 21 %, 2006 nur noch 17 %, Schlusslicht ist interessanterweise die Bundeshauptstadt Wien, 1997 haben die Wiener 12 % heimische Musik gespielt, 2006 nur noch 8 %.

Die vergleichsweise positive Bilanz für die Steiermark ist nicht zuletzt auf ein paar heimatverbundene Künstler zurückzuführen, wie zum Beispiel STS oder die Ausseer Hardbradler, die aber mit zum Teil sehr kritischen Texten anzuecken begonnen haben und nicht mehr gesendet werden, weil Meinungsfreiheit muss ja schließlich nicht auch noch gehört werden, die Ausseer Hardbradler haben das dann nicht mehr ausgehalten, haben sich 2004 vom Markt zurückgezogen, ihre Verträge zurückgegeben und kämpfen seither vehement für eine freie Kulturszene, allerdings im Untergrund. Die weiteren dieser Bands, also diese nicht gehörten oder in Österreich entstandenen interkulturellen Projekte aller Bands aller Sparten, umfassen

ungefähr 800 bis 1000 Bands, das ist ziemlich viel. Das spricht natürlich für ein riesiges kreatives Potential in unserem Land. Die meisten dieser Künstlerinnen und Künstler haben keine Plattenverträge, sei es, weil ihr Stil nicht entspricht oder weil sie aus diesen Knebelverträgen, die sie schon hatten, und da gibt es auch einige, nicht nur die Hardbradler, wieder ausgestiegen sind. Die organisieren sich selbst, produzieren selbst, oder mit Independent-Labels und haben ihre eigenen Netzwerken, Plattformen und versuchen halt so durchzukommen, aber dass es quasi „ätherlos“ als Profi-Musiker ziemlich schwer ist zu überleben, ist ziemlich nachvollziehbar.

Dass aber den an Musik interessierten Hörern in Österreich und Hörerinnen ein enormes Spektrum, nämlich dieses enorme sehr experimentierfreudige breite Spektrum an neuer, unverbrauchter und facettenreicher Qualität vorenthalten wird, ist nicht nachvollziehbar, es ist unverzeihlich meiner Meinung nach.

In Frankreich gibt es eine Quotenregelung seit 1994. Die garantiert, dass 40 % der Sendezeit heimischen Produktionen zukommt, von denen wiederum 50 % Neuerscheinungen sind, beziehungsweise von Künstlern gestaltet werden, die weniger als 100.000 Tonträger, also unter Goldniveau, verkauft haben. Das ist eine Sache, die schön ist, das was dazu noch passiert ist in Frankreich und auch bei uns passieren würde oder hoffentlich wird, ist dass der Arbeitsmarkt im Bereich Musikindustrie natürlich ganz enorm ansteigt. Das heißt, es sind jetzt nicht die Musiker selbst, das geht in den Bereich der Ausbildung, der Tontechnik, der Studioteknik, Produktion, Vertrieb, Marketing etc. In Frankreich hat sich seit 1994 der Handel mit CDs um 100% gesteigert, das ist also ziemlich viel. Das heißt also, hier passiert, dass nicht mehr wie bei uns die Wirtschaft die Kultur macht, sondern dass die Kultur tatsächlich zum Wirtschaftsfaktor wird und zwar zu einem nicht zu unterschätzenden.

Aktuell diskutiert man in Großbritannien, der neue Erziehungsminister Alan Johnson hat das jetzt bereits zu seiner Prämisse erhoben, dass auch in Großbritannien, dem drittgrößten Musikmarkt der Welt, ebenso eine Quote eingeführt wird.

In Österreich spitzt sich die Situation aber auch für die Großen mittlerweile zu, das heißt, dass diese schon genannten Major-Labels ihre Niederlassungen werden schließen müssen. Denn wenn sie keine produktionstechnischen Tätigkeiten mehr haben, dann machen sie keinen Sinn mehr, das heißt, man überlegt, dass bereits

also diese Arbeitsplätze wackeln auch. Und was man ganz und gar nicht vergessen darf, ist der volkswirtschaftliche Aspekt, denn wenn man bedenkt, dass auf Ö3 fast ausschließlich nicht-österreichische Künstler gespielt werden, muss man auch damit rechnen, dass die entsprechenden Tantiemen ins Ausland gehen. Ö3 zahlt aufgrund der hohen Reichweite natürlich die höchsten Tantiemen. Bei rund sieben Titeln in der Stunde und einem Jahreschnitt von ungefähr 60.000 Titeln, wenn man die Österreichquote abzieht, also dann nur mehr 52.000 Titeln, kommt man auf eine, ohne jetzt die ganz genauen Zahlen zu kennen, Summe, die jedenfalls mehrere Millionen Euro umfasst, die der österreichischen Wirtschaft hier leider abhanden kommen.

Die momentane Situation ist also sowohl vom künstlerischen, als auch vom bildungspolitischen und zudem vom ökonomischen Standpunkt aus unverantwortlich und bedarf dringend einer umsichtigen politischen Entscheidung.

Seitens der ÖVP-Fraktion stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

eine Petition an die Österreichische Bundesregierung zu richten, die im Sinne des Motivenberichtes eine Novellierung des Bundesgesetzes für den Österreichischen Rundfunk prüft und umsetzt, mit dem Ziel, die Quote heimischer Musik drastisch zu steigern, um auf diesem Wege junge Künstlerinnen und Künstler und deren Neuerscheinungen zu unterstützen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Wir werden das alles unterstützen, liebe Daniela, wir bedanken uns für die Kooperation, gemeinsam mit dem Wolfgang Riedler haben wir doch mitgestalten dürfen bei der Erstellung des konkreten Antrages, wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt die Zustimmung geben.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. Mag. **Fuchs** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Daniela! So löblich die Intention auch aus meiner Sicht ist, die heimische Musikproduktion, junge Bands usw. zu fördern, so sehr muss ich auch feststellen, dass der Antrag, vor allem der Motivenbericht, sehr viele unzulässige Vermischungen von Argumenten enthält, die sich jetzt teilweise auf die Qualität der Musik beziehen, teilweise auf wirtschaftliche Aspekte. Interessant, dass ausgerechnet die sonst ja eher wirtschaftsliberale ÖVP jetzt zu solchen protektionistischen Mitteln greifen möchte. Das erinnert mich so sehr an die Diskussion, in Deutschland hat es sie gegeben, die Grünen haben sich sehr für eine Deutschquote eingesetzt, geendet hat es dann in dieser freiwilligen Selbstverpflichtung, natürlich auch dazu beigetragen hat, dass jetzt mehr Musik aus heimischer Produktion gespielt wird. Die Frage ist allerdings, ob das wirklich der richtige Weg ist, Musik, die in Österreich produziert wird, zu fördern. Es ist gerade in diesem Bereich aus meiner Sicht kein geeignetes Rezept, wenn man das weiterdenkt, was würde das bedeuten? Dann brauchen wir auch eine Quote für österreichische Autoren beim Bachmann-Preis oder eine Steirer-Quote beim Steirischen Herbst, also ich glaube, das ist kein zeitgemäßer Zugang zu diesem Problem. Eine Quote müsste aus Gründen der Gerechtigkeit außerdem für alle Sender gelten, nicht nur für den ORF. Man muss sagen, es gibt auch Sender, die spielen nicht nur den Einheitsbrei, auf Ö1 gibt es natürlich viele Sendungen, die keines Zurufs von Nena oder Peter Maffay bedürfen, um österreichische Produktionen zu spielen und das auch schwerpunktmäßig im Programm. Und dazu kommt noch, dass eine Quote keine Qualitätsgarantie darstellt, sondern höchstens eine Förderung bedeutet für die heimische Dependancen der von dir genannten großen Musiklabels wie Sony usw. dass ich aber nicht glaube, dass jetzt durch eine Quote jetzt wirklich kleine, unabhängige österreichische Künstlerinnen und Künstler deswegen auch nur eine Sekunde länger im Radio gespielt werden. Und zu guter Letzt ist mir nicht ganz klar, im Bericht ist zuerst die Rede von österreichischer Musik, dann heißt es etwas expliziter, Musik mit deutschen Texten und auch das wäre für mich,...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Fuchs**: Ja, wenn das jedenfalls die Voraussetzung wäre, dann wäre das auch ein starker Eingriff in die Freiheit der Künstler, wenn sie dann praktisch gezwungen sind, deutsche Texte zu singen, weil sie sonst im Radio nicht in die Quote reinfallen. Na ja, im Antrag steht drinnen, im Sinne des Motivenberichtes und drum nehme ich an, dass das, was im Motivenbericht steht, schon auch relevant ist für den Inhalt des Antrages. Und deswegen möchte ich bei allem Verständnis für die Intention halt ankündigen, dass die KPÖ dem Antrag nicht zustimmen wird (*Applaus KPÖ*).

GR. **Khull-Kholwald**: Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Antragstellerin! Dadurch, dass das jener Antrag ist, der zumindest nach meinem Dafürhalten der Antrag oder dringliche Antrag mit dem längsten Motivenbericht ist, den ich bis jetzt hier jemals gehört habe, möchte ich mir erlauben, einen Gedanken vielleicht noch anzufügen. Einige von uns werden sich daran erinnern können, dass das Landesstudio Steiermark des ORF bis in die, glaube ich, 80er-Jahre auf jeden Fall Hörspiele auch produziert hat mit lokalen Künstlerinnen und Künstlern, die durchaus aber renommierte Künstlerinnen und Künstler waren. Im Laufe der Zeit ist man von diesem Vorgehen leider Gottes abgekommen und ich möchte anregen, dass dieser Gedanke auch aufgegriffen wird, dass man so etwas wieder macht, weil ich denke, das war eine sehr gute Sache.

GRin. **Kummer**: Jetzt ganz kurz nur noch zum Kollegen Fuchs, weil du dich gewundert hast, dass wir als ÖVP das jetzt einbringen. Das hat einen ganz simplen Grund. Wir machen keine Parteipolitik, sondern Sachpolitik, also es ist eine ganz simple Sache (*Applaus ÖVP*). Was dann halt noch dazukommt ist, dass du das, glaube ich, nicht ganz richtig verstanden hast, um was es da jetzt geht. Es geht nicht darum, das in deutscher Sprache zu singen, das steht hier als Bericht drinnen, ist

aber egal, aber was, glaube ich, noch daneben gegangen ist im Verständnis, denke ich, ist, dass Ö1 keinen Pop spielt und es geht hier um Jugend-Pop-Kultur. Ich denke, dass der Jugendkultursender Nummer 1 halt in Österreich Ö3 ist, um den ist es hier gegangen. Danke.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

7) Schulbeihilfe des Bundes/Ausweitung auf PflichtschülerInnen

GRin. **Edlinger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Edlinger**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Das Problem ist hinlänglich bekannt, spätestens zu Schulbeginn, aber auch unterm Schuljahr, müssen Eltern regelmäßig sehr tief in die Tasche greifen: Von Farbstiften über Hefte bis hin zu Taschenrechnern und Computern - die „Einkaufslisten“, die die Kinder nach Hause bringen, sind lang und kosten oft mehrere hundert Euro.

Es ist erfreulich, dass die Bundesregierung die Schulbeihilfe des Bundes vor kurzem um 13 Prozent ausgeweitet hat, auch den Bezieher-/Bezieherinnenkreis ausgeweitet hat. Nun kann man maximal abhängig vom Einkommen 1130 Euro pro Jahr bekommen an Unterstützung. Allerdings kann diese Schulbeihilfe von den Eltern nur beantragt werden, wenn sie Kinder haben ab der 10. Schulstufe und es ist auch an einen Notendurchschnitt von maximal 2,9 gekoppelt.

Das bedeutet auf Graz bezogen, dass für die 13.000 Kinder, die in Graz eine Pflichtschule besuchen, derzeit keine Möglichkeit besteht, um Schulbeihilfe des Bundes anzusuchen.

Und das, obwohl die Kosten für den Besuch einer Pflichtschule nicht nur zu Schulbeginn, wie erwähnt, sehr hoch sind, es gibt da immer wieder Erhebungen von

der Arbeiterkammer, was sogenannte Startpakete kosten, allein für Tafelklassler kommt man da schon bis an die 300 Euro heran, was man auf den Tisch zu legen hat. Aber neben den Beschaffungen und Anschaffungen, die die Haushaltskasse belasten, sind ja im Rahmen des Schulunterrichtes noch viele andere Dinge, die die Eltern auszugeben haben für Materialien, die im Werkunterricht, für bildnerische Erziehung benötigt werden, bestimmte Bekleidung, Sportbekleidung. Zwei Aspekte, mit denen wir uns dann im Zusatzantrag noch beschäftigen werden, sind natürlich hier auch zu nennen, der bestehende Schulbuchselbstbehalt, der ja abhängig von Schule und Schulstufe ist, ist für die Eltern natürlich zusätzlich eine finanzielle Belastung und die GVB-Karte, was die Schüler/Schülerinnenfreifahrt anlangt, da zahlt man jetzt ungefähr 20 Euro an Selbstbehalt und natürlich, weil es ja auch sinnvoll ist und wir herinnen ja auch die sanfte Mobilität unterstützen, zahlen die meisten Familien dann auch noch die Aufzahlung auf die Netzkarte, was noch einmal 72 Euro ausmacht. Manchmal müssen dann auch noch Jahresmieten, zum Beispiel für Spindkästen, berappt werden in der Höhe von mindestens 35 Euro, weil da hat sich doch einiges geändert. Seit unserer Schulzeit gibt es jetzt keine Fächer mehr bei den Tischen, wo die Kinder Sachen in der Schule lassen können, sondern sie haben nur mehr Spinds, wo man in vielen Schulen Mieten dafür zahlen muss. Aber natürlich auch Lern- und Arbeitsmittelbeiträge, Geld für Kopien etc., die eingehoben werden, sind zu begleichen.

Von den Kosten für Schikurse, Schullandwochen, Auslandsreisen, Wienwochen, Ausflüge, Eintrittsgelder, also all das, was ansonsten noch unter dem Jahr mit der Schule und in diesem Zusammenhang besuchten Veranstaltungen im Zusammenhang steht, möchte ich hier gar nicht näher reden. In Summe ist es einfach so, dass die Familien für den Schulbesuch ihrer Kinder finanziell stark belastet werden und selbstverständlich, das verstehen wahrscheinlich auch alle herinnen, sind die Familien im Regelfall auch bestrebt, ihren Kindern möglichst alles zu ermöglichen und alles zu begleichen und gute Artikel zu beziehen, oft mehr, als die eigene Briefftasche eigentlich zulassen würde.

Zwar gibt es für Familien mit sehr niedrigem Einkommen in Graz zusätzliche Hilfen. Und zwar einerseits bietet das Sozialamt auf Initiative von Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl für Familien, die ein Einkommen haben, das mit der

Mindestpension vergleichbar ist, die sogenannte Schulgutscheinaktion in der Höhe von 51 Euro als freiwillige Leistung der Stadt Graz, zusätzlich können die Bezieher/Bezieherinnen dieser Mindesteinkommen auch bei der Caritas um Unterstützung zum Schulbeginn ansuchen.

Doch es kann nicht Aufgabe der Kommune allein sein, Familien mit geringem Einkommen zu unterstützen. Es geht generell darum, den Eltern die im unteren, sage ich jetzt einmal, Einkommensdrittel von ihrer familiären, finanziellen Situation her stehen, bei den finanziellen Belastungen für den Schulbesuch ihrer Kinder unter die Arme zu greifen.

Die Schlussfolgerung kann daher nur lauten: Es bedarf einer gemeinsamen Kraftanstrengung vieler Seiten, um die finanziell belasteten Familien bestmöglich zu unterstützen. Das beginnt auch bei den Schulen selbst, sie haben im Antragstext, der Ihnen vorliegt, ein paar Beispiele aufgelistet, was auch Schulen beitragen können, dass sie nicht bestimmte teure Markenartikel verlangen, dass man durch Organisation eines gemeinsamen Einkaufs und dadurch zu erzielende Rabatte einfach auch noch Kostenvergünstigungen erwirkt beziehungsweise dass, was erfreulicherweise einige Schulen bereits anbieten, dass sie Hefte organisieren, die mit Inseratenschaltungen einfach dadurch billiger den Schülern und Schülerinnen angeboten werden können.

Klar ist aber auch, dass so wichtig diese schulinternen Hilfestellungen wären, so können sie die beschriebene Grundproblematik bestenfalls ein wenig abschwächen, aber nicht wirklich lösen. Eine echte Unterstützung für finanziell schlechter gestellte Familien wäre es, wenn die an Einkommenskriterien gebundene Schulbeihilfe des Bundes auch auf die PflichtschülerInnen ausgeweitet werden würde.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge gemäß Motivenbericht an die Bundesregierung in einer Petition herantreten und diese ersuchen, die Schulbeihilfe des Bundes auch auf die PflichtschülerInnen auszuweiten (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch** zur Dringlichkeit: Liebe Elke, wir unterstützen natürlich diesen Antrag voll und ganz inhaltlich und auch zur Dringlichkeit selbstverständlich. Immer zu Schulbeginn wird allen Eltern und Betroffenen klar, dass es ein verstecktes Schulgeld gibt, obwohl uns der Schulbesuch an und für sich für die Kinder als gratis versichert wird, aber die Kosten für jedes Kind steigen. Arm sind die Eltern mit mehreren schulpflichtigen Kindern. Daher begrüßen wir natürlich alle Initiativen, die die Situation von finanziell stark belasteten Eltern auch verbessern können. Dieses Beihilfesystem muss natürlich ausgebaut und erweitert werden, aber ein Problem sehen wir so schon in dieser Angelegenheit. Beihilfen, Unterstützungen, in welcher Form auch immer degradieren Eltern natürlich zu Bittstellern und das wollen wir nicht. Wir wollen, dass die Kosten von Haus aus gesenkt werden, das heißt, und wir werden in unserem Zusatzantrag dann darauf zurückkommen, der Selbstbehalt im Bereich der Schulbücher und der Freifahrten sollte fallen, das fordern wir in unserem Zusatzantrag. Inhaltlich hat die Elke natürlich sehr viel eingebracht, sehr unverständlich scheint wohl den meisten Betroffenen eine Möglichkeit, bei den Eltern einzukassieren und das ist das Spindwesen, dass Schulen es nicht schaffen, Schulbücher beziehungsweise Kleidungsstücke sicher zu verwahren, stimmt mich eher traurig und das ist äußerst bedenklich, auch hier wird von Eltern einkassiert, das ist ein Schritt, der absolut nicht zu verstehen ist. Selbstverständlich unterstützen wir diesen Antrag (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Mag. **Fabisch** zum Antrag: Wie gesagt, eine Petition an den Bund, das ist nur ein kurzer Satz: Weiters wird der Bund dringend ersucht, den Selbstbehalt bei

Schulbüchern und bei der Schülerfreifahrt für SchülerInnen aller Schulformen aufzuheben (*Applaus KPÖ*).

StR. **Miedl**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Charly Herper! In der Tat ein Antrag, der aus unserer Sicht Hand und Fuß hat. Ich hoffe, dass wir über die Wahlzeiten hinaus das auch realisieren können, daher sage ich die fixe und verbindliche Unterstützung der Grazer Volkspartei in dieser Frage zu, weil die Frage der Bildung keine soziale Frage sein darf. Also die Überzeugung tragen wir mit wirklicher großer Unterstützung mit. Ich kann der Argumentation, die Sie, Frau Gemeinderätin, vorgebracht haben aber auch die Argumentation des Kollegen Fabisch absolut unterstützen und denen viel abringen. Ich denke nur, wir müssten ein paar Dinge noch dazusagen. Wir werden im nächsten Jahr das Budget verhandeln und wir stehen alle unter dem Druck, dass wir bestimmte Sparziele zu erreichen haben und ich denke, wenn das mit dem Spindunwesen in den Schulen tatsächlich ernst gemeint ist, erbitte ich die Unterstützung für den späteren Schulstadtrat, wer immer das auch sein mag, ich werde mich sehr darum bemühen und mich auch wieder darum bewerben, aber du brauchst natürlich das Geld dazu, das ist vollkommen klar. Wir formulieren keinen weiteren Zusatzantrag, aber ich würde um Folgendes auch bitten argumentativ: Wir haben heuer eine zu 100 %-ige Abdeckung, was die Nachmittagsbetreuung an Schulen anlangt. Und ich möchte mich bedanken beim Stadtschulamt, weil das eine Kraftanstrengung ersten Ranges war, weil es einfach von der legislativen Abwicklung her dermaßen komplex und verwirrend war, dass ich wirklich bitte, dass wir alle dazu beitragen, dass man hier den Bund auch auffordert, legislativ Klarheiten zu schaffen. Da gibt es mehrere Varianten, Dr. Just hat einiges da auch an Vorschlägen gemacht. Die zweite Geschichte, die mir sehr am Herzen liegt: Ich weiß von PädagogInnen, dass in unseren Schulen in Graz, wo die Sprachförderung ein ganz besonders Thema ist, dass die Sprachförderkurse nun über wenige Stunden verfügen, weil das Land sozusagen eine andere Prioritätenreihung ausgegeben hat und ohne Sprache wird Integration nicht funktionieren. Mir ist das auch sehr, sehr wichtig, ohne Sprachförderung und ohne das Erlernen von Deutsch wird die Integration nicht funktionieren. Ich würde daher ersuchen, dass man auch hier Mittel und Wege findet,

dass man das Land auch ersucht, vor allen im städtischen Raum spielt das eine Rolle, dass der ordentliche Schüler, der ja möglicherweise auch noch nicht zu 100 % Deutsch spricht, auch in den Genuss dieser Sprachförderkurse kommen kann. Wenn man das alles berücksichtigt, ich bin gerne bereit, ein solches Gesamtpaket auch seitens des Schulamtes unterstützend sozusagen zu argumentieren, dass der Bund und das Land da mithelfen mögen, bin ich im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler selbstverständlich gerne bereit, alles nur Erdenkliche zu unternehmen, dass das angestrebte Ziel in diesem Antrag auch tatsächlich erreicht werden kann (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 16.55 Uhr den Vorsitz.

GRin. **Edlinger**: Was das Spindunwesen anlangt, ich kenne es nicht in Graz aus Pflichtschulen, sondern aus AHS-Gegebenheiten, da müssten wir als Stadt einfach schauen, welche Möglichkeiten wir hier haben, aktiv zu werden, weil wir ja da nicht Gebäudeerhalter sind in diesem Fall. Ich möchte nur trotzdem ganz kurz, Kollege Fabisch, auf das zurückkommen, dass du gesagt hast, die Beihilfe ist eine Geschichte, aber Eltern werden dadurch zu Bittstellern. Ich sehe das nicht so, die Eltern erlebe ich als Bittsteller zum Beispiel, wenn sie gleichzeitig auch Obfrau eines Elternvereines an einem Grazer Gymnasium, wenn sie beim Elternverein ansuchen müssen um Unterstützung für Zuzahlung für Schulreisen, dann ist es Bittstellertum, weil sie quasi vom Gutdünken des Elternvereines abhängig sind, aber bei der Schulbeihilfe ist es ja ganz klar geregelt, wann Ansprüche bestehen und wann nicht. Also insofern denke ich mir, ist das einfach die bessere Unterstützung, als es eine wäre, wenn wir nur Schulbuch- und Freifahrtselfstbehalte abschaffen könnten, weil dadurch schaffen wir eine Ersparung für Familien im Umfang von zirka 30 Euro. Wobei auch in diesem Zusammenhang jeder Euro ist viel wert, momentan gib es eine Praxis, bei den Schulbuchselfstbehalten müssen die Eltern in vielen Schulen mit dem Erlagschein zum Schalter der Bank gehen, einen Stempel holen, wird unwiderruflich durchgeführt, was natürlich dann auch gleich wieder ein paar Euro

mehr kostet, von Bank abhängig. Das heißt, da ist eigentlich wahrscheinlich die Relation dessen, was reinkommt nicht wirklich gegeben zu dem, was sich der Staat jetzt erspart. Deswegen natürlich von unserer Seite auch Zustimmung zu deinem Zusatzantrag.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GR. Mag. Fabisch wurde einstimmig angenommen.

8) Verkehrskonzept Liebenau und Jakomini/Umfeld UPC-Arena

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es geht mir in meinem Antrag um ein Verkehrskonzept betreffend die Bezirke Liebenau und Jakomini und im Speziellen um das Umfeld UPC-Arena, besser bekannt unter Liebenauer Stadion. Nach wie vor ungelöst ist das regelmäßige Verkehrs- und Parkchaos, unter dem hunderte Bewohner/Bewohnerinnen in den Bezirken Jakomini und Liebenau im großräumigen Umfeld des Liebenauer Stadions leiden. Zwar sind auf Grund von damaligen Anrainerprotesten nach der Errichtung dieses Stadions schon vor einigen Jahren einige Maßnahmen gesetzt worden, ich denke hier an Halteverbotsverordnungen etc., nur haben diese Maßnahmen noch nicht zu diesem Erfolg geführt, den sich dort die Bewohnerinnen und Bewohner erhoffen und erwarten dürfen, sondern es passiert sogar eines, dass sich die Situation sukzessive verschlimmert.

Einerseits leiden nämlich bei jedem Fußballspiel in der UPC-Arena, auch wenn jetzt bei den GAK-Spielen weniger Zuschauer sind, aber trotzdem nach wie vor hat es Auswirkungen, es passiert eben jedes Wochenende, dass sich in diesen Gegenden

ein massiven Parksuchverkehr abspielt, die Straßen werden verparkt, Einfahrten blockiert, Zäune beschädigt, Vorgärten mit Unrat verschmutzt, bekannte Situationen für viele hier in diesem Haus. Schon Stunden vor Beginn eines Fußballspiels sind auf Grund des dichten Verkehrs manche Straßenzüge und Zugänge nahezu unpassierbar.

Und andererseits hinterlässt auch an „fußballfreien Tagen“ durch die Verlängerung der Linie 4, die wir selbstverständlich auch begrüßen und gut heißen, in Verbindung auch noch dazu mit der Ausweitung der Zonenparkplätze deutliche Spuren. Denn so erfreulich es ist, dass immer mehr Einpendler/Einpendlerinnen die Straßenbahn in Anspruch nehmen, wird natürlich nach wie vor versucht, trotzdem so weit wie möglich mit dem eigenen Auto zu fahren. Und nachdem im Bezirk Jakomini die gebührenpflichtigen Zonenplätze ausgeweitet wurden, suchen daher viele ein paar Straßenzüge früher einen dann wieder kostenlosen Parkplatz. Und jetzt leiden unter diesem „Parkverdrängungseffekt“ die Anrainer und Anrainerinnen im weiteren Umfeld des Liebenauer Stadions zusätzlich zu den schon belastenden „Fußballspiel-Tagen“.

Und dazu kommt, und das ist halt jener Punkt, der die Bevölkerung in Liebenau und in Jakomini eben hier besonders erschüttert, dass durch dieses gigantische Bauvorhaben, das geplant ist, an der Liebenauer Tangente, im Endausbau natürlich zusätzlicher Verkehr und vor allem die Parkplatzproblematik sich durch dieses Bauvorhaben und die beschäftigten Hotelbesuche etc. hier verschärfen wird und noch dazu besteht die berechtigte Sorge, dass einfach für zu wenige Parkplätze im Zusammenhang mit diesem neuen Projekt gerechnet wird.

Fazit: Dass sich die Anrainer und Anrainerinnen in diesem Bereich, bei dem es sich großteils ja um eine reine Wohngegend handelt, schlichtweg „überfahren“ fühlen und um ihre Wohn- und Lebensqualität fürchten, ist, glaube ich, für viele hier auch verständlich: Es bedarf hier endlich eines fundierten, ganzheitlichen Verkehrskonzeptes, denn kleinräumige Maßnahmen werden keine wirkliche Lösung dieser Misere bedeuten, sondern die Problematik wieder nur ein paar Meter weiter verlagern.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag,

die zuständigen Magistratsabteilungen mögen beauftragt werden, für den Großraum rund um die UPC-Arena ein Verkehrskonzept zu entwickeln, das gebietsfremden Parksuchverkehr durch ein Maßnahmenbündel wie etwa Fahrverbote ausgenommen Anrainer, Ausdehnung der gebührenpflichtigen Parkzonen, Installierungen von Wohnstraßen etc. verhindert. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. **Trummer** zur Dringlichkeit: Geschätzter Herr Vizebürgermeister, meine Damen und Herren, lieber Klaus! Das sind grundsätzlich berechtigte Wünsche, berechtigte Sorgen der Bürgerinnen und Bürger von Liebenau, nur interessant ist, dass eben dieser Aufschrei von dir und der SPÖ immer nur vor Wahlen kommt. Wir haben diesbezüglich für Liebenauerinnen und Liebenauer viel unternommen und viel gemacht. Es hat Bürgerbesprechungen gegeben, es hat unzählige Anfragen und Anträge geben. Schon im Jahr 1998 und zwar eben mit der gleichen Sorge, die du eben vorbringst, die Bevölkerung hat eben kein Verständnis mehr, die Bevölkerung ist aufgebracht bei Bürgerversammlungen 1998 und sie hat auch den damaligen Zusagen, die eben gemacht worden sind, nicht geglaubt und eben auch gemeint, der Tenor dieser Bürgerversammlung war, wir werden wieder unserem Schicksal überlassen. Ich habe damals auch viel eingefordert im Namen des ÖVP-Clubs von der Kombikarte bis zum Parken an der A2Z, von einem Verkehrsleitsystem angefangen. Ja bis letztlich auch die Unterführung der Ulrich-Lichtenstein-Gasse unter der Bahn mit Unterführung der Liebenauer Hauptstraße unter der Ost-Bahn und dergleichen. Zuständig, das muss man auch einmal sagen, in diesem Zeitraum, Gesamtverantwortung Bürgermeister Stingl, für die Planung zuständig Dipl.-Ing. Josel für die Umsetzung Vizebürgermeister Walter Ferk, Planungen hat es genug gegeben, nur umgesetzt ist nichts geworden. Wenn ich daran denke, dass der Pfarrer aus der Pfarre Graz-Süd, ich meine schon, das ist vielleicht für jeden Einzelnen eine Kleinigkeit, für diesen Priester und für diese Familie vielleicht der

größte Tag im Leben und für dieses Kind. Er wollte zur Taufe fahren, hat natürlich nicht einmal herauskönnen vom eigenen Hof, von der eigenen Pfarre, weil das alles verstellt war. Das ist bedauerlich und wir haben damals viel bewegt, wie schon gesagt. Die Unterstützung aber vom damaligen Verkehrsstadtrat für die Umsetzung war aber ein bisschen endenwollend, von Walter Ferk. Niemand von den damals Zuständigen, außer diese paar Tafeln, die du genannt hast, weder von Bürgermeister Stingl damals leider und auch nicht von Walter Ferk, der für die Umsetzung zuständig war, hat was bewegt. Und viele Planungen, wie gesagt, hat es gegeben, damals auch schon von Josel, von Halteverbotten angefangen über Abschränkungen der Nebenstraßen bis hinein zur Fröhlichgasse, damit der ganze Bereich wohnlicher wird und damit man dort auch lebenswert wohnen kann, bis, wie gesagt schon, zur Unterführung der Liebenauer Hauptstraße, der Unterführung der Ulrich-Lichtensteingasse und letztlich auch der Bau des Südgürtels, wo sich doch für die Liebenauer Bevölkerung einiges an Verkehrserleichterung ergeben würde. Zusätzlich aber auch ist eingefordert worden, wie gesagt, die Liebenauer Hauptstraße unter der Ost-Bahn zu führen, damit wir eben dort nicht diese Schrankenanlage, ist ja bekanntlich in der Stunde 26 Minuten gesperrt und bei einem Spiel wäre eben Richtung Süden Wegfahrt, ist der Stau bis nach rauf. So, das war alles von uns sehr gut aufbereitet, aber leider hat niemand reagiert zur damaligen Zeit und da wundert es mich jetzt ein bisschen, dass der Aufschrei jetzt kommt, weil allein ab 2003, als eben Stadtrat Rüschi bekanntlich das Verkehrsressort übernommen hat, sie haben eben dann ein bisschen mit dem Finanzstadtrat Nagl für Bewegung gesorgt und haben diese Vorplanungen, die eben Josel schon gemacht hat, eben Wünsche der Bürger auch umgesetzt und versucht umzusetzen. So eben dieser Wunsch des Park-&-Ride, wir haben es zwar ein bisschen weiter unten gewünscht beim Köglerweg, so ist eben ein Parkhaus geworden beim Interspar, bei der Firma Interspar, wir wissen, dass die Stadt Graz 500 Parkplätze, Stellplätze gemacht hat und wir wissen aber auch, und das ist eine große Errungenschaft und eine Erleichterung für den Bezirk für Jakomini und für Liebenau, dass es auch einen Vertrag mit der Stadt Graz gibt, dass eben an den Abendstunden oder auch an den Feiertagen diese 2000 Stellplätze benützt werden können. Und mit einem dazu gehörigen Leitsystem wird es natürlich auch eine große Erleichterung gegeben. Hätte es damals schon gegeben, weil ich kann mich gut erinnern, dass das Geld für dieses Parkleitsystem bereitgestellt war, leider aber nicht umgesetzt wurde. Wie gesagt, der langen Rede kurzer Sinn, Stadtrat

Rüsch und die ÖVP haben viel gemacht diesbezüglich, auch außerhalb der Wahlkampfzeiten...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Zu wenig.

GR. **Trummer**: ...nur nicht jetzt auch bei der Wahl, so eben es scheint, dass man da was macht, sondern man muss eben rund um die Uhr arbeiten, wie es eben Stadtrat Rüsch mit Bürgermeister Nagl tut, um eben auch...

Zwischenruf GR. Kolar: Ist das eine Parteiveranstaltung?

GR. **Trummer**: ...zu helfen, es ist natürlich auch selbstverständlich, Gerhard Rüsch bereit ist, selbstverständlich ist Gerhard Rüsch bereit zu helfen und zu unterstützen, damit eben dieser leidtragenden Bevölkerung geholfen wird und da ist auch jede Anregung gut und in diesem Sinne werden wir auch der Dringlichkeit und dem Stück zustimmen (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** zum Antrag: Also, lieber Rudi, ich freue mich, dass du dem Antrag zustimmst und damit erkennst, dass dort schon Handlungsbedarf besteht in der Region. Das ist auch wirklich der Fall und ich denke mir nur ein Vorwurf geht wirklich ins Leere, also wenn du Kollegen Eichberger vorwirfst, dass er sich nur vor

Wahlen um dieses Thema kümmern, also das geht wirklich ins Leere. Also wenn es einen gibt, der sich wirklich kontinuierlich um das Verkehrsproblem rund um die Messe, rund um das Liebenauer Stadion kümmert, dann ist er das, davon bin ich wirklich aus tiefster Seele überzeugt. Er wiederholt es im Klub immer wieder, im Gemeinderat immer wieder und ich glaube, er hat einiges weitergebracht auch und es ist auch durchaus einiges weitergegangen. Die Verlängerung der Straßenbahn ist schon ein Fortschritt, die Errichtung eines Park-&-Ridezentrums ist ein Fortschritt, nur müssen wir jetzt auch schauen, dass diese Infrastrukturen entsprechend genutzt werden. Straßenbahnen können alle drei, vier Minuten fahren, können vollbesetzt fahren, das Parkdeck könnte gut genutzt sein, ist es aber noch nicht. Wir sind noch nicht ganz zufrieden mit der Nutzung dieser Kapazitäten und da gilt es eben jetzt verkehrspolitische Rahmenbedingungen herzustellen, dass dieser Umstieg vom Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel auch wirklich gelingt. Wir haben es im Ausschuss eh diskutiert, Grüne Zone ist ein Mittel der Wahl, das sich wirklich anbietet, ich glaube, dass wir eben in Graz mehrere Bereiche identifizieren müssen, wo es im Sinne der Wohnbevölkerung notwendig ist, diese Maßnahmen zu setzen, damit eben doch dieser Parkdruck sinkt, damit die Bevölkerung wieder einen Parkplatz finden kann und durchaus auch Pendler und Pendlerinnen, die wir ja wollen in der Stadt, wir brauchen sie, diese Arbeitskräfte, die einen Parkplatz finden, aber ihren Beitrag dazu leisten. Und, wie gesagt, ein sanfter Druck, aber hin Richtung öffentliche Verkehrsmittel. Also, ich denke mir, soweit sind wir nicht auseinander, eines aber, glaube ich, sollte man wirklich machen, man sollte vorsichtig sein mit dem Vorwurf, dass Dinge nur vor Wahlen geschehen, manchmal ist das der Fall, das gibt es tatsächlich, aber im konkreten Fall gilt dieser Vorwurf wirklich nicht, Klaus Eichberger ist wirklich ein wackerer Kämpfer für die Interessen seines Bezirkes Jakomini, aber in dem Fall auch für Liebenau. In diesem Sinne danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Slamanig**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Also Kollege Trummer hat natürlich Recht, wenn er sagt, dass der Kollege Eichberger aus ganz bestimmten Gründen heute diesen Dringlichen stellt, der legitim ist. Es gibt dort jede Menge Probleme, aber ich glaube auch, dass seit 1998 die Fachabteilung und die

einschlägigen politisch Verantwortlichen in dem Haus ganz genau wissen, dass an diesen Problemen zu arbeiten ist und deshalb unterstelle ich heute einmal, soll einmal ein Bebauungsplanstück vorliegen haben, wo die Bürgerinnen und Bürger in Liebenau prinzipiell der Meinung sind, dass dieses Hochhaus nicht kommen soll. Dass Kollege Eichberger die Gunst der Stunde nutzt und jetzt zum zigsten-Male wieder ein Verkehrskonzept fordert in Verbindung damit, dass er dort versucht, die Bürgerinnen und Bürger in irgendeiner Weise zu beruhigen, das unterstelle ich jetzt, weil ich nicht glauben kann, dass Kollege Eichberger nicht weiß, was die verantwortlichen Stellen in der Stadt und auch in der Politik nicht wissen, was dort in dem Bereich an Verkehrsmaßnahmen geplant und umgesetzt ist, also niemand wird also behaupten können, dass die Stadt Graz jetzt nicht weiß, dass die Liebenauer Hauptstraße eine Unterführung braucht, dass die Südspange errichtet werden soll, dass es Verkehrsberuhigungsmaßnahmen geben muss, das weiß ich, dass der Kollege Walter Ferk also 1998 gerade in dieser Südkirche erklärt hat, was er den aufgebrachten Bürgerinnen und Bürgern damals schon versprochen hat, also ich glaube nicht, dass er davon abgerückt ist oder dass er nicht weiß, was dort zu tun ist. Ich sage, das ist insofern doppelbödig, weil ich nicht glaube, dass man die Bürgerinnen und Bürger in Graz und vor allem auch in dem betroffenen Gebiet dort jetzt mit einer Forderung an Verkehrskonzept beruhigen wird können, wenn man weiß, dass die Mehrheit der Leute dort dieses Hochhaus nicht haben wollen (*Applaus KPÖ*). Und da würde ich gerne vorschlagen, das man einmal diskutiert. Ich habe zwar gestern im einschlägigen Ausschuss geschafft, dass wir heute das Stück nicht auf der Tagesordnung haben, aber das Problem selber werden wir in der Summe dieser Geschichte so also sicher nicht lösen. Wir stimmen heute diesem Antrag zu und hoffen, dass also die Leute, die wissen, dass seit 1998 dieser Bezirk schwerstens nicht nur von Baumaßnahmen und Verkehrsmaßnahmen betroffen ist, irgendwie nach Lösungen ringt und giert und das hoffe ich, dass wir, wir werden es wahrscheinlich auch in Verbindung mit diesem Bebauungsplan nicht schaffen, dass man dort also die Leute zufriedenstellen wird. Aber man soll die Leute nicht an der Nase herumführen und so tun, als ob man nicht wüsste, worum es geht, sondern Tatsache ist, dass, ich glaube, sie haben ein Recht zu erfahren, was also wirklich unmittelbar umgesetzt werden kann. Und so viel Ehrlichkeit wünsche ich mir auch im Zuge dieses Antrages (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Bevor wir zum Schlusswort kommen, weil ich da oftmals angesprochen worden bin, möchte ich nur eine Feststellung treffen, Herr Kollege, seit 1998 bis 2003 war ich zuständig und danach ist ja sehr viel passiert. Denn damals, ich habe damals den Bürgerinnen und Bürgern das zugesagt, wofür ich für das Straßenamt zuständig, auch in der Lage gewesen bin, das waren flankierende Maßnahmen in den Nebenstraßen, das waren Aktionen gemeinsam mit der Grazer Polizei und es ist uns tatsächlich gelungen, dass wir gerade bei den stark frequentierten Fußballspielen doch dann ein Mindestmaß an Beruhigung erzielen haben können, erstens. Zweitens auch damals habe ich mich schon eingesetzt, dass mit der Verlängerung der Straßenbahn, mit der Errichtung des Park-&-Rideplatzes, wo ich sehr positiv mit der Stadtplanung, mit dem Kollegen Josel zusammengearbeitet habe, weil wir beide zuständig waren, nämlich auch erzielen konnte, dass wir das heute haben, auch als Entlastung unter Anführungszeichen für die Stadthalle. Also es ist in Wirklichkeit einiges geschehen, ich lasse jetzt nicht gelten, sozusagen 1998 ist was versprochen worden, was nicht umgesetzt worden ist.

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann den Worten von Kollegen Slamanig nur zustimmen. Man muss es ganz offen sagen, es gibt, und das ist ganz klar, in einer Stadt wie Graz, wo einfach der Verkehr zu knappen Ressourcen führt, gibt es neuralgische Punkte, das gibt es in jeder Stadt, wo Verkehr immer ein dringliches Anliegen ist. Und es ist natürlich eine Selbstverständlichkeit, dass sich die Verkehrsplanung und die Ämter, die sich damit beschäftigen, auch um diese neuralgischen Stellen natürlich permanent kümmern. Und, lieber Klaus, du weißt es ja selber, was in diesem Bereich in den letzten drei/vier Jahren alles passiert ist, der Ausbau der Linie 4 und da haben wir natürlich noch den Punkt, dass während der Fußballspiele dort die Haltestelle noch nicht benutzbar ist, aber dafür wird es, und das ist schon fix im Laufen, bis zum nächsten Frühjahr eine Lösung geben. Es ist dort der Umbau notwendig im Bereich der Haltestelle des Vorplatzes des Stadions, aus Sicherheitsgründen, du weißt das alles und es wird zu dieser Lösung kommen, die natürlich dann mit der Straßenbahnhaltestelle vor dem Stadion zu einer Verbesserung führt. Es wird auch

natürlich zu einer Lösung kommen, dass Parken im Bereich des Murparkes, der Park-&-Ridesituation dort zusätzlich möglich sein wird, es gibt laufend Maßnahmen zur Verbesserung auch in der Annahme des Park-&-Ridestandortes, es wird natürlich auch im Rahmen der Evaluierung der Parkzonen und der Grünen Zonen hier zu Änderungen wahrscheinlich kommen, also das ist ja im Laufen, ich möchte jetzt gar nicht auf die Historie eingehen, wie sie der Rudi Trummer gebracht hat, auch zu den Jahren 1998/2003 und, Slamanig, also wie gesagt, ich möchte das unterstreichen und jetzt sozusagen im Rahmen eigentlich des Bebauungsplanes muss man ja ganz ehrlich sagen, von dem einen Hochhausprojekt an der Tangente mit einem dringlichen Antrag zu kommen, hat natürlich was von Doppelbödigkeit und hat natürlich was von Wahlkampf, das ist ganz unbestritten. Wenn man sich den Antrag dann durchliest, Fahrverbote ausgenommen Anrainer, lieber Klaus, ich kann dir wahrscheinlich aus dem Stand 20/30/50 Straßenzüge in Graz aufzählen, die mit gleichem Recht auch das einfordern. Und in all diesen Bereichen bemüht man sich, den gebietsfremden Verkehr aus den Wohngebieten herauszuhalten und die Maßnahmen, die schon umgesetzt wurden und die weiter geplant sind, die kennst du alle und dass Liebenau und gerade diese Situation dort natürlich neuralgisch ist, sehr wichtig ist und in Bearbeitung ist, das weißt du auch, also in der Sache kann man natürlich nichts dagegen sagen, auch die ÖVP stimmt dem Antrag zu, weil es wichtig ist. Nur, jetzt hier mit einem dringlichen Antrag zu kommen, finde ich also wirklich reiner Wahlkampf auch im Vergleich mit anderen Punkten in Graz, die mit dem gleichen Recht auch laufend dringliche Anträge stellen könnten (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ein paar kurze Anmerkung noch von meiner Seite. Ich bin auch etwas durchaus überrascht über diesen Antrag, wenngleich er inhaltlich klar ist und von uns unterstützt wird. Es gibt mehrere Gründe, wieso ich überrascht bin. Zunächst einmal ist, das kann man dem Gemeinderat von damals und auch der Regierung nicht ersparen, eine Entscheidung für das Stadion gefallen und eben nicht gleichzeitig für entsprechende Verkehrsmaßnahmen gesorgt worden. Und ich denke, bei diesen Entscheidungen war die SPÖ ebenfalls dabei wie die anderen Parteien. Jetzt ist die Aufgabe, im Nachhinein hier für die Bevölkerung akzeptable Verhältnisse zu schaffen, ich verstehe die Bevölkerung völlig, die Liebenauerinnen und

Liebenauer, die jetzt einfach einmal Druck machen, sie machen Druck offensichtlich beim Bebauungsplan, bei einer Entscheidung, die so mit den Verkehrsproblemen in Zusammenhang zu bringen, nicht ganz einleuchtend ist, ich werde kurz noch darauf zu sprechen kommen. Ich möchte gerne einfach erwähnen, was an Maßnahmen unterwegs ist. Wir haben die Linie 4 verlängert, wir haben sie eröffnet und sie war immer auch eine Linie, die für die Bedienung des Stadions gedacht war. Diese Bedienung konnten wir im Moment oder können wir im Moment nicht umsetzen, weil es von Seiten der Polizei, und das ist eben leider eine relativ neue Erscheinung, durch die sehr, sehr viel gewalttätigen Fans zu einer Sperre des gesamte Vorplatzes vor dem Liebenauer Stadion gekommen ist, wenn, was weiß ich, Rapid, Austria Salzburg usw. spielen. Das bedeutet, dass zu den Spielzeiten, also vor und nach diesen Spielen, die Linie 4 nicht verkehren kann. Wie bekannt, gibt es dafür eine Lösung in Zusammenarbeit mit der GBG, mit den Planungsämtern, die Lösung sieht so aus, dass dieser Fan-Sektor ins Stadion verlegt wird und dass ein eigener Busparkplatz im Süden vom Stadion gebaut wird, dazu gibt es Pläne, es sind die Entscheidungen gefallen, es hat die Bauverhandlung gegeben, es gibt einen massiven Einspruch, der den Baubescheid aufgehoben hat, er ist im Herbst zu erwarten der Baubescheid und dann kann im Frühjahr, Kollege Peter Mayr hat es schon genannt, im Frühjahr diese Maßnahme umgesetzt werden und dann ist die Voraussetzung gegeben, eine sehr wichtige Voraussetzung für die Regelung der Verkehrsprobleme, dass die Linie 4 systematisch eingesetzt werden kann für die Bedienung des Stadions. Zweite wichtige Voraussetzung ist, dass wir auf Grund des UVP-Bescheides in der, ich denke auch aus der Sicht von Liebenau, in der Situation sind, dass wir etwa bei Spar 2300 Parkplätze haben und die können auch am Sonntag, also auch am Sonntag nicht für die Bedienung des Stadions und der Messe herangezogen werden. Formalrechtlich ist das ok, inhaltlich halte ich das einfach für völlig widersinnig, denn ich denke, dass an den Hauptbesuchstagen für die Messe und auch für Spiele im Stadion die Entscheidung, ob man das Auto benützt, nicht davon abhängig gemacht wird, ob man bei Spar parken kann. Kann man dort nicht parken, dann werden die Leute einfach weiterfahren und werden sich irgendwo sonst den Parkplatz suchen und damit in Summe für sehr, sehr viel mehr Emissionen sorgen werden, als wenn dieser Parkplatz benutzt werden kann. Da gibt es Überlegungen und auch Ansuchen und auch Gespräche, ob man nicht zumindest für die großen Spiele und für die Messe-Sonntage diesen Parkplatz benutzen kann.

Wenn das erfüllt ist, lieber Klaus, dann denke ich, ist die Voraussetzung geschaffen, dass tatsächlich rigorose Regeln um das Stadion geschaffen werden und da bin ich also auch dabei, da wird es nicht dabei abgehen mit Fahrverboten ausgenommen Anrainer, die ohnehin niemand kontrollieren kann, die Polizei kann ja nicht jedem nachfahren und schauen, ist das ein Anrainer oder nicht, sondern da wird es nur möglich sein, indem man das Parken und den Parkplatzsucherverkehr rund ums Stadion während dieser Spiele ganz schlicht verbietet (*Applaus ÖVP*). Das ist die einzige Maßnahme aus meiner Sicht, setzt aber, wie gesagt, die zwei vorhin genannten Maßnahmen voraus. Zum Vorschlag der Grünen Zonen möchte ich dasselbe sagen wie schon gestern, selbstverständlich ist sehr lange überlegt worden, ob die Grünen Zonen im Bereich Jakomini nicht weiter nach Liebenau ausgedehnt werden sollen, es war die klare Entscheidung der Fachleute und der Experten, hier und jetzt jedenfalls nicht. Wie du weißt, beinhaltet ja das Grüne-Zonen-Paket auch eine sehr intensive Evaluierung, wir werden heute auch noch ein Stück haben und selbstverständlich wird eben nach einem halben Jahr, danach soll die Evaluierung beginnen, Liebenau und Jakomini auch ganz speziell untersucht werden, um eine weitere Ausweitung zu prüfen. Wir sind dabei, eine Maßnahme zu setzen, die aus meiner Sicht sehr wichtig ist. Wir haben ja am Ostbahnhof einen Parkplatz für zirka 140 bis 160 Pkw, dieser Parkplatz gehört der GPG und ich denke, es ist einfach nicht einzusehen, dass ein Parkplatz, der der Stadt gehört oder einer Gesellschaft der Stadt, mitten in der Grünen Zone unentgeltlich angeboten wird. Das heißt, wir haben vereinbart, die GPG, GBG und die Planungsämter, dass der Parkplatz am Ostbahnhof bewirtschaftet wird, es bedarf einiger technischer Voraussetzungen, die bis Ende dieses Monats gemacht sein werden und dann ist jedenfalls die Grüne Zone in diesem Zusammenhang ebenfalls wirkungsvoller und wird einen verstärkten Anreiz bieten, um die Park-&-Rideanlage in Liebenau zu nutzen. Letzte Geschichte, die ich noch sagen möchte, wie gesagt, ich verstehe den Unmut der Liebenauerinnen und Liebenauer, aber ich verstehe den Zusammenhang nicht mit dem Bebauungsplan. Denn eines müssen wir uns, glaube ich, schon im Klaren sein, wir haben dieses Grundstück südlich der Liebenauer Tangente entwickelt, nachdem die Linie 4 gekommen ist und direkt bei diesem Grundstück das zu entwickeln gilt, ist eine Haltestelle der Linie 4. Ich denke, geeigneter und synchroner kann man diese Entscheidungen nicht aufeinander abstimmen und wenn das nicht mehr möglich ist, dann sind wir in Graz, denke ich, wirklich soweit, dass wir einfach Neubauten nicht

mehr zulassen können und einen Baustopp überlegen müssen. Das Problem der Verkehrserschließung ist in anderen Bereichen, Stichwort Straßgang, sicherlich viel schwieriger zu lösen als bei diesem Bebauungsplan. Darum auch dasselbe Plädoyer wie gestern, wir werden diese Maßnahmen, die ich genannt habe, selbstverständlich bearbeiten und auch möglichst schnell umsetzen. Trotzdem denke ich, dass gerade dieser Bebauungsplan durch die hervorragende Anbindung an die Linie 4 in dieser Hinsicht jedenfalls sehr, sehr gute Voraussetzungen schafft (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger**: Eigentlich wollte ich es kurz machen, aber es waren doch einige Wortmeldungen, die mich dazu veranlassen, vielleicht doch das eine oder andere dazu zu sagen. Für mich ist es schon sensationell, wenn hier Kollegen ans Rednerpult gehen, zwar auf der einen Seite sagen, es gibt sehr wohl berechtigte Wünsche, es gibt das Problem, wir haben viel diskutiert, wir haben viel besprochen, wir haben viele Anträge gebracht, nur es ist noch keine Lösung da und deshalb stehe ich ja heute auch da, damit es letztendlich zu Lösungen kommt und interessant ist schon, diese reflexartige Handlung speziell der ÖVP-Kollegen, die natürlich sofort, auch wenn sie das Problem erkennen müssen, weil so können sie ja nicht tun, dass dort kein Problem ist, sofort natürlich nach einem Schuldigen suchen, der aber ja nicht in den eigenen Reihen sitzen muss und der hoffentlich irgendwas mit der SPÖ zu tun hat und dann sind sie schon glücklich, wenn sie sagen, wir haben zwar ein Problem, es ist noch immer nicht gelöst, wir brauchen etwas, aber schuld ist ein anderer. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, eines darf ich euch schon sagen,...

Zwischenruf GRin. Gesek: Warum schreist du so?

GR. **Eichberger:** ...na vielleicht höre ich schon schlecht oder andere auch, dass sie mich besser verstehen. Es geht um Folgendes: Es wird ja niemandem verborgen geblieben sein, dass sich in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Problematik rund um das Liebenauer Stadion einiges getan hat. Ich darf nur einige Beispiele bringen, weil speziell die ÖVP heute den Tag der Vergangenheitsbewältigung anscheinend auserkoren hat, um Probleme anzugehen und zu lösen, wir vielleicht halt eher in die Zukunft blicken. Ich gebe nur zu denken, lieber Rudi und lieber Peter, wir haben nicht vor dem Jahr 1998 oder wann immer den Murpark eröffnet. Es ist zum Beispiel der Gratisparkplatz in der Fröhlichgasse nicht vor dem Jahr 1998 gesperrt worden, es sind die Grünen Zonen nicht vor dem Jahr 1998 installiert worden, es ist die Gratisfahrt der Fußballbesucher zum Liebenauer Stadion nicht vor dem 98-Jahr aufgehört worden, die Besucher damit zu bedienen, sondern das ist in den letzten Jahren nach 1998 und nach 2003 passiert. Das heißt im Klartext, nach dem Jahr 2003, es hat sich, wie gesagt, in den letzten Jahren diese Situation in diesem Gebiet wesentlich verschärft und wir konnten bitte, und niemand, ob das der Herr Vizebürgermeister Ferk damals war...

Zwischenruf GRin. Gesek: Hat auch nichts weitergebracht.

GR. **Eichberger:** ...oder ob es ein anderer gewesen wäre, damals bereits auf diese Maßnahmen reagieren, weil sie viel, viel später erst zu dieser Situation geführt haben. Und es ist natürlich eines und das muss ich schon dazusagen, ich freue mich, dass heute sogar der Herr Stadtrat Rüschi, der ja gestern noch ein bisschen anders gesprochen hat im Rahmen der Sitzung und gesagt hat, was soll ich machen, es ist dort das Liebenauer Stadion und es kommt Verkehr dorthin, dann habe ich gesagt, na ja, es wird ja vielleicht doch dem einen oder anderen eine Idee einfallen, um den Bewohnerinnen und Bewohnern zu helfen. Und wenn ich heute höre, und dafür möchte ich mich bedanken und gratulieren, wenn der Herr Stadtrat Rüschi heute hier in diesem Raum zu diesem Thema überlegt, eine Bannmeile einzuführen, dann sage

ich, dann ist das wirklich ein Schritt, wo er die Unterstützung unserer Fraktion hundertprozentig genießt, weil das eben Maßnahmen sind.

Zwischenruf GR. Schönegger: Wir sind die Guten.

GR. **Eichberger:** Und liebe Freunde, zum Hans Slamanig, ich führe zum ersten niemanden an der Nase herum, ich beschäftige mich nicht nur in Wahlvorzeiten...

Zwischenruf GR. Schönegger: Du bist im Dauerwahlkampf.

GR. **Eichberger:** ...mit der Problematik der Parkplatz- und der Verkehrsmisere, ich darf euch nur bitten, vielleicht im Internet einmal nachzuschauen oder den Herrn Stadtrat Rüschi zu bitten, diesbezüglichen Anträge seit ich im Gemeinderat bin, euch vielleicht zur Verfügung zu stellen, damit ihr einmal nachlesen könnt, was es hier alles zu bearbeiten gäbe (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Zwischenruf GR. Schönegger: Bist ja noch nicht so lange da.

GR. **Eichberger:** Und wenn heute auch hier von dem einen oder dem anderen, Dame und Kollegin hat sich keine gemeldet, deshalb die männliche Form, gesagt hat, er wundert sich schon im Zusammenhang mit diesem Bbauungsplan dieser dringliche Antrag, dann sage ich, dann hat der das natürlich sehr wohl durchschaut,

weil dieser dringliche Antrag sehr wohl mit dem Bebauungsplan etwas zu tun hat, weil ich überzeugt bin, und ich habe es gestern auch in der Verkehrsausschusssitzung gesagt, dass die Akzeptanz dieses geplanten Vorhabens an der Liebenauer Tangente im Wesentlichen davon abhängig ist, was kann ich der anrainenden Bevölkerung dort als Maßnahmenpaket im Zusammenhang mit der Verkehrs- und Parkplatzlösung anbieten. Und ich bin überzeugt, wenn der Herr Stadtrat Rüschi, wie er es gestern auch zugesagt hat im Rahmen der Sitzung, bis zur nächsten Sitzung dieses Ausschusses der Bevölkerung in Liebenau und in Jakomini ein Maßnahmenpaket vorstellt und auch das versieht mit entsprechenden zeitlichen Horizonten, die überschaubar sind, dann bin ich überzeugt, dass die Bevölkerung und der Bezirksrat in Liebenau, liebe Freunde der ÖVP, übrigens auch eure Kolleginnen und Kollegen im Bezirksrat Liebenau waren gegen diesen Bebauungsplan aus Gründen der nichtgelösten Verkehrsproblematik.

Zwischenruf GRin. Gesek: Du bist soviel gescheit.

GR. **Eichberger:** Und da geht es nicht um Anbindungsfragen, sondern da geht es eben um Fragen des Verdrängungseffektes und dergleichen.

Zwischenruf GRin. Gesek: Er ist der Wunderwuzzi.

GR. **Eichberger:** Und aus diesem Grund, wie gesagt, freut es mich, dass hier die Problematik von allen Fraktionen erkannt wurde, dass es hier die Bereitschaft jetzt gibt endlich des zuständigen Stadtsenatsreferenten, hier Hand anzupacken, nicht nur Besprechungen abzuhalten, Anträge zu formulieren, sondern wir erwarten uns, wir erhoffen uns wirklich in Kürze ein Maßnahmenpaket, was tausenden BewohnerInnen

rund um dieses Liebenauer Stadion wirklich diese Lebensqualität wieder zurückbringt, die sie auch brauchen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.45 Uhr den Vorsitz.

9) Prüfung Errichtung von Schutzzonen im Umfeld von Kinder- und Jugendeinrichtungen in Bezug auf die Aufstellung von Glückspielautomaten und den Betrieb von Automatensalons

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht in meinem dringlichen Antrag um die Errichtung von Schutzzonen im Umfeld von Kinder- und Jugendeinrichtungen in Bezug auf die Aufstellung von Glückspielautomaten und den Betrieb von Automatensalons. In den vergangenen Monaten war das Thema Glückspiel und Spielsucht wiederholt auch im Grazer Gemeinderat ein Thema gewesen.

Nicht nur die Berichte in den Medien über Überfälle auf Wettcafés wiederholen sich täglich, wenn man mit offenen Augen durch Graz geht, kann man auch täglich neue Spiel- und Automatencafés sowie Wettcafés entdecken. Auffällig ist daran, dass diese Lokale vielfach im direkten Einzugsgebiet von Schulen, Kindergärten und Jugendeinrichtungen sowie von Parks, die von Jugendlichen stark frequentiert werden, zu finden sind.

Ein Beispiel stellvertretend für viele andere ist der Wohnbereichspark in der Schererstraße in Wetzelsdorf. Kaum wurde der Park in Betrieb genommen und von den Jugendlichen angenommen, ist auch schon ein Spielsalon in unmittelbarer Nähe des Parks eröffnet worden.

Immer mehr Lokalbesitzer versuchen über die Aufstellung und vor allem über die Bewerbung von Spielautomaten, Gäste in ihr Lokal zu bekommen und diese auch mit diesen Automaten zu binden. Kinder und Jugendliche sind davon leider nicht ausgeschlossen.

Die Weckung von Bedürfnissen durch eine immer größer werdende Werbeflut und die Aussichtslosigkeit, diese Bedürfnisse mit den vorhandenen Mitteln zu befriedigen, treibt natürlich auch Kinder und Jugendliche zum Glückspiel und somit unter Umständen später auch in die Spielsucht.

Die Aufgabe der Politik ist es, entsprechende Rahmenbedingungen für eine gute Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen zu schaffen.

Zu Beginn dieses Jahres, das ist auch in den Medien gestanden, haben einige Gemeinden in Niederösterreich die Aufstellung von Glückspielautomaten und den Betrieb von Automatensalons in so genannten Schutzzonen rund um Schulen und Kindergärten sowie Jugendeinrichtungen per Verordnung verboten.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ-Fraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Einführung von Schutzzonen im Umfeld von Schulen, Kindergärten und Jugendeinrichtungen in Bezug auf ein Verbot der Aufstellung von Glückspielautomaten und den Betrieb von Automatenspielsalons zu prüfen.

2. Im Falle der gesetzlichen Voraussetzungen dementsprechende Schutzzonen per Verordnung einzuführen (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Potzinger** zur Dringlichkeit: Herr Vizebürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, liebe Kollegin Bergmann! Namens der ÖVP-Fraktion darf ich mitteilen, dass wir der Dringlichkeit und dem Stück selbstverständlich zustimmen, weil wir grundsätzlich alles unterstützen, was Kinder vor schädlichen Verlockungen schützt. Eine Anmerkung zum Inhalt des Antrages, die Kindergärten auch einzubauen, ich glaube nicht, dass Kindergartenkinder akut gefährdet sind, in Spielsalons zu gehen...

Zwischenruf GR. Schönegger: Sicher ist sicher.

GRin. **Potzinger**: ...und die eine oder andere Information habt ihr vielleicht nicht bekommen, was uns wundert, liebe Kollegenschaft von der KPÖ. Euer ehemaliger Spitzenmann Kaltenegger, der seinerzeit gesagt hat, in Graz zu bleiben, jetzt im Landtag arbeitet, hat euch offenbar nicht informiert, oder redet ihr nicht mit ihm, das können wir nicht so genau beurteilen, dass es am 2. Oktober im Landtag zu dem Thema eine Enquete geben wird zu diesem sogenannten kleinen Glücksspiel, wo es um die Details geht. Das heißt, es wäre wahrscheinlich nicht unbedingt notwendig gewesen, so ein paar Tage vorher, jetzt noch diesen Antrag zu stellen, aber wie gesagt, wegen der inhaltlichen Wichtigkeit des Themas stimmen wir zu.

GRin. **Edlinger**: Werte KollegInnen, liebe Ina! Wir finden, dass gerade der 2. Oktober mit ein Grund ist, der Dringlichkeit zuzustimmen, weil es Sinn macht, dass wir als Grazer Gemeinderat vor der Landtagsenquete zum Thema Kleines Glücksspiel noch diesbezüglich eine Bitte um Prüfung quasi ins Landhaus nebenan abschicken.

Neben dem, dass wir natürlich auch inhaltlich großes Interesse haben, dass es hier dringlich zu Verbesserungen kommt, deswegen ja zur Dringlichkeit. Ich darf nur noch gleich anfügen und ergänzen, laut unseren Informationen ist anhand des Steiermärkischen Veranstaltungsgesetzes bereits jetzt bis zu einer Luftlinie von 150 Metern möglich, solche Schutzzonen einzurichten, das müsste man dann auch prüfen beziehungsweise ist sicherlich auch zu hinterfragen, ob solche Schutzzonen dann wirklich eine Lösung des Problems sind, weil sonst geht man halt 200/300 Meter weiter bis zum Spielsalon, ob das wirklich die Attraktivität für Jugendliche so stark schmälert, dass sie hier nicht mehr angezogen sind, bleibt zweifelhaft, aber wir sind auf alle Fälle dafür, dass das geprüft wird und falls die Experten sagen, das macht Sinn, dass es dann auch zur Einrichtung dieser Schutzzonen kommt (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Wir stimmen sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zu.

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Frau Gemeinderätin Maxie Uray-Frick stimmt namens der Fraktion dem Inhalt und der Dringlichkeit zu. Ich wiederhole es nur für das Protokoll, weil das oft nicht am Tonband ist und dann tun wir uns beim Schreiben leichter.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Bergmann**: Es freut mich, dass dieser Antrag jetzt so schnell beschlossen wird, nachdem wir ja heute schon Sitzfleisch beweisen haben müssen. Ich möchte nur sagen, Sissi, also keine Angst, mit unserem Kollegen Kaltenegger sind wir nach wie vor im Gespräch und es ist uns natürlich schon auch ein Anliegen gewesen, weil wir wissen, dass eben im Land bestimmte Voraussetzungen unter Umständen auch

geschaffen werden müssen, dass es gerade im Vorfeld dieser Enquete vielleicht wichtig ist, dass die Stadt hier etwas beschließt. Danke (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

10) Prüfung der Einführung eines Sozialpasses in Graz

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Als KPÖ-Fraktion fordern wir schon seit vielen Jahren die Einführung eines Sozialpasses Graz für Menschen mit geringem Einkommen. Wir haben dabei stets auf positive Beispiele für solche Einrichtungen in der BRD verwiesen. Auch in der oberösterreichischen Landeshauptstadt Linz gibt es unter dem Titel Aktivpass eine vergleichbare Einrichtung, die erst vor kurzem ausgeweitet und verbessert wurde. Einige steirische Bezirksstädte, darunter Judenburg, Knittelfeld und Mürzzuschlag, meine Heimatstadt, haben in den vergangenen Jahren Aktivpässe eingeführt.

In Graz ist der Bedarf besonders groß. Dabei geht es darum, den Menschen den Zugang zu Sozialleistungen und zum gesellschaftlichen Leben zu erleichtern. Unserer Meinung nach sollte ein Sozial- oder Aktivpass in Graz von der Gemeinde ausgestellt werden und für ein Jahr gültig sein.

Der Sozialpass soll Behördenwege reduzieren, alle bestehenden Ansprüche auflisten und automatisch übernehmen. Er garantiert nach unserer Vorstellung den Bezug der Wohnbeihilfe neu, den Bezug des Heizkostenzuschusses sowie die Befreiung vom Grundpreis bei Gas, Strom und Fernwärme.

Weiters soll er freien beziehungsweise günstigen Eintritt für öffentlich subventionierte Kultur-, Sport- und Bildungseinrichtungen sowie für die Benutzung der GVB ermöglichen. Der Kreis der Anspruchsberechtigten sind Personen mit dem Hauptwohnsitz in Graz, die ohne Einkommen beziehungsweise Sozialversicherung sind oder ein Monatseinkommen unter 848 Euro haben, dies entspricht eben der derzeitigen Armutsgrenze.

Generell ist Armut immer weniger auf bestimmte Randgruppen beschränkt, sondern kann alle betreffen. Frauen, unter ihnen besonders Alleinstehende sowie Alleinerzieherinnen, Pensionistinnen und Pensionisten, kinderreiche Familien, arbeitslose Menschen oder Menschen mit geringer Ausbildung gehören zu jenen, die in unserer Gesellschaft von einer überdurchschnittlichen Armutgefährdung bedroht sind.

Alle verfügbaren statistischen Zahlen, mehr noch aber unsere täglichen Kontakte mit Menschen, denen die materielle Existenzgrundlage genommen worden ist, zeigen die Notwendigkeit und die Dringlichkeit eines Sozialpasses für Graz auf.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ-Gemeinderatsfraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht, die Einführung eines Grazer Sozialpasses zu prüfen. Dem Gemeinderat ist bis Jahresende 2007 darüber Bericht zu erstatten und der zu erstellende Bericht soll die Arbeitsgrundlage für die zukünftige Stadtregierung auch bilden (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Potzinger** zur Dringlichkeit: Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, Kolleginnen, Kollegen, liebe Kollegin Taberhofer! Wie vor Beginn der Sitzung vereinbart, ist es ein gemeinsamer Antrag mit der ÖVP, wo wir sehr, sehr gerne dabei sind, weil sie uns seit langem ein großes Anliegen ist.

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Potzinger**: Es hat die Gespräche gegeben vor Sitzungsbeginn, also das Angebot ist jedenfalls von uns gekommen, wie immer, wir stimmen zu der Dringlichkeit und dem Inhalt, weil es uns sehr wichtig ist, dass alle Menschen in dieser Stadt nicht nur von Sozialhilfe partizipieren, wenn sie es notwendig haben, sondern auch die Freuden des Lebens mit allen teilen können, Kulturgenuß, Sportveranstaltungen, mitten im Leben sein, sich freuen, in der Stadt zu leben und dann auch gerne wieder hier im Arbeitsprozess zu sein und an der Gesellschaft voll teilzunehmen, deshalb aus vollem Herzen Zustimmung von uns (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag. Dr. **Sprachmann**: Unsere Fraktion steht der Prüfung der Einführung des Sozialpasses auch sehr positiv gegenüber, wir werden sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen (*Applaus KPÖ*). Es können in diesem Sozialpass Leistungen, die es bereits seitens der Stadt Graz gibt, wie zum Beispiel die Mobilitätskarte der GVB, das Behindertentaxi oder die Seniorenermäßigungen auch durchaus einfließen und unser großes Anliegen war es, dass mit der Überprüfung der Einführung vom Sozialpass und mit diesem Antrag praktisch im Dezember nicht bereits das Ende absehbar ist, sondern dass es auch weitergeht und dementsprechend auch unser Wunsch, dass das Papier, das erstellt wird, die Arbeitsgrundlage für die künftige Stadtregierung bildet. Ich bedanke mich für diesen Antrag (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie schön, dass es Wahlen gibt. Da ist auf einmal alles möglich, wenn ich, ich weiß nicht, wie lange die KPÖ diesen Sozialpass schon fordert, ich weiß nicht, ist ja wurscht und jetzt auf einmal ist alles Wonne und Griesschmarrn. Wir werden natürlich auch uns dieser Wonne und

diesem Griesschmarrn anschließen, werden sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Grünen schließen sich ausnahmsweise der Meinung der Klubobfrau an.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Mag. **Taberhofer**: In zwei Sätzen mein Schlusswort. Also, eigentlich hat ja die Kollegin von der FPÖ das vorweg genommen, es ist so und es ist Tatsache, dass wir schon jahrelang das einfordern. Wichtig und erfreulich ist es aber trotzdem für mich, dass es Einstimmigkeit gibt bei der Prüfung eines Sozialpasses, aber natürlich wünsche ich mir, dass auch die Umsetzung möglichst bald Erfolg haben wird. Ob ich das in der nächsten Periode noch erlebe, das weiß nicht, aber irgendwann hoffe ich darauf, dass das auch wirklich passieren wird (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

11) Regionale Zusammenarbeit

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Rücker**: Ich komme jetzt zu fortgeschrittener Stunde wieder zu einem typischen Rücker-Antrag, nämlich einer, der geht wieder mehr in die Struktur und

weniger in die populistischen Themen und trotzdem würde ich mich freuen, wenn man den diskutieren könnte.

Zwischenruf GR. Schönegger: Ein schönes Eigenlob.

GRin. **Rücker:** Eine schöne Einleitung. Eigenlob stinkt manchmal nicht. Gehen tut es um die Frage regionale Zusammenarbeit, das Thema zieht sich durch alle Diskussionen, sehen wir auch heute, wenn es um verkehrspolitische Fragen geht oder um Raumplanungsfragen, in einer permanenten Dauer durch alle in den letzten Jahren geführten Diskussionen da herinnen und immer wird da herinnen betont, wie wichtig es doch sei, dass Graz und Graz-Umgebung besser zusammenarbeiten. Und es heißt dann immer, dass die großen Probleme und die großen Herausforderungen dieser Stadt nur gelöst werden können, wenn wir besser kooperieren. Dann sehen wir gleichzeitig, wie im Sommer durch eine Pressemeldung wieder nach außen getragen, dass zum Beispiel bei dieser Auseinandersetzung, bei dieser alten Auseinandersetzung mit Seiersberg, wo es um EKZ geht, der Bürgermeister den Gerichtsweg androht, wo man doch einmal nachfragen könnte, wäre in dem Fall nicht einmal ein Mediationsverfahren angesagt, um dort wieder in Richtung Dialog zu gehen oder im Bereich des öffentlichen Verkehrs wird schon ewig und immer wieder diskutiert und vorgestellt, dass irgendwo, irgendjemand an einem Verkehrsplan für die Region Graz, Graz-Umgebung arbeitet, irgendwie kommt man aber nie dahinter, wer diesen Auftrag von wem hat. Wie ist das zu erklären, dass eben in dieser Sache eigentlich nichts weitergeht? Da gibt es von außen die Sicht auf die Stadt, da heißt es immer, die Stadt nimmt ihre Rolle zu halbherzig wahr, wenn man nach außen schaut, dann hat man so das Gefühl, dass die Gemeinden, die im Speckgürtel, teilweise im wahrsten Sinne des Wortes, liegen, auch nicht so eine große Interessenslage haben, zusammenzuarbeiten, also wird weiterhin die Verantwortung hin- und hergeschoben. Und die Probleme, die wir im Verkehr haben, die unbefriedigende Raumplanung, Zersiedelung, das Thema EKZ, also Einkaufszentren, die am Thema Standortkonkurrenz sehr stark aufgehängt werden,

die Zukunftsthemen Gesundheit, Soziales und Bildung, die ja auch höchstwahrscheinlich nur raumübergreifend und grenzübergreifend diskutiert werden können, erfordern aber dringendes Tun statt ewigem Reden und Beschwören. Und was das Spannende ist, wenn man sich so umschaute in Österreich, dann gäbe es in der Region Graz, Graz-Umgebung ja eigentlich schon eigentlich einige inhaltliche Konzepte und Ideen und gar nicht einmal so wenig strukturelle Voraussetzungen. Die werden aber leider bisher viel zu wenig genutzt. Ich versuche ein bisschen einen Abriss zu machen, was derzeit gibt, also seit einigen Jahren gibt es den Regionalen Entwicklungsverein, Regionalmanagement Graz/Graz-Umgebung. Da sitzt seit Jahren die Stadt mit Regierungsvertretern/-vertreterinnen drinnen im Vorstand und da gibt es verschiedene Gremien. Was dort geschieht, wird hier im Gemeinderat aber leider nie zum Thema gemacht, der Informationstransfer an die Stadt, aber auch in den Gemeinden beklagen das die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, mit denen man darüber spricht, dass kaum zurückgespielt wird, was in diesen Gremien passiert, also es bleibt irgendwie der Eindruck, dass da hinter verschlossenen Türen ohne ganz wirkungsvolle Effekte gearbeitet wird.

Darüber hinaus gibt es seit zirka sieben Jahren ein Gemeindeverbandsgesetz in der Steiermark, das wäre eigentlich eine Grundlage für interkommunale Zusammenarbeit. Eine Grundlage, die aber im Raum Graz/Graz-Umgebung bisher auch noch nicht mit Leben erfüllt ist. Dann hat man erfunden das Programm „Regionext“ mit wunderschönem Logo und großartigen Auftritten, um eben dieses Gemeindeverbandsgesetz Leben einzuhauchen. Mit diesem Projekt sollten passende Strukturen geschaffen werden, damit die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden sich entwickeln kann. Es gibt einzelne Gemeindegruppen in der Steiermark, die da schon einiges umsetzen. Bei Graz/Graz - Umgebung ist zumindest nicht so spürbar, was da bisher passiert ist, ich war letztes Mal bei dem Treffen, das stattgefunden hat, das Regionalforum titulierte war und habe das Gefühl, dass die Bürgermeister immer noch sich gegenseitig mit dem Bekenntnis entgegneten und sagen, wir wollen jetzt über unsere Kirchturmspitze hinausschauen, das ist eigentlich eine Diskussion, die es seit 20 Jahren gibt. Also darüber hinaus ist dort die Diskussion auch noch nicht weiter vorangeschritten. Das heißt, es gibt weiterhin die Beschwörung zur Zusammenarbeit, was immerhin als Vorstoß, und da waren die Grünen auf Landesebene nicht unbeteiligt, stattgefunden

hat, ist die, dass die Bedarfszuweisungen an die wirkliche Kooperationsbereitschaft, also die Ausschüttung von Bedarfszuweisungen an die Gemeinden, an die Kooperationsbereitschaft gebunden sein soll. Ich kann momentan nicht beurteilen, wie weit das wirklich so umgesetzt wird, aber das wäre einmal der richtige Schritt in die richtige Richtung, weil man muss natürlich auch ein bisschen eine Steuerung vornehmen, dass auch die Zusammenarbeit mit einem Nutzen verbunden wird. Gerade für die Gemeinden, die momentan eher davon profitieren, dass sie nicht zusammenarbeiten.

In der Struktur der Regionext-Regionen, die auf Grundlage des Gemeindeverbandsgesetzes bestehen, ist das Gremium eines Regionalforums vorgesehen und wenn das so besetzt wäre oder würde, im Zuge weiterer Zukunft, dass das demokratisch besetzt, es ist nämlich so, dass nicht nur die Regierungsfractionen drinnen sind, sondern alle demokratischen Kräfte, die in dieser Region eine Rolle spielen, da gehört für uns eindeutig auch die Opposition hinein, dann würde das sehr nahe an das herankommen, was immer wieder so unter Regionalparlament diskutiert wird. Es müsste keine direkten Wahlen nach sich rufen, sondern könnte mit Delegationsprinzip aus den bestehenden und gewählten MandatarInnen besetzt werden und würde dann durch eine gute demokratische Repräsentanz mit der Voraussetzung der Transparenz und Informationspflicht in Richtung der jeweiligen Gemeinderäte und würde dann dazu beitragen, dass auf dieser Ebene durchaus auch Kompetenzen wahrgenommen werden können, die eine regionale Zusammenarbeit braucht an Kompetenzverteilung. Dass nicht alles aus der Gemeindeautonomie hinausgehen kann, ist mir ganz klar, aber bestimmte Bereiche, wie im Bereich Planung, Verkehr, vielleicht auch eben in Zukunft Soziales oder Gesundheitsfragen, womöglich auch die Frage Schulstandorte würde ein Bereich sein, der regional zu entscheiden sein wird, darüber sollte man diskutieren, ob dieses Regionalforum nicht so eine starke Kraft entwickeln kann, dass es so etwas wie ein regionales Parlament ohne direkte Wahl wird.

Es geht also darum, die vorhandenen Rahmenbedingungen endlich für eine Zusammenarbeit zu nutzen und auszubauen. Wichtig ist uns aber vor allem, dass eben ein Regionalforum ist, in dem öffentlich über die Anliegen diskutiert wird und Beschlüsse gefasst werden und ein Rückfluss der Information eben an die Gemeinderäte und an die Gremien dahinter stattfindet. Da würde eine längerfristigen

Planung und Entscheidungen im Sinne der Region natürlich weiterhelfen, würde zu einer gemeinsamen Identität führen. Eine Eingemeindung halten wir aus heutiger Sicht für kein zeitgemäßes Instrument mehr, ist nimmer die Lösung, aber eben eine Identität für die Region, die unterschiedliche Grenzen kennen wird. Für eine Verkehrspolitik womöglich eine andere Grenze definiert, als für Gesundheitspolitik. Das heißt, diese Flexibilität des Raumes, dass man nicht immer nur in Gemeindegrenzen denkt, wäre höchstwahrscheinlich der bessere Weg und das zeigen auch einige der regionalen Verbände in anderen Regionen in Europa.

Und um dem Prozess in diese Richtung einer tragfähigen und nachhaltigen Zusammenarbeit endlich ein bisschen Nachdruck zu verleihen, stelle ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen,

1. die VertreterInnen der Stadt Graz im Vorstand des Regionalen Entwicklungsvereines, allen voran der Bürgermeister, werden aufgerufen, innerhalb der Gremien des regionalen Entwicklungsvereines den Demokratisierungsprozess voranzutreiben, einen stärkeren Informationstransfer vorzunehmen und so für eine erhöhte Transparenz zu sorgen, indem
 - die Statuten des Regionalen Entwicklungsvereines dahingehend überarbeitet werden, da gab es auch einen sehr guten Vorschlag von Günther Tischler schon dazu, dass eine breite demokratische Repräsentanz unter Einbindung der Opposition gewährleistet wird und
 - die Aktivitäten des Vereines in Form eines regelmäßigen Berichtes, Vorschlag zweimal im Jahr, an den Gemeinderat kommuniziert werden,

2. der Bürgermeister wird darüber hinaus aufgefordert, für die Etablierung eines mit Kompetenzen im Bereich der Planung und Regionalentwicklung ausgestatteten und demokratisch legitimierten Regionalforums die entsprechenden Schritte im Rahmen von Regionext zu setzen, indem zuerst gemeinsam einmal hier diskutiert wird mit allen vertretenen Fraktionen, ein

Vorschlag erarbeitet wird, wie eine zukünftige Kompetenzenverteilung aus unserer Sicht, aus Sicht der Stadt aussehen kann, damit dann die Aufgaben im Bereich der Planung und Entwicklung koordiniert wahrgenommen werden können. Ich ersuche um Antragsannahme.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 18.05 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl** zur Dringlichkeit: Ich möchte gleich namens der ÖVP zum dringlichen Antrag Stellung nehmen. Nachdem ich auch der Vorsitzende des Regionalen Entwicklungsvereines bin, möchte ich einige Punkte, die die Frau Gemeinderätin Rücker hier in den Raum gestellt hat oder den Versuch starten, diese Punkte aufzuklären. Ich bin es von ihr eigentlich gewohnt, dass sie, wenn sie einen dringlichen Antrag stellt, dass sie sich da durchaus ein bisschen vertieft und ein bisschen genauer erkundigt und ich möchte ein paar Punkte ihrer Kritik herausgreifen und aus meiner und unserer Sicht auch ganz klar beantworten. Kritik, gemeinsames Verkehrskonzept: der Regionale Entwicklungsverein hat bereits einen Projektkatalog für den Bereich öffentlichen Verkehr und Individualverkehr erstellt. Dieser wird ständig aktualisiert, nämlich auch zwischen den Umlandgemeinden der Stadt Graz, aber auch mit dem Land Steiermark. Wir haben gemeinsame Projekte vorbereitet, da gibt es einen Projektkatalog für den öffentlichen und für den Individualverkehr, für die Regionen GU Süd, GU8, GU Nord und Graz mit einer Prioritätenreihung. Es ist halt einmal so in der Demokratie, dass Oppositionsparteien nicht so gut anscheinend informiert sind wie diejenigen, die drinnen sitzen. Und das ist jetzt ein Punkt, wo ich eben ein paar Sachen aufklären möchte, weil es wird dort sehr eifrig daran gearbeitet. Es gibt dort ein paar Schwerpunkte, der mir wichtigste Punkt, auch als Vorsitzender des Regionalen Entwicklungsvereines, ist dass wir im Verkehrsbereich weiterkommen. Man muss aber dazusagen, die Verzögerungen haben wir auf Grund der Verzögerung des Verkehrskonzeptes des Landes Steiermark und auch hier hören wir immer nur, Land wäre ja Auftraggeber, es kommen alle anderen Gemeinden vor uns dran und wenn wir das Landesbauprogramm anschauen, welche

Straße in Gnas, ich habe mir das genau angeschaut, welche Straßen in Gnas und welche in Feldbach und was weiß ich noch alles dabei ist und bei uns noch immer Einzugsstraßen zwischen GU und Graz ausständig sind, dann kriegt man wirklich einen Groll. Wenn man mit dem zuständigen Ressortleiter in der Verkehrsabteilung spricht, dann teilt er einem mit, dass er es noch nicht zum Abschluss bringen konnte, weil er einfach die Personalkapazitäten dafür nicht hat. Ich hoffe, dass das Land Steiermark das bald gelöst hat und dass endlich ein regionales Verkehrskonzept für den Großraum Graz vom Land Steiermark beschlossen wird. Und zwar aus folgendem Grund: Solange das nicht steht, sind wir auch im Bauprogramm nicht verankert und damit kommen wir eigentlich nur durch Sonderdruck bei Sonderprojekten wieder einmal dran. Also hier hat der Regionale Entwicklungsverein alles getan, aber im Moment hängen wir im Bereich des Landes und ich hoffe, dass diese Engpässe dort bald behoben sind. Wir fordern sie als Bürgermeister gemeinsam quasi bei jeder Sitzung vom Land ein. Was die Förderperioden und die Förderungen anbelangt, kann ich nur sagen, da ist der Regionale Entwicklungsverein mittlerweile zu einer echten Trägerrakete geworden. Wir hätten in so vielen Bereichen für die Umlandgemeinden, aber auch für Graz nicht mitspielen können, wenn wir uns da nicht schon in der letzten Förderperiode der EU gut angestellt hätten, da werden Millionen abgewickelt. Für die Förderperiode der EU von 2007 bis 2013 ist es erstmals gelungen, ein gemeinsames Förderprogramm für Graz und Graz-Umgebung gleich zu planen und auch jetzt auch zu bekommen. Unter dem Titel urban plus wird die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Graz GU Süd, GU 8 erstmals auf eine förderbare Projektebene gelegt, wo vor allem die Bereiche gemeinsame Standortentwicklung, gemeinsame Verkehrsplanung und gemeinsame Grünraumentwicklung, weil ich das auch immer wieder dort einbringe, es kann nicht so sein, wir machen unseren Grüngürtel, die anderen nicht, es kommt verstärkt zur Absiedelung etc., durchgezogen wird. Für Regionext hat der Regionale Entwicklungsverein die Neufassung eines regionalen Entwicklungsleitbildes, sogenannte Campusconsulting in Auftrag gegeben, dort werden genau diese Strukturen und Inhalte für die zukünftige regionale Zusammenarbeit festgelegt. Und die Jahresberichte, und da geht es jetzt ein bisschen um den Informationsfluss, den Sie kritisieren. Ihr seid nicht drinnen auf Grund der Mandatsstärke, auch auf Grund der Vereinbarung des Regionalen Entwicklungsvereines, dass nicht aus allen Gemeinden jetzt auch noch alle Oppositionsparteien oder einzelne

Gemeinderatsmitglieder da einzuladen sind, haben wir uns auf Regierungsfunktionen beschränkt, sowohl im Vorstand als auch in der Hauptversammlung. Die Jahresberichte, und jetzt geht es um den Informationsfluss, die Jahresberichte sind und werden regelmäßig einmal jährlich an unsere Verteiler und das sind alle Bürgermeister Stadt Graz und Graz-Umgebung, an die Gemeinderäte der Stadt Graz, an die Stadträte der Stadt Graz, an Institutionen und Organisationen, NGOs der Region verschickt und viermal jährlich wird ein Newsletter an diese Adressen in digitaler Form verschickt. Der Jahresbericht 2006 wird in Papierform für die Jahreshauptversammlung jetzt am 8. Oktober 2007 wieder vorbereitet, er ist in digitaler Form schon jetzt beziehbar. Das heißt, wir versuchen sehr wohl, nicht hinter verschlossenen Türen zu arbeiten, sondern auch auf Grund der Tatsache, dass wir zum Beispiel bei der Arbeitsmarktsituation, da sind wir ja auch eingestiegen mit AMS und anderen Fördernehmern, haben wir gesagt, das muss offen diskutiert werden. Ein weiterer Schwerpunkt neben Verkehr und Regionext und dem Grünraum und der Verkehrsplanung ist für uns auch diese Gesundheitsregion Graz und Graz-Umgebung, die ist auch definiert. Und der Herr Dr. Gassl, unser Geschäftsführer, ist jederzeit bereit, über die Arbeit des Regionalmanagement Graz und Graz-Umgebung Auskunft zu geben. Ich als Vorsitzender im Übrigen auch und auf Einladung der Grün Alternativen Liste Graz und Graz-Umgebung wurden bereits die Aktivitäten des Regionalen Entwicklungsvereines mit Ihnen und mit euch diskutiert, das heißt, im Prinzip sind wir nicht hinter verschlossenen Türen und das wollte ich da nur noch einmal deutlich sagen. Ich glaube, dass es jetzt nicht notwendig ist, diese Veränderungen, die da gewünscht sind, auch wirklich noch durchzuführen und deswegen wird meine Fraktion der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.10 Uhr den Vorsitz.

GR. **Herper:** Als Vorsitzender des Regionalen Entwicklungsvereines, dessen Vorsitz du ja führst, gemeinsam mit der Abgeordneten Mag. Lackner, und du hast ja alle Informationen gegeben. Ich sage aus der Sicht der sozialdemokratischen Fraktion,

natürlich, Lisa, das Thema ist wahrscheinlich eines der entschieden zu durchzuführenden, zu organisierenden in den nächsten Jahren, das ist das politische Thema, das uns in Land und Stadt beschäftigen wird, die regionale Zusammenarbeit. Das ist ja nichts Neues, ich kann mich erinnern, das beschäftigt uns, das begleitet uns schon seit mindestens eineinhalb Jahrzehnten, ich kann mich noch an die Vizebürgermeisterin Ruth Feldgrill-Zankl erinnern, die ja gemeinsam das von der ÖVP-Fraktion sehr forciert hat als Referentin, ich habe mich selber umgesehen in Stuttgart, wo mit EU-Mitteln eine solche Verbandsmöglichkeiten aufgebaut wurde, in Frankfurt, in Hannover. Also, über Initiativen vor allem vom Landeshauptmann Franz Voves, aber gemeinsam mit dem Hermann Schützenhöfer, das ist eine der zentralen Punkte, wo trotz alledem der jetzigen Frostperioden vielleicht, Frühfrostperioden die Zusammenarbeit hält zwischen SPÖ und ÖVP und ein wichtiger Bestandteil der Regierungsvereinbarung zwischen den beiden Parteien im Land ist Regionext, ist die regionale Zusammenarbeit. Und deswegen muss uns das als Landeshauptstadt Graz in der Region Graz besonders auch mit am Herzen liegen. Nur meinen wir, und da habe ich mich noch einmal kundig und vertraut gemacht, die Dringlichkeit ist nicht gegeben aus folgenden Gründen: Derzeit laufen zwei Modellversuche, der eine Modellversuch, der stark von uns favorisiert worden ist in der Modellregion Obersteiermark Ost, nämlich in den Bezirken Leoben, Bruck, Mürzzuschlag, die sich auf einen Großraum bezieht, Strukturen erarbeitet, Vorgangsweisen, Methoden und die auch strategische Möglichkeiten auslotet, beispielhaft für die Großregion Graz. In einer zweiten Ebene, in der nächsten, gibt es vor allem über Wunsch der steirischen ÖVP und vom Hermann Schützenhöfer her die fünf kleinregionalen Ebenen, ebenfalls als Modellversuch laufend, um einen Leitfaden für kleine regionale Entwicklungskonzepte zu erarbeiten. Das heißt, man befindet sich mitten in einem Arbeits-, in einem Diskussions-, in einem Methodenprozess. Und dieser sollte meiner Meinung nach, sowohl was die Großraummodelle betrifft als auch die kleinräumigen Modelle betreffen, sollte abgewartet werden, bevor der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz Beschlüsse fasst. Nämlich, die noch keine Basis haben und noch keine Basis bieten. So ist beispielsweise nicht fixiert, wie sich letztendlich die Regionalforen zusammensetzen werden, deren Struktur ist noch nicht geklärt und noch nicht restlos ausverhandelt. Sowohl was die Strukturen und die Gremien betreffen, das muss erst im zuständigen Ausschuss noch einmal beraten werden und bedarf einer Beschlussfassung im Steiermärkischen Landtag. Aber auch die

rechtlichen Grundlagen, so sehr ich dich verstehe, dass du hinweist auf das sieben Jahre bestehende Gemeindeverbandsgesetz, ist natürlich eine Grundlage, aber es wird auch Formen geben, an der jetzt gearbeitet wird, nämlich privatrechtlicher Zusammenarbeit. Und das muss erst auf eine Basis gebracht werden. Ich finde es richtig von dir und ich finde es auch entschieden, dass sowohl Franz Voves als auch Hermann Schützenhöfer darauf jetzt Bedacht nehmen bei ihren Gesprächen mit den Gemeinden, dass Bedarfszuweisung, die Ausschüttung derselben verknüpft ist mit der Verpflichtung zur Zusammenarbeit. Es muss über den Kirchturm hinausgehen. Das ist jetzt dringendes Gebot aus sinnvollen, strategischen, strukturellen, wirtschaftlichen, kommunalen, lebenswirklichen Notwendigkeiten und das ist das einzige Druckmittel, das manche Uneinsichtige auch spüren und da unterstütze ich dich sehr, wie ich überhaupt tendenziell und grundsätzlich dein Vorhaben unterstütze, aber es ist jetzt nicht die Zeit, einen Beschluss hier im Gemeinderat zu fassen. Was ich durchaus für anregenswert hielte, ist eine unter Führung der Magistratsdirektion ressortübergreifend eine Arbeitsgruppe einzurichten...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Unterführung der Magistratsdirektion?

GR. Herper: Unter Vorsitzführung der Magistratsdirektion, um es konkret zu machen, weil wir reden ja über die Fachhochschulen immer. Fein, dass ich es der ÖVP genau erklären darf, eine Arbeitsgruppe auf Magistratsebene einzurichten, die durchaus Vorstellungen, Wünsche der Stadt Graz, ihrer Ämter, ihrer Ressorts an die Fachabteilung 16 weiterleitet. Dies kann durchaus in der Zwischenzeit passieren, bevor der Landtag entsprechende Beschlüsse fasst und Zusammensetzungen fixiert auf Landesebene. In diesem Sinne, inhaltlich durchaus große Sympathie, Lisa, aber es ist nicht die Zeit, jetzt Beschlüsse im Gemeinderat zu fassen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 18.15 Uhr den Vorsitz.

GRin. **Rüscher:** Ich werde ein kurzes Schlusswort, aber ich werde mir das Schlusswort jetzt nicht verkneifen können. Was ich hier auch nicht getan habe ist, dass ich dem Regionalmanagement, also Bernd Gassler und seinen Kolleginnen und Kollegen attestiert hätte, dass dort nichts passiert ist. Ich weiß, dass dort viel passiert, dass dort viel Geld abgeholt wird und viele EU-Projekte gemacht werden. Was mich aber wiederum bestätigt hat an dem, was der Bürgermeister zusammengefasst hat, was ich ja gerne hätte ist, dass man da herinnen drüber redet, was im regionalen Management passiert. Wir kriegen im Klub an die 300 Jahresberichte aus allen Ecken und Enden dieser Stadt usw. und ich lese sogar die vierteljährlichen Berichte aus dem Regionalmanagement, aber was die politische Entscheidungsfindung, das ist nicht nachvollziehbar für uns. Dass natürlich einiges getan wird und Projekte umgesetzt werden, ist das eine, aber das andere ist, was passiert dort im Sinne von Diskussion über Kompetenzen zukünftige Region, Regionspolitik und diesen Bereich hätte ich gerne, dass da herinnen regelmäßig das zur Diskussion gestellt wird und darüber diskutiert werden. Kann. An der Verkehrsgeschichte ist dann eh das Beispiel als sehr deutlich gekommen, es gibt anscheinend eben ein Verkehrskonzept, aber irgendwie ist es noch immer nicht fertigzustellen und das ist genau das Problem, mit dem wir immer wieder konfrontiert werden, ob wir jetzt Bürgermeister fragen oder Gemeinderäte in der Region, die teilweise eben nicht nachvollziehen können, wie dort wirklich der Entscheidungsprozess ist. Das hat mir der Bürgermeister eigentlich de facto bestätigt. Dann stellt sich eben die Frage, wenn das nicht dringlich ist, ich denke, das ist sogar höchste Zeit, weil sich eben zeigt, dass die Zusammenarbeit, nachdem immer wieder sie beschworen wird und immer wieder behauptet wird, sie funktioniert nicht und wir trotzdem anscheinend die Strukturen haben oder daran gearbeitet wird, das eben dringlich ist, dass eben etwas weitergeht und deswegen bin ich ja froh, wenn du aufgreifst wenigstens den Vorschlag, dass man in einer Arbeitsgruppe darüber nachdenkt, bevor das Land einen Beschluss fasst, darüber nachdenkt, wie hätte gerne die Stadt Graz und wie würde die Stadt Graz eine Kompetenzenverteilung in einem Regionalforum oder welche Kompetenz würde sie gerne einem Regionalforum zugestehen und wie wäre dort eine demokratischere

Form als jetzt im regionalen Management oder im Regionalforum im Regionalverein, wie das dort zu machen wäre und was die Stadt für Vorstellungen hat, diese Diskussion, wenn das aufgegriffen wird, dann wäre das immerhin schon etwas und die zwei Modelle, die du genannt hast, ich kenne beide, Großraummodell und Kleinraummodell, was wir brauchen, ist ein Zentralraummodell und das ist ein Spezialmodell Graz, und Graz-Umgebung ist ein ganz besonderer Raum und das braucht ein eigenes Modell und das ist leider, auch wenn Leoben eine größere Stadt ist, trotzdem nicht vergleichbar mit dem Großraum in der Obersteiermark und mit den kleinräumigen Gemeinden, die auf einer ähnlichen Augenhöhe miteinander kooperieren und deswegen soll eben genau hier etwas angezogen werden, was bis jetzt noch zu wenig passiert. Und deswegen, wie gesagt, Dringlichkeit wäre gegeben gewesen, weil es ist höchste Zeit, dass was weitergeht, gedacht und geredet ist ja schon viel worden und es gibt ganz viel Papier dazu, und jetzt wäre es einmal sinnvoll, das in die Umsetzung zu bringen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Investor sucht Kommune

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Investor sucht Kommune und möchte in etwas pointierter Form einmal so beschreiben, welche Kommunen werden von welchem Investor und mit welcher Politik gesucht. Was sind so die Merkmale einer Kommunen, die ein Investor, der sich in den letzten Jahren hochspezialisiert auf Innenstadteinkaufscenter auf Suche gemacht hat, was sind so die Merkmale so einer Kommune? Auf alle Fälle sollen es

mittelgroße Städte sein mit möglichst leerer Stadtkasse mit kleinteiliger Handelsstruktur im historischen Stadtgefüge, große Einkaufszentren auf der grünen Wiese in den Umlandgemeinden, dadurch die Verluste von Kaufkraft, Geschäftsschließungen in der Innenstadt, Irritation und Planlosigkeit in der Politik, keine Entwicklung einer Vision, wie man aus so einer Misere herauskommen kann, wie überhaupt das Fehlen einer verantwortungsbewussten und visionären Stadtentwicklung und Stadtbelebung. Eine Kommune also, die schwächelt. Und von diesen Kommunen gibt es in Europa sehr viele, Graz gehört auch dazu.

Die Merkmale dieses Investors, der sich auf Kommunensuche gemacht hat, das ist ein Unternehmen, das keine Grenzen, vor allem nicht Grenzen, die von der Stadtpolitik gegeben werden, akzeptiert, da aufs Ganze geht, ein Unternehmen, dessen unternehmerische Politik nicht eine Schritt- für Schrittpolitik ist, das kompromisslos seine Vorstellungen durchziehen will, das sich nicht einlässt auf Bedenken oder gar Wünsche der Stadtpolitik und schon gar nicht der Wünsche und Bedenken von BewohnerInnen, das immer nur optimistische Daten und Erfolgsberichte über seine Standorte beibringt, das eine eigene Bau- und Planungsabteilung hat, ein Unternehmen, das gewohnt ist, dass Menschen käuflich sind und das auch danach handelt, das Mega-Center in die Innenstädte setzt und das immer dasselbe verspricht: nämlich durch ein überdimensioniertes Einkaufszentrum in der Stadt die Innenstadtwirtschaft zu stärken, die City zu beleben und weiter entferntes Kundenpotenzial zu erschließen. Und das supertolle Hochglanzbroschüren verteilt, die seinen Erfolg durch Europas Städte eindrucksvoll darstellen sollen.

Die Politik eher gekennzeichnet dadurch, dass sie dem Investor ziemlich bedenkliche Wettbewerbsvorteile verschafft, besonders hinsichtlich des Standortes. Sie ermöglicht den Standort auch dann, wenn übergeordnete Interessen wie die Wahrung der Gesundheit und Sicherheit von BürgerInnen in keiner Weise mehr gewährleistet werden können. Sie ermöglicht, dass zwischenliegende Straßen überbaut oder unterbrochen werden, weil sie der Größenvorstellung des Investors im Wege stehen. Sie verzichtet auf einen städtebaulichen Wettbewerb, sogar die Fassadengestaltung bleibt allein dem Ermessen des Investors vorbehalten.

Sie ermöglicht eine Unzahl an Parkplätzen, wobei der Weg ins Freie unbedingt durch den Einkaufstempel führen muss. Sie versichert auch der Öffentlichkeit, dass durch das Mega-Einkaufszentrum die Innenstadt eine Belebung erfahren wird, die die Wirtschaftskraft stärken und Arbeitsplätze schaffen wird und sie schafft Instrumente, nämlich die Politik, wie zum Beispiel im Grazer Fall das Grazer Modell, das sie dann selbst außer Kraft setzt beziehungsweise gar nicht erst einsetzt, bei so wichtigen Entscheidungen wie, ob ich ein Großeinkaufszentrum zulasse oder nicht.

Die Politik vereinbart Stillschweigen unter den Eingeweihten. Und sollte es Unbelehrbare in anderen Parteien oder in der Öffentlichkeit geben, die all das nicht glauben und hinnehmen wollen, was ihnen der Investor so vorgaukelt und vorerzählt, dann gibt es das altbewährte Mittel der Diskreditierung dieser Unbelehrbaren.

Liebe KollegInnen und Kollegen, was ich sicherlich nicht erschöpfend genug und auch zugegebenermaßen so ganz auf die Situation von Graz zugeschnitten dargestellt habe, denn ich hoffe, bei uns läuft in Graz manches doch anders als in anderen Städten, aber das, was ich berichtet habe, ist Realität in vielen europäischen Städten. Der Investor gewinnt durch eine solche Politik, der demokratische öffentliche Diskurs verliert. Gesetze werden unterlaufen, außer Kraft gesetzt und Bedenken der Öffentlichkeit unter den Tisch gefegt. Und für alle jene Kolleginnen und Kollegen, die sich mehr damit beschäftigen wollen, wie das so läuft in den europäischen Städten mit Innenstadteinkaufszentrum, hat mir der Karl-Heinz Herper heuer im Sommer ein Buch geborgt und ich kann es jedem nur wirklich wärmstens empfehlen. Es ist kein Buch, das die Vereinigte Linke geschrieben hat, sondern ein Buch, das heißt „Angriff auf die City“ von sehr, sehr seriösen Städteplanern, Architekten, Ökonomen, also kann ich empfehlen und sollte wirklich gelesen werden, damit man weiß, auf was man sich einlässt.

Ja, die Städte mit ihre historisch gewachsenen Gefügen stehen vor unübersehbaren wirtschaftlichen Problemen und die Frage ist für uns alle, welche Konzepte oder Vorstellungen von Stadtentwicklung zeigen für die Kommune glaubwürdige und attraktive Lösungen auf?

Graz gehört zu jenen Städten, die seit Jahren und in letzter Zeit verstärkt mit Kaufkraftabfluss, wir werden immer wieder darauf hingewiesen, leerstehenden Geschäftsflächen und verunsicherten Handelstreibenden konfrontiert ist, wir brauchen nur die Annenstraße uns vor Augen halten. Und aus dem letzten Bericht

des Handelsmarketing steht, dass die Geschäftsflächen der Inneren Stadt in Graz 2005 ungefähr 67.000 m² ausgemacht haben und sie wissen, dass das ECE eine Fläche von 60.000 m² verbauen wird. Also, wir müssen uns das überlegen, wenn ECE damit argumentiert, die Innenstadt zu beleben, weil so viele Menschen, die ins ECE kommen, dann selbstverständlich weiterwandern in die Innenstadt und dort die Handelstreibenden heimsuchen oder aufsuchen werden, das kann nicht funktionieren. Aber wir werden darüber noch einige Male diskutieren. Ob nun das ECE tatsächlich die erfolgversprechende Lösung ist? Vielleicht ist sie das, vielleicht ist sie das aber auch nicht! Und wir sollen uns die Option offen lassen, auch darüber nachzudenken, wenn ECE nicht die Lösung ist, was ist dann die Lösung? Einfach gestrickte Antworten auf ein hochkomplexes Problemfeld hat immer noch, oder meistens noch, den Kern des Problems ignoriert.

Die Erfahrungen anderer Städte, und hier sind ganz viele Beispiele deutscher Städte, wo ECE versucht hat, den Fuß hineinzusetzen, die Erfahrungen andere Städte, die sich auf ein Innenstadt-Einkaufszentrum eingelassen haben, weisen eher in die letzte Richtung, nämlich, dass Großeinkaufszentren in den Citys nicht die Lösung sind. Sie brauchen auch nur nach Klagenfurt schauen, seit zwei Jahren gibt es dort das ECE-Einkaufszentrum und viele Geschäfte haben in der Zwischenzeit in Klagenfurt zugesperrt. Denn den lebendigen Austausch, der uns versprochen wird auch in Hochglanzbroschüren von ECE zwischen Einzelhandel in der Shopping-City, den gibt es nicht. Und den kann es auch nicht geben, denn was heißt denn das, wenn ein Einkaufszentrum sich in der Innenstadt ansiedeln möchte, es ist Ausdruck eines enormen Konzentrationsprozesses, eines Verdrängungsprozesses und immer noch ist dann für den Shoppingcenter-Betreiber der eigene Profit wichtiger als die Kasse der anderen kleinen Geschäfte hier in Graz. Die Auswirkungen sind ja dann nicht nur die, dass Geschäfte zusperren, sondern das hat auch enorme Auswirkungen auf unsere Altstadt und dessen müssen wir uns bewusst sein.

Was unseren Diskurs auch so schwierig macht, ist die Tatsache, dass wir in Graz auf kein geeignetes Datenmaterial diesbezüglich zugreifen können, hat sich doch die Planungsabteilung beziehungsweise die Abteilung für Wirtschaft, Tourismus und Sport bis jetzt nicht durchringen können, eine wirtschaftliche Verträglichkeitsprüfung in Auftrag zu geben und das schiene mir aber wohl einer der wichtigsten Beiträge, denn Hand aufs Herz, wie viele von Ihnen haben schon die Zeit, sich intensiv jetzt mit

dieser Materie auseinanderzusetzen? Und wir sollen aber in absetzbarer Zeit mit unserer Handhebung den Bebauungsplan beschließen oder auch nicht. Und ich denke, dass es da schon wichtig wäre, dass wir hier seriöse Zahlen haben, verträgt die Stadt, verträgt unsere Stadt ein Einkaufszentrum in dieser Größenordnung und wenn nicht, wie sollte so ein Einkaufszentrum sein, das diese Stadt auch wirklich sozusagen belebt, wie uns immer wieder gesagt wird. Also, ich denke, wir sollten hier uns noch Zeit lassen, um wirklich zu jenen Aussagen zu kommen, die wir dringend für unser Votum brauchen. Und darum bitte ich und darum schneide ich dieses Thema auch immer wieder an, denn nur ein solches Gutachten eines unabhängigen Instituts kann unsere Entscheidungsgrundlage sein.

Daher appelliere ich an die verantwortlichen Stadträte, sich von ECE nicht unter zeitlichen Druck setzen zu lassen und ich weiß das auch von Stadtrat Rüschi, dass hier gerade in den letzten Monaten sehr viel, wie soll ich sagen, dass es nicht falsch überkommt, sehr viel auszuhalten war, denn natürlich will der Investor so schnell wie möglich seine Pläne über die Runden kriegen, über den Tisch kriegen. Natürlich und hier hat sich aber auch eine neue Qualität sozusagen eingespielt, ja Investor, aber zuerst sind noch andere Dinge zu erledigen.

Ebenso möchte ich diesbezüglich in aller gebotenen Kürze noch die aktuelle Planung der Nahverkehrs-drehscheibe Bahnhof ansprechen. Ich denke, dass es wichtig ist, dass Investoren bei so großen Verkehrsbauvorhaben durchaus finanziell herangeholt werden sollen. Wir haben das beim langen 4-er, Spar hat hier durchaus mitgezogen und in die Tasche gegriffen. Ich halte das durchaus für eine überlegenswerte Sache, sagen wir einmal so. Aber ich würde das auf keinen Fall jetzt sozusagen vor der Baugenehmigung, denn wir wissen ja gar nicht, wie wir noch entschieden werden, vor der Baugenehmigung an ECE herantreten, zu sagen, seid ihr bereit fünf oder acht Millionen zu zahlen, wenn dann ECE sagt, ja, wir sind bereit, Kolleginnen und Kollegen, wie werden wir dann bitte hier abstimmen? Schaffen wir es, einen großzügigen Mäzen dann vor den Kopf zu stoßen und ich sage das deswegen, nicht weil ich an Ihrer Seriosität zweifle, aber da entstehen Zwänge, denen man dann ausgesetzt ist und die man so locker nicht abbeuteln kann. Das wäre mir ein wichtiges Anliegen und daher stelle ich im Sinne meines Motivenberichtes und namens meiner Fraktion folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen,

1. die zuständigen Stellen werden beauftragt an die Wirtschaftskammer heranzutreten, sie möge ein Verträglichkeitsgutachten für das geplante Einkaufszentrum erstellen, das
 - die für eine Prognose relevanten Eingangsgrößen wie zum Beispiel Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, Einzugsbereiche, Abschöpfungsquoten usw. realistisch ansetzt,
 - ein Verträglichkeitsgutachten, das auch eine „Worst-Case-Betrachtung“ aus wirtschaftlicher Sicht liefert, also was passiert, wenn nicht und
 - die absehbaren ökonomischen Folgen möglichst genau darstellt,
2. bezüglich einer finanziellen Unterstützung des Projektes Nahverkehrsdrehscheibe Bahnhof tritt die Stadt frühestens an ECE heran, nachdem der entsprechende Bebauungsplan im Gemeinderat beschlossen wurde,
3. die in Vorbereitung befindliche, privatrechtliche Vereinbarung zwischen ECE und der Stadt Graz wird dem Gemeinderat noch vor Unterzeichnung durch die VertragspartnerInnen zur Diskussion vorgelegt.

Ich bitte Sie um Unterstützung (*Applaus Grüne*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrte Frau Klubobfrau, ich nehme eines vorweg, wir können der Dringlichkeit dieses Antrages nicht zustimmen, wir können die Dringlichkeit nur ablehnen und das wohlgerne aus sachlichen Gründen. Ich werde dabei aber nicht auf einzelne Formulierungen des Motivenberichts eingehen, ich sage es sogar in aller Deutlichkeit, sie strotzen teilweise vor soviel Nichtfachwissen, dass es sie nicht wert sind, dass ich darauf eingehe, das sage ich nicht oft (*Applaus ÖVP*). Ich wähle solche Formulierungen ganz sicher nicht oft, weil ich auch Ihre Arbeit nicht gering schätzen möchte in der Recherche, aber da sind so viele Dinge

drinnen, die einfach so haltlos sind, ich möchte gar kein Wort mehr drüber verlieren (*Applaus ÖVP*). Faktum ist nämlich, dass selbstverständlich ausreichend Daten vorliegen, selbstverständlich ausreichend Daten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadt, aber auch für die Politik unserer Stadt, aber auch für potentielle Investoren, die vielleicht in unsere Stadt investieren möchten. Es gibt Antworten auf die formulierten Fragen, vielleicht nicht auf alle ganz konkret, aber auf die meisten relevanten Fragen, die jemanden, der damit zu tun hat, interessieren könnten. Du, liebe Frau Klubobfrau, verwendest in diesem Zusammenhang Begriffe wie Verträglichkeitsgutachten, willst Prognosen über Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, über Einzugsbereiche, Abschöpfungsquoten und Flächenproduktivitäten, diese Daten liegen vor. Man muss sich nur die Mühe machen, vorhandene Unterlagen einmal zu sichten und sie dann auch durchzulesen. Ich weiß, dass dir diese Einzelhandelsstrukturanalyse von GMA irgendwie nicht passt, du behauptest auch immer, dass das ein Tochterunternehmen von ECE ist, das stimmt schlichtweg nicht, auch wenn du es immer wieder sagst, diese Firma GMA gehört dem Wüstenrotfonds. Und der Wüstenrotfonds gehört nicht der ECE. Dort gibt es Beiräte, die dort beigezogen werden, aber diese Beiräte bestehen aus allen großen Projektentwicklern, das heißt, nicht nur ECE, die hören sich das an. Wüstenrotfond hat es zur Aufgabe gemacht, Marktforschung zu betreiben, aber die Behauptung, dass de facto ECE Auftraggeber dieser Analyse für Graz ist, ist schlichtweg falsch, also ich kann es nicht recherchieren, wenn du es kannst, dann möchte ich dich bitten, dass du das einmal auch sagst, beweist, belegst und nicht nur behauptest, ich behaupte das Gegenteil, ja (*Applaus ÖVP*). Und diese Analyse wurde allen Klubs und auch jedem einzelnen Gemeinderat und Gemeinderätin im Februar des Vorjahres zur Verfügung gestellt, jetzt kann ich annehmen, du hast es nicht bekommen oder, ich gehe davon aus, du hast es bekommen, du hast es nicht gelesen. Nachdem du erfreulicherweise Zeit hast zu lesen und du hast auch dieses Buch gelesen und da heraus sind ja auch viele dieser Behauptungen und In-Raum-Stellungen, Karl-Heinz Herper hat dir ein Buch gegeben, du hast es gelesen, ich bitte dich, lies auch immer diese Analyse. Da würden wir uns die eine oder andere Debatte und vor allem die eine oder andere Auseinandersetzung über Sachverhalte, die schlichtweg nicht stimmen, ersparen in diesem Haus. Zweitens, gestern hat der Herr Bürgermeister im Rahmen einer Arbeitssitzung der Stadtregierung auch die Fraktionen der FPÖ und der Grünen eingeladen, wo unter anderem auch das Thema

ECE, letzter Stand, vor allem verkehrstechnischer Stand präsentiert wurde, eingehend präsentiert wurde und diskutiert wurde. Man konnte dort Fragen stellen, wie geht es weiter, wie ist es mit Zuzahlungen etc. Gut, es kann ja auch nicht uns zum Vorwurf gemacht werden, wenn du dort nicht anwesend bist, mach es uns auch nicht zum Vorwurf, dass du dann einen gewissen Wissensstand hast, der halt nicht am letzten Stand ist, es tut mir einfach leid, ich muss das sagen. Und es würde jeder Verhandlungsstrategie widersprechen, die in deinem Punkt zweitens formulierte Vorgangsweise zu wählen, das ist keine Strategie, mehr sage ich dazu nicht zum Antrag, aber ich sage sehr wohl was aus ganz persönlicher Sicht noch zu deinem Motivenbericht. Es ist für mich unbestritten wichtig und richtig, dass die ganz kleinen Projekte und auch die ganz großen Projekte in unserer Stadt sehr kritisch und, wohlgemerkt, gesetzeskonform geprüft werden auf Herz und Nieren. Jede Kritik soll, und ich glaube, es muss auch so sein, sachlich ausfallen und nicht an die Grenzen von untragbaren, aus meiner Sicht unhaltbaren Anschuldigungen stammen und leider ist es wieder einmal so bei einem deiner Anträge, dass diese Grenzen aus meiner Sicht überschritten werden. Die Wortwahl, der du dich, sehr geehrte Frau Klubobfrau, zum wiederholten Male bedienst, ist für mich ein gefährliches Instrument, ich sage es in dieser Deutlichkeit. Mutmaßungen, Unterstellungen, nachweisbar, ich kann es dir nachweisen, unrichtige Behauptungen soweit das Auge reicht (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Das kann ich gut machen, kein Problem. Da gibt es unterschwellige Vorwürfe, was da alles wer macht oder nicht macht und was mir schon auffällt, da ist ein wenig vertieftes, aber sehr viel oberflächliches Fachwissen, das du uns so hinknallst, als wenn das das letzte Gebot wäre, das ist schlichtweg nicht so (*Applaus ÖVP*). Und jetzt sage ich, und nicht weil Wahlkampf ist, wie ich gestern um 22.00 Uhr diesen Antrag gelesen habe, habe ich mich wirklich geärgert, das erste Mal geärgert, wie man das schafft, vom ersten Punkt an bis zum letzten

Punkt nur polemisieren, schlecht machen. Die Lisa Rücker hat heute, glaube ich, nicht zu Unrecht schon am Nachmittag einmal gesagt, irgendwie dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir als Politiker, als jeder Einzelne oder als Kollektiv so dastehen, wie wir dastehen, hat sie Recht und sie hat auch vor wenigen Minuten noch gesagt, sie kehrt jetzt zurück einmal zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit einem Fachthema und will die Polemik einmal auf der Seite lassen, da hat sie auch Recht und ich bin der Letzte, der das nicht versteht, dass man hie und da einmal einen kleinen Schlenkerer macht, das gehört auch dazu, das ist auch die Würze der Politik, aber wenn ein Antrag von der ersten Zeile bis zur letzten Zeile nur von Schlenkerern strotzt, dann habe ich eigentlich einmal das Gefühl, jetzt haben wir eine Grenze überschritten und für mich hast du mit diesem Antrag eine Grenze überschritten. Weil, wenn es einmal so ist, dass man de facto jeden Mitarbeiter dieser Stadt, sei es externer Sachverständiger und Gutachter, seien es die Damen und Herren der Politik, unserer Kollegen und Kolleginnen in den Bereich, der wenig Widerstandsfähigkeit zeigt, einreicht, dass wir keinen Druck mehr aushalten von irgendeinem internationalen Investor, dass es da hingehet ein bisschen in Rechtsbeugung, dass es ein bisschen dorthin geht, korruptionsanfällig ist der eine oder andere auch, dann sind das alles Dinge, die ich wirklich einfach für meine Mitarbeiter, für die Mitarbeiter dieser Stadt, aber auch für die Politik einfach so nicht hinnehmen kann (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GRin. Binder: Woher hast du das?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Es ist ja nicht ungeschickt gemacht, du fängst ja an, in anderen europäischen Städten ist es so, aber du kommst immer wieder zur Stadt Graz zurück. Dann im ersten Absatz habe ich in Erinnerung, die Stadt Graz schwächelt ja auch, wo schwächelt die Stadt Graz, wir haben Unternehmenshöchststand, wir haben Mitarbeiterhöchststand, frag den Wolfgang Riedler, ob jemals diese Stadt soviel Einnahmen an Kommunalsteuern hatte, wo schwächeln wir? Aber unsere Stadt einfach in jeder Beziehung, wenn es irgendwie

geht und politisch opportun erscheint, schlecht zu machen, ist nicht die Form der Politik, die ich verstehe (*Applaus ÖVP*) und wenn dein Motto, und wohlgemerkt, deines persönlich, da nehme ich die Grüne Fraktion heraus, da höre ich auch andere Anträge, die wirklich mit fachlichen, sachlichen Dingen zu tun haben, dein Antrag heute ist ein ganz ein anderer, das Motto für dich scheint zu lauten, Verleumdung musst du frech betreiben, es wird schon was haften bleiben, dann sage ich, bitte überdenke deine Art der Politik, ich lasse unsere Mitarbeiter, aber auch meine Kolleginnen und Kollegen in der Politik nicht mit so einem Antrag so schlecht machen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Krampl**: Ich weiß nicht, wer das jetzt gesagt hat, es ist eigentlich schon alles gesagt worden. Also meines Erachtens ist sehr viel gesagt worden und eigentlich kann ich, sage ich jetzt einmal persönlich, und auch was die SPÖ anbelangt viele, viele, viele Sachen von Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg unterstreichen. Erstens, ich habe mich auch fürchterlich geärgert, wie ich diesen Antrag gelesen habe, ich habe mich fürchterlich geärgert über die Formulierungen, über die Verallgemeinerungen und ich habe mich fürchterlich geärgert, dass du dich, Sigi, nicht einfach herstellst und sagst, ich bin gegen dieses Einkaufszentrum, ich will das nicht haben, mir ist lieber, es bleibt alles wie es ist, ich will es einfach nicht. Aber hinstellen und so zu tun, als ob es die große Chance wäre, als ob du Verträglichkeitsprüfungen machen möchtest, gewisse Unterlagen noch mehr zur Verfügung haben möchtest, damit du dich nachher erst entscheiden kannst, so auf die Art, bist du jetzt dafür oder bist du dagegen, das halte ich einfach für eine ganz unfaire Vorgangsweise. Aber jetzt einmal konkret zu deinen Punkten, das möchte ich jetzt auch gesagt haben: Wir stimmen, das ist wahrscheinlich eh schon klar geworden, weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt des Antrages zu, weil erstens gehen teilweise unsere Forderungen in eine andere Richtung als deine, wenn du zum Beispiel davon sprichst, dass mit der ECE erst nach Beschlussfassung des Bebauungsplans über etwaige Zuzahlungen geredet werden soll, dann sind wir anderer Auffassung. Wir wollen, dass vorher darüber geredet wird und eines kann ich dir auch sagen, hätten wir verlangt, dass zuerst der Bebauungsplan beschlossen wird und dann nachher drüber geredet, hättest du genau das Gegenteil verlangt, das ist einmal das eine (*Applaus*

SPÖ). Der zweite Punkt, also dein Punkt drei im Antrag, die privatrechtliche Vereinbarung zwischen ECE und der Stadt Graz soll dem Gemeinderat noch vor Unterzeichnung zur Diskussion vorgelegt werden, auch das ist gestern in der bereits angesprochenen Regierungssitzung, wo du ja nicht anwesend warst, behandelt worden und liegt mir auch in schriftlicher Form vor. Und nun aber zum wirklich Wesentlichen. Deine Forderung, du ersuchst beziehungsweise du hättest gerne eine Bedarfsprüfung, eine Verträglichkeitsprüfung. Welche Verträglichkeitsprüfung meinst du, die Umweltverträglichkeitsprüfung kannst du nämlich nicht meinen, weil die wird gemacht werden, die Wirtschaftlichkeitsverträglichkeitsprüfung, die hat es früher gegeben, die sogenannte Bedarfsprüfung, die hat es früher gegeben im Gewerbebereich, seit 20 Jahren gibt es sie nicht mehr, sie wurde eliminiert, warum, weil es eine Unternehmensfreiheit gibt, weil es eine Gewerbefreiheit gibt und weil es einem Unternehmen frei steht (Applaus SPÖ), ein Unternehmen aufzumachen, wenn er es für richtig hält. Und genauso ist es legitim, dass ein Unternehmen, ich zitiere dich jetzt, eine eigene Bau- und Planungsabteilung hat, die ein Einkaufszentrum in der Innenstadt, und ist es auch ein Megacentrum, setzen möchte und die darf auch supertolle Hochglanzbroschüren verteilen. Das ist ihr Recht und außerdem ist die Bedarfsprüfung auch aus dem Raumordnungsrecht eliminiert worden und das schon seit Mitte der 80er-Jahre. Liebe Sigi, ich verstehe dich wirklich nicht, ich verstehe überhaupt nicht die Grünen. Es geht euch nicht um Information, es geht euch um Verhinderung. Früher waren eure Forderungen, und an das kann ich mich erinnern, kein Einkaufszentrum auf der grünen Wiese, jetzt haben wir ein Einkaufszentrum am Schnittpunkt, im Herzen des öffentlichen Verkehrs, wir haben eine Verkehrslösung beziehungsweise wir sind so nahe dran an einer supertollen Verkehrslösung, die weit über dieses Einkaufszentrum hinausgehen würde, jetzt müsst ihr wieder einen anderen Grund suchen, um das zu verhindern, jetzt ist es eben diese sogenannte Bedarfsprüfung oder was auch immer hier herbeigezaubert wird, weil eben das Thema Verkehr quasi jetzt vom Tisch ist. Ich halte da hier sicherlich kein Plädoyer auf ECE, uns ist ein Miteinander, ein Nebeneinander von Wirtschaft und Menschen wichtig. Ich erinnere daran, dass dieser Antrag, der heute sozusagen in einem Projektbeschluss für die Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof mündet, dass der von unserem Gemeinderat Günter Getzinger gestellt wurde und ich bin dankbar, dass ECE, ob es jetzt kommt oder nicht, wir haben das alle noch nicht beschlossen, wir werden uns alle sehr genau überlegen, ja oder nein, aber der Impulsgeber oder

der ausschlaggebende Faktor für diesen heutigen Antrag war nicht zuletzt auch das ECE. Womit ich mich oder wogegen ich mich besonders wehre, es ist einfach deine Art, die du zwischendurch eigentlich abgelegt hast, aber heute wieder sehr unangenehm praktiziert hast, ist es, Feindbilder aufzubauen und einfach allein dieses Wort Investor, allein wie du Wort Investor sagst, ist das schon fast ein Schimpfwort und das kann ich eigentlich nicht nachvollziehen (*Applaus SPÖ*). Und einen Satz noch, wenn du sagst, brauchen wir das ECE, Sigi, das könnte ich bei jedem Geschäft fragen, brauchen wir das, brauchen wir, ich hoffe die Werbung ist da jetzt erlaubt oder Antiwerbung, das Pitarello in der Kärntner Straße, wenn wir den Stiefelkönig in der Herrengasse haben, jeder der dort vielleicht seine Schuhe kauft, kauft sie nicht in der Innenstadt, brauchen wir einen zweiten Schuster, es wird nicht jedem alles passen und wir sollen kontroversiell diskutieren, aber diese Art, wie man hier mit Investoren umgeht, da muss ich echt sagen, ich geniere mich fast, in einer Stadt wie Graz zu leben, wo Politiker sich hinstellen und solche Unterstellungen gegen Investoren vorbringen, aber auch gegen damit befasste Beamte und Politiker, Vorwürfe unterschwellig und teilweise auch offen und ich wundere mich, dass du dich traust, ehrlich gesagt, dieses hier so zur Schau zu bieten (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat! Zur Vorrednerin möchte ich sagen, ich geniere mich nicht in Graz zu wohnen, ich bin gerne in Graz da, was mir eher peinlich ist, aber das ist eh kein Geheimnis, sind die Anträge, die mehrmaligen Anträge der Kollegin Binder, weil es gelingt wieder einmal einen Investor und das Ganze erinnert mich ein bisschen, die Kollegin Binder hat scheinbar zu viel Harry Potter gelesen oder was, weil das Ganze erinnert mich so ein bisschen an ein Gruselmärchen, wo man eben immer so ein bisschen vermischt Reales mit Utopie. Kollegin Binder will es wieder schaffen, dass wir endlich einen Investor, und man muss ja stolz sein und muss ja froh sein, wenn sich jemand herstellt und doch ein relativ großes Projekt versucht auf die Beine zu bringen, wieder einen Investor so lange hinauszuzögern, dass der dann von sich aus das Handtuch wirft und dann wieder einmal sagt, danke vielmals, mit Graz will ich nichts zu tun haben. Für uns ist es unverständlich, auf der einen Seite wird immer wieder, auch von den Grünen, immer gejammert, in der Stadt geht nichts weiter, in der Stadt

bringt man nichts weiter und dann stellt sich jemand her, eine Firma, und wie gesagt, das ist ja auch mehrmals in diesem Antrag von der Kollegin Binder, steht ja auch oft drinnen, in den Hochglanzbroschüren, wobei wäre es vielleicht anders gewesen, wenn sie es auf Umweltpapier gedruckt hätten, vielleicht hätte es dann der Kollegin Binder besser gefallen, aber für uns ist es eben unverständlich, dass man da jemanden, der eben den Mut aufbringt, und immerhin ist es ja doch auch für die Firma, die diese Investor, wie sie ihn immer bezeichnen, der ja doch relativ viel Geld in die Hand nimmt, da oben am Bahnhof was versucht zu machen und den wieder, den madig zu machen beziehungsweise auch das Projekt soweit madig zu machen, dass der, wie gesagt, bald das Handtuch werfen wird. Und, wie gesagt, wir würden eher einer Dringlichkeit zustimmen, dass bald dieses Projekt gebaut wird, weil, wie gesagt, glaube ich, jeder der einmal geht von der Herrengasse über die Brücke durch die Annenstraße sieht oder kann, glaube ich, mit offenen Augen sehen, wie wichtig es ist, dass oben am Bahnhof ein zweiter Schwerpunkt gebaut wird, weil man eben aus dem hofft, dass es eben dann doch zu einem Zuzug kommt eben von der Innenstadt hinauf zum Bahnhof und das über die Annenstraße, und die Annenstraße benötigt es sehr, weil gerade diese Straße ist ja gerade daran zu kippen und zu veröden. In dem Fall werden wir weder dem Inhalt noch der Dringlichkeit zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Schmalhardt:** Liebe Sigi, wir können dem dringlichen Antrag bei der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil wir glauben, dass die Beamtenschaft von Graz und auch die Politik in dieser heiklen Frage ECE, Verkehrslösung, wie wir in der gestrigen Stadtregerungssitzung Informationen bekommen haben, auf einem guten Weg ist und ich bin zuversichtlich, dass dieses Projekt wirklich sehr kritisch geprüft wird und sollte es zu diesen angedachten Lösungen kommen, sind wir natürlich sehr froh, wenn wir am Eggenberger Gürtel endlich die Verkehrslösung bekommen (*Applaus KPÖ*). Und ich glaube, dass deine drei Punkte, die du in dem Antrag forderst, bereits erledigt werden, bei der Erledigung. Die Beamtenschaft, der Planer der Verkehrslösung, Dipl.-Ing. Masetti, hat uns wirklich ein hervorragendes Projekt gestern präsentiert. Stadtrat Rüschi hat uns den Verhandlungsgang mit dem vielleicht zukünftigen Investor glaubhaft geschildert, also ich glaube, wir sollten jetzt nicht

wieder die Beamtenschaft mit zusätzlichen Aufgaben belasten, sondern einmal das Ergebnis, das hoffe ich, bald für uns am Tisch liegen wird, dann ernsthaft diskutieren und nicht wieder mit zusätzlichen Anträgen Unruhe in die Beamtenschaft und in die Politik bringen. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.55 Uhr den Vorsitz.

GRin. **Binder:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe genau damit gerechnet. Genau mit diesem Donner und bin trotzdem etwas überrascht und zwar vom Herrn Stadtrat Eisel-Eiselsberg, der im Grund genommen inhaltlich überhaupt nichts gesagt hat, er hat genau das Mittel angewandt, von dem ich gesagt habe, was mit unliebsamen Geistern nämlich passiert, du hast versucht, mich lächerlich zu machen, du hast versucht, mich als oberflächlich hinzustellen, das ist nicht das erste Mal, du hast mit Zynismus reagiert und nicht mit Inhalt reagiert, das sind doch wohl einfache Mittel und du machst es dir auch sehr einfach, du bist eigentlich der Stadtrat für Wirtschaft, Tourismus und Sport und ich hätte eigentlich mir von dir erwartet, dass du dich gestärkt fühlen würdest, wenn ich sage, und da komme ich gleich zu dir, Sepp Schmalhardt, Klubobmann von der KPÖ, da komme ich auch zu dir, nämlich ich habe von der Beamtenschaft überhaupt nicht geredet, was ich anspreche, und das sind Unterstellungen von euch, was ich anspreche ist, dass wir eigentlich ein Datenmaterial brauchen noch, um eine seriöse Entscheidung treffen zu können und da spreche ich nicht davon, dass das unsere Beamten zu machen haben, sondern ich sage zu dir zum Beispiel, treten wir an die Wirtschaftskammer heran, denn, und das werden vielleicht auch nicht alle wissen, das Wirtschaftsparlament hat vor einem Jahr oder vor eineinhalb Jahren, das kann ich jetzt nicht so genau sagen, einen Beschluss gefasst, dass sie sich das sehr genau anschauen wollen. Also ich glaube, da hätten wir einen Bündnispartner gehabt, aber natürlich, wenn da kein Interesse ist, dann muss man natürlich schon schauen, wie man jene, die jetzt etwas vertritt, was nicht die Allgemeinheit hier vertritt, wie man die möglichst unter der Gürtellinie treffen kann, das kannst du exzellent, Detlev Eisel-Eiselsberg, dafür kriegst du einen

Orden. Mir zu unterstellen, dass ich die Dinge nicht lese, von denen ich dann auch zu sprechen pflege, das kann ich dir nicht verbieten. Aber ich halte es für starken Tobak jemanden so niedermachen zu wollen, wie du das tust. Das ist eine Ebene, der ich nicht folgen will. Noch einmal, hier in diesem ganzen Text, ich weiß nicht, wer ihn gelesen hat, ist kein einziger Vorwurf an die Beamtenschaft, kein einziger, denn wir Politiker haben nämlich die Verantwortung für alles und es richtet sich an uns und ich bin überrascht, aber vielleicht ist es so, dass für euch alles, was bis jetzt vorliegt, genügt für eure Entscheidung, dann nehme ich es auf mich zu sagen, für mich genügt es nicht, wahrscheinlich brauche ich länger als ihr, um etwas zu begreifen, das mag sein, das mag durchaus sein, das nehme ich auch an.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich unverständlich.

GRin. **Binder:** Aber ich glaube, Sie nehmen doch einen ziemlich hohen Posten künftig ein, wenn Sie mit Ihren Beamten auch so umgehen wie jetzt zu mir und zu mir dann sagen, und tschüss, ich glaube das ist kein gutes Standing, Herr Frölich.

Zwischenruf GRin. Potzinger: Wenn du mit deinen Schülern so redest, wie du mit uns...

Zwischenruf GRin. Gesek: Arme Schüler.

GRin. **Binder**: Dann möchte ich noch eingehen auf dich, Dagmar, ich glaube, unser Fehler ist schon passiert bei den ersten Abstimmungen, ich will, das ECE nicht a priori verhindern, ich schreibe auch hier herinnen, wenn sie Kritik interpretieren als Verhinderung, dann trennen uns Welten.

Zwischenruf GR. Dr. Spielberger: Macht ja nichts.

GRin. **Binder**: Denn, Dagmar, ich schreibe, vielleicht ist das ECE die Antwort, ich weiß es nicht, vielleicht ist es das aber auch nicht. Ich sage nicht a priori, weil ich es unbedingt so will, es darf dort kein ECE kommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbst das Verkehrsgutachten schließt in der Conclusio extrem kritisch und sagt, im Grund genommen sollen wir Politikerinnen und Politiker uns klar sein, dass wir dort für das ECE und die Menschen, die dort leben, nicht die optimale Lösung finden, das habe ich nicht bitte gesagt...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Also, ab nach Seiersberg.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Viele, viele Kilometer nach Seiersberg.

GRin. **Binder**: ...sondern das steht in der Conclusio der Studie, die uns vorgelegt worden ist. Ich erlaube mir dennoch und werde es immer wieder machen, auch wenn es der Detlev Eisel-Eiselsberg nicht hören kann und viele andere auch, ich erlaube mir, weiterhin auch queredenken hier herinnen, auch wenn Sie das nicht nachvollziehen können, dafür bin ich ja auch nicht da, dass Sie das nachvollziehen

können, auch wenn es manchmal nicht schlecht wäre, auch einmal einen kritischen Dialog mit Ihnen führen zu könne, ohne dass Sie mir nicht unter die Gürtellinie hauen. Ich glaube, Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg, Ihre Wortmeldung hat mehr über Sie ausgesagt als über mich (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Stadtplanung/Reininghausgründe

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Ja, Kolleginnen und Kollegen! Sie haben wieder Möglichkeit, mir jetzt in ähnlicher Weise zu begegnen, wir werden ja sehen. Es geht um die Reininghausgründe, Sie wissen, ein Investor und das will ich nicht als Beleidigung aufgegriffen wissen, Investor ist Investor und ich weiß nicht, wie ich es sagen soll, dass Sie oder du, Dagmar, das nicht als Beschimpfung aufnimmst. Investor, ich weiß nicht, wie ich es sagen soll, wie soll ich es betonen, damit das nicht negativ überkommt?

Zwischenruf GRin. Krampl: Sigi, bei dir ist es schon egal.

GRin. **Binder**: Es gibt, Asset One, den Investor,...

Zwischenruf GRin. Krampl: Es gibt ja die guten und die bösen Investoren.

GRin. **Binder**: ...Reininghausgründe, ein riesiges Areal, ungefähr so groß wie die gesamte Altstadt, eine Chance für uns alle, weil dort was passiert, womit wir uns alle eigentlich gut identifizieren können, und nicht das erste Mal machen wir Grüne und mache ich darauf aufmerksam, dass im Westen von Graz, also in Eggenberg, auf dem Gelände der ehemaligen Brauerei Reininghaus eines der interessantesten und bedeutendsten Stadtentwicklungsprojekte Österreichs in Vorbereitung ist. Auf einer Fläche von fast 54 Hektar soll ein neuer Stadtteil entwickelt werden. Die InvestorInnengruppe nähert sich dieser Entwicklung auf einer sehr qualitätvollen und qualitätsorientierten Weise. Sie kennen wahrscheinlich alle das Buch, das herausgegeben wurde, es wurden viele Gespräche geführt zwischen dem Investor und Menschen aus unserer Stadt. Und dennoch gibt es etwas, was mich dabei irritiert.

Die Entwicklung des neuen Stadtteils auf den Reininghausgründen – und hoffentlich auch den angrenzenden Gebieten, zum Beispiel der Hummelkaserne, das hoffe ich sehr, dass man das als eine Einheit sieht - wird starke wirtschaftliche, räumliche und soziale Auswirkungen auf die Bezirke Eggenberg und Wetzelsdorf, aber natürlich auch auf den Innenstadtkern, haben. Wir werden mit einem Anstieg des Verkehrsaufkommens konfrontiert sein und wenn sich die Stadt nicht rechtzeitig um geeignete öffentliche Verbindungen bemüht, wird es Kfz-Verkehr sein, den dieser Stadtteil nicht in der Lage sein wird zu tragen. Auch Fragen nach der zukünftigen Wohnbevölkerung oder der Sparte der anzusiedelnden Industrie sind bis dato zumindest unbeantwortet geblieben.

Es ist höchste Zeit für die Verantwortlichen der Stadt Graz, und ich zähle mich natürlich auch mit dazu, diese und noch mehr offene Fragen zu beantworten, die

Auswirkungen einzuschätzen und endlich auch zu handeln. Die Entwicklung strategischer Stadtentwicklungslinien ist nicht Aufgabe der InvestorInnen, sondern hier, und das muss die ureigenste Aufgabe der Kommune sein. In einem öffentlichen Diskussionsprozess muss sich die Stadt darüber Klarheit verschaffen, was in Zukunft wo und wie geschehen soll: Wo sollen Wohngebiete entstehen, welche Industrien passen auf welche Flächen in das wirtschaftliche Gefüge, wie werden die BewohnerInnen und Beschäftigten in Graz mit Erholungs- und Naturraum versorgt? Wie kann zum Beispiel eine Ökostadt mit wenig Autos verwirklicht werden, wie die soziale Durchmischung des Viertels usw.? Also da gibt es ganz viele sehr spannende, noch offene Fragen, die zu diskutieren, es wert wären.

Wenn die Stadt weiß, was sie will, welche Entwicklung wo sinnvoll ist und stattfinden kann, was dadurch für Veränderungen zu erwarten sind und welche Voraussetzungen nötig sind, nur dann kann es eine gute Kooperation zwischen den InvestorInnen und der Stadt geben.

Wir erachten es als dringlich, den bevorstehenden und notwendigen Diskussionsprozess für die Reininghausgründe sofort zu starten, in Zusammenarbeit mit dem Investor und stellen daher den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, die zuständigen Stellen werden beauftragt,

1. noch in dieser Gemeinderatsperiode eine Sondersitzung des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung einzuberufen, in der die weitere Vorgehensweise zur Definition der Rahmenbedingungen für die städtebauliche Entwicklung der Reininghausgründe inklusive der Hummelkaserne festgelegt wird,
2. die Sicherung von Vorbehaltsflächen für den notwendigen Ausbau des Öffentlichen Verkehrs, der Rad- und Fußwege vorzubereiten.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** zur Dringlichkeit: Frau Klubobfrau, ich weiß nicht, ob das eine Premiere ist in diesem Fall, aber ich sage einmal, unser Abstimmungsverhalten, wir werden das, was du vorschlägst umsetzen, aber wir halten es für nicht dringlich (*Applaus ÖVP*). Ich werde das ein bisschen erläutern. Zunächst einmal sage ich es halt jetzt ein bisschen anders, wir bedanken uns von Seiten der Planung für die auch in der Öffentlichkeit und in den Medien ausgedrückten Komplimente, wir schlafen, wir sind zurückhaltend, wir sind holprig und passiv. Was tun wir in Wirklichkeit? Wir bereiten uns sowohl für die Reininghausgründe als auch für den Stadtteil Reininghaus inklusive Hummelkaserne vor und wir tun das mit Studien, die wir vergeben haben, wir tun das mit Arbeit und Bearbeitungen, die etwa die Stadtplanung macht zum Beispiel auf Basis der Lebensindikatoren, vor allem, die die Kollegin Tatjana Kaltenbeck-Michl in Auftrag gegeben hat, schätzen wir die Ausstattung ab, die es in diesem Bereich gibt. Wir haben Aufträge vergeben für die Erschließung im öffentlichen Verkehr, das sind alles Einzelstudien, die wir gerne zu einem Bündel zusammenstellen wollen, die für uns die Basis sind für unsere Vision, aber auch die Basis sind, um die Vision, die Asset One dort hat, zu bewerten. Was wir nicht tun, das ist, dass wir nach jedem Studienergebnis zwei Pressekonferenzen machen und die Ergebnisse bekannt geben (*Applaus ÖVP*). Damit wollte ich kurz umschreiben, dass die Planungsabteilung unter der Leitung der Baudirektion seit vielen Wochen und durchaus auch Monaten in sehr intensiven Planungsvorbereitungen ist. Wir haben zum Teil davon berichtet, aber ich kann es nur nochmals sagen, es geht nicht um Einzelstudien, sondern wir werden selbstverständlich die Ergebnisse und auch unsere Vorstellungen auf den Tisch legen, wenn das so weit ist. Wie ich überhaupt die Hektik in diesen Fragestellungen einfach nicht nachvollziehen kann und zwar deshalb nicht, weil Asset One von sich aus insgesamt um fünf Jahre Zeit gebeten hat, Reininghaus zu entwickeln und davon sind noch nicht einmal zwei Jahre vergangen. Ich orte aber und ich möchte jetzt auch ohne Aufregung sagen, hinter deinem Anliegen einfach eine grundsätzliche Diskussion und vielleicht ist es einmal gut, wenn wir diese grundsätzliche Diskussion führen, ich vermute einfach sehr stark, dass du einem sehr, sehr stark planwirtschaftlichen Ansatz das Wort redest und zwar planwirtschaftlichen Ansatz, dem zugrunde liegt, die Stadt könne alles, es liegt alles nur auf der Seite der Stadt, um Entwicklungen so voranzutreiben und auch um einfach um Entscheidungen festzulegen, die nicht unsere Aufgabe sind. Ich denke zum Beispiel die Frage, wenn

ein Kerngebiet ausgewiesen wird, wo Wohnen stattfindet, ist zunächst einmal, ich werde das gleich noch kurz ausführen, zunächst einmal eine Entscheidung des Investors. Ich denke auch, wenn du die Frage stellst, welche Investitionsbranche soll dort stattfinden, das ist aus meiner Sicht eine Entscheidung des Investors. In staatlich regulierten Marktwirtschaften, wie wir das haben, ist die Entscheidung über solche Investitionen eine private Entscheidung, unsere Aufgabe, die Aufgabe der Stadt ist es zu steuern und zwar über die Instrumente, die wir haben, dass hier öffentliche Interessen wirklich berücksichtigt werden, dass sie auch umgesetzt werden, dass wir den Investor begleiten und jedenfalls auch diese Entscheidungen regulieren. Das tun wir, ich möchte darauf aufmerksam machen, dass es im gesamten Bereich von Reininghaus Flächenplanumwidmungen geben wird und wir haben Asset One seit langem verständigt, dass wir selbstverständlich auf diesem Gebiet die Bebauungsplanpflicht einführen werden. Das heißt, sollte Asset One irgendwann eine Vorstellung haben oder eine Vision, die nach unserer Auffassung den öffentlichen Interessen oder was auch immer widerspricht, dann haben wir sowohl mit dem Flächenwidmungsplaninstrument als auch mit der Bebauungsplanung in der Hand, nein zu sagen oder zumindestens zu korrigieren. Ich denke, dass das wirklich unsere Aufgabe ist, ich bekenne mich auch dazu, ich denke auch, wenn man planwirtschaftliche Ansätze im Städtebau der letzten Jahrzehnte betrachtet, dann sind die jedenfalls nicht so erfolgreich gewesen, dass sie unbedingt nachempfandenswert sind. Also ich glaube, dass diese grundsätzliche Arbeitsteilung, nämlich die Entscheidung durch die Investoren und unsere Aufgabe ist es zu regulieren, durchaus richtig ist. Das Letzte, was ich zu deinem Antrag sagen soll, ich finde die Maßnahmen, die du vorgeschlagen hast, sehr, sehr geschickt, sehr, sehr gut, ich kann nur noch sagen, wir haben sie bereits umgesetzt, wir haben mit Asset One vereinbart, dass es im Oktober einen Sonderausschuss geben wird, wir werden den auch in Reininghaus draußen machen, ich habe in einem langen Gespräch mit Ernst Scholdan das vorgeschlagen und ihm auch gesagt, dass wir das machen werden, es gibt bereits Terminkoordinationsgespräche zwischen der Baudirektion und Asset One. Ich halte das ebenfalls für gut, es wird auch Gelegenheit sein, dass wir dann unsere bisher zusammengefassten Ergebnisse, wie wir uns die Entwicklung vorstellen, darlegen und es wird umgekehrt auch Asset One die Gelegenheit gegeben und das ist auch das Anliegen, von sich einmal zu sagen, welche konkreten Pläne Asset One verfolgen wird. Diese Veranstaltung wird im

Oktober stattfinden und es wird selbstverständlich dazu auch einen Bericht im Nachhinein geben, sodass der Informationsstand für alle, die jedenfalls im Ausschuss sind, und dann auch für den Gemeinderat der gleiche ist und jedenfalls auch klargelegt wird, was tatsächlich unternommen wird und unternommen wurde (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Gerhard, ich finde das toll, dass du gleich inhaltlich so offensiv hineingehst, wir haben ja gar kein Misstrauen und gar kein Vorurteil, wir erwarten ja von dir und haben vollstes Vertrauen, dass du fachlich und sachlich mit deiner Bauabteilung dies alles vorantreiben wirst. Ich meine nur, was die Sigi Binder aufgeworfen hat, ist ja eine grundsätzliche Bewertung und Frage. Nicht, dass es Misstrauen gegenüber dem Gerhard Rüschi gäbe oder seinen Abteilungen, sondern einfach, es geht um eine Grundsatzfrage. Jeder weiß, dass in den letzten Jahren sehr viel im Grazer Westen passiert ist, also in den 90er-Jahren war noch Go West, war wie ein skurriles Wort. Aber in den letzten Jahren ist sehr, sehr viel passiert, gerade auf Grund dieses Slogans, ich denke an die Fachhochschule, wir haben heute drüber diskutiert, ein richtiger Wissensgürtel ist entstanden. Die List-Halle, neue Event- und Infrastrukturmöglichkeiten, eine neue Stadtbibliothek wird uns präsentiert im Oktober, wir haben Investitionen, das Morre-Center und vieles andere mehr an neuen und Innovationen usw. Also, wie der Walter Ferk immer sagt, mit Wachstum Nummer eins werden und es zeigt sich, der Grazer Westen hat ein neues Bild bekommen, ein Selbstwertgefühl, ein Selbstwertgefühl der besonderen Art, hat eine Umstrukturierung, einen Umbau eine Imageänderung erfahren und eine Aufwertung erfahren und eine erhöhte Wertschöpfung erfährt es.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Eggenberg wird der 1. Bezirk.

GR. **Herper:** Ich rede noch über Eggenberg, ich rede über den ganzen Grazer Westen. Jetzt ist das eine Entscheidung, die nicht in diese Funktionsperiode fallen wird, sondern in der nächsten zu wählenden am 20. Jänner. Wie wird ein ganz neues Stadtviertel für 12.000 bis 15.000 Menschen am Anfang des 21. Jahrhunderts kreiert?

Zwischenruf GR. Dr. Spielberger: Wird schon untersucht.

GR. **Herper:** Es wird nicht untersucht, darüber geht es auch um eine demokratische Mitbestimmung aller Fraktionen, nicht nur der Ämter, sondern der Bevölkerung, es geht darum, was wir heute einen ganzen Nachmittag diskutiert haben. Effiziente alternative Energieformen, es geht darum um die Jugend, Kinderbetreuung, Soziales, Gesundheitseinrichtungen, Ärztepraxen, die Vision eines neuen Bades, die Frage, die sich stellt mit Sporteinrichtungen, die S-Bahn-Anbindung, jetzt wo wir den Knoten Don Bosco haben. Die öffentlichen Verkehrsverbindungen, alles das, was der Gerhard Rüscher schon angesprochen hat, was natürlicherweise in Arbeit ist und auch die Möglichkeiten, die sich notwendigerweise ergeben bei so vielen Menschen, Fragen der Sicherheit, Feuerwehr, Exekutive etc. Ich glaube, kommunaler Wohnbau ist ein Stichwort, danke Sepp, dass du mir das gegeben hast, kommunaler Wohnbau kann hier eine Initialzündung wieder geben zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Ich glaube, hier haben wir auch die Möglichkeiten ganz neue Dinge zu schaffen, einen neuen Stadtteil, so wie es Linz mit der Solar-City gemacht hat, also vieles andere mehr und damit meine ich, habe ich sehr viel, nicht nur Sympathie, sondern viel Unterstützung hege ich für den Sigi-Binder-Antrag, weil er grundsätzliche Fragen aufwirft, die man nicht so einfach abschasseln kann, wir arbeiten eh dran. Unsere Abteilungen, was ich eh verstehe, das ist ihre Aufgabe, Gerhard, das ist auch eure Notwendigkeit, dafür seid ihr auch bestellt, dafür Sorge zu tragen, dass das alles ordnungsgemäß vorbereitet wird, aber wir brauchen in dieser Funktionsperiode, vor allem durch dieses hohe Haus, noch eine Kontrollinstanz. Wir möchten gerne wissen, bevor diese Funktionsperiode ausläuft, neben einem Ausschuss...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Die Vorsitzende lädt ein.

GR. **Herper:** ...hätten wir gerne noch ein Fazit gezogen. Wie weit sind generell die Vorbereitungen, lieber Peter, wie weit sind generell die Vorbereitungen, was ist in Auftrag zu geben für die nächste Funktionsperiode, was ist auch weiterzugeben? Deswegen bitte ich dich, Sigi Binder, da du im Lichte der Ausführungen von Gerhard Rüschi, der ja sehr pragmatisch darauf reagiert hat, dass du nicht sagst in deinem konkreten Antrag, nachdem ja ein entsprechender vom Gerhard Rüschi, ein Sonderausschuss, kein Spezialausschuss, ein Sonderausschuss anberaumt ist, glaube ich, für 10. Oktober, in dem Bereich Reininghaus, dass es dennoch oder vorher schon, Gerhard, dass es auf jeden Fall bis zum Ende dieser Funktionsperiode einen Bericht im Gemeinderat gibt, würde ich dich bitten, nicht in der nächsten Gemeinderatssitzung, Sigi Binder, und auch eine entsprechende vorrangige Sitzung des Sach- und Fachausschusses. Das halte ich einfach für notwendig, diesen demokratisch gewählten Gemeinderat noch einmal insgesamt mit einer Grundsatzdebatte und einer Information zu belasten.

Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi: Tun wir ja.

GR. **Herper:** Das ist eine so wichtige Zukunftsentscheidung für soundsoviele Menschen, das ist mir einfach zu wichtig, um es einfach in dieser Weise abhandeln zu lassen. Ich bitte um Verständnis, wir werden dem Sigi-Binder-Vorschlag die Zustimmung geben, wenn du real darauf eingehst, dass es nicht in der nächsten Gemeinderatssitzung, sondern bis zum Ende der Funktionsperiode eine solche Informationsschrift im Gemeinderat gibt und auch einen diesbezüglichen Sach- und Fachausschuss (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Weil ich heute drauf vergessen habe, aber es auch für die Zukunft ganz, ganz wichtig ist, Klubobmann und Gemeinderat Dr. Peter Piffl-Percevic ist seit wenigen Tagen Großvater geworden und gratuliere dem Opa ganz, ganz herzlich dazu (*allgemeiner Applaus*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, lieber Karl-Heinz, es hat ja der Gerhard Rüschi bereits angesprochen und wenn ich mich richtig erinnere, vor etwas längerer Zeit schon waren wir alle bei Asset One und wir wissen, dass also die sich selbst, um dieses Grundstück ordentlich zu entwickeln und auch die entsprechenden Firmen dort ansiedeln zu können, einen langen Zeitraum lassen. Warum wir jetzt hergehen, der 20. Jänner winkt ja bei jedem Ding da schon herunter, diese Dinge jetzt dringlich zu behandeln, das ist mir einfach unverständlich. Selbst wenn der Gerhard Rüschi jetzt sagt, es gibt eine Information im Ausschuss, ist das wunderbar, nur es wird dieser Gemeinderat keine oder in dieser Funktionsperiode keine gravierenden Beschlüsse zu fassen haben, die in die nächste Periode wirken werden, wo dieses Projekt zum Tragen kommt. Also für uns ist überhaupt kein Ansatz für eine Dringlichkeit und schon gar nicht für diese planwirtschaftlichen Ansätze, die sich breit machen (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Sie zieht zurück.

GRin. **Binder**: Nein, sie zieht nicht zurück und ich muss lachen über den planwirtschaftlichen Ansatz, da ist dir wieder was gelungen, lieber Herr Stadtrat Rüschi. Auf die Idee wäre ich überhaupt nie gekommen, dass das ein planwirtschaftlicher Ansatz sein soll.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Gott sei Dank haben wir den Gerhard.

GRin. **Binder:** Also Planwirtschaft war für mich immer ganz was anderes. Also entschuldige, er hat mich analysiert, glasklar, und sagt, das ist ein planwirtschaftlicher Ansatz, gut, muss ich nachdenken. Aber was mir schon wichtig ist und da glaube ich sehr wohl, aber das hast auch du durchaus in deiner Wortmeldung anklingen lassen. Was sind die Aufgaben der Stadt, zu steuern und Vorgaben zu machen, sich Gedanken zu machen, Visionen zu entwickeln, hast du gesagt. Du verschaffst dir auch die Basis dafür, dass du eine Vision auch entwickeln kannst für das, was dort entsteht. Ein zweites Zentrum zu einem ersten Zentrum und ich finde es eben so spannend, auch darüber nachzudenken, vertragen sich zwei Zentren und wie schaut so eine Bipolarität aus usw. Aber ich nehme das für mich als etwas beruhigend zur Kenntnis, dass du ohnehin auch an einen Sonderausschuss gedacht hast für den Oktober und für all jene, die glauben, dass ich so planwirtschaftlich unterwegs bin, ich gehe davon aus, dass eine Zusammenarbeit zwischen Investor und Politik, dass diese Zusammenarbeit ja nur zum Vorteil für alle ist und erinnere nur daran, ohne dass ich jetzt Weihwasser verspritze, das dürfte ich nicht, ich bin auch nicht kirchliches Mitglied, aber, also ich erinnere daran, dass das, was du angekündigt hast und was auch schon läuft, unsere Aufgaben sind, ganz einfach. Wir brauchen uns nicht belobigen, das sind unsere Aufgaben. Und ich würde mich einfach freuen, wenn es mehr an Gespräch gibt, ich habe mir aufgeschrieben, wir sollten mehr miteinander reden, denn dass es schon Studien gibt und dass man nicht in Hektik ausbrechen braucht usw. Ich denke, man sollte mehr den Zwischendialog führen und nicht immer nur warten auf eine Ausschusssitzung oder auf eine Gemeinderatssitzung, wenn hier so Informationen laufen würden, dann würde sich wahrscheinlich manches auch erübrigen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

14) Errichtung eines Konsumraums

GRin. **Jahn** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Jahn**: In meinem dringlichen Antrag geht es um die Errichtung eines Konsumraums. Wir haben ja leider auf Grund von Todesfällen auch in Graz in den letzten Monaten oder eigentlich schon seit eineinhalb Jahren immer wieder Diskussionen in der Steiermark und insbesondere in Graz zur Errichtung eines Konsumraums, wobei gerade in der öffentlichen Debatte, die zu unserem Leidwesen oft sehr polemisch und nicht auf der sachlichen, auf der gesundheitspolitischen und auch nicht auf der sozialpolitischen Ebene geführt wird und wo es meistens um den Aspekt der Beschaffungskriminalität geht. Leider wird, wie gesagt, nicht über die Notwendigkeit einer niederschweligen Einrichtung, in der unter medizinischer und sozialarbeiterischer Begleitung schwer Abhängigen Heroin verabreicht wird, meist eben nicht mit dem nötigen Maß an Seriosität daran gearbeitet und auch diskutiert. Dass es sich bei Suchtkranken um eine gefährdete Gruppe von Menschen handelt, die aus höchst unterschiedlichen Gründen suchtkrank werden und sind und dass auch ihnen im Sinne der Wahrung der Menschenrechte und ihrer persönlichen Würde eine gesundheitliche Versorgung zusteht, wird leider, wie gesagt, nur sehr selten thematisiert. Es ist schizophoren und auch aus medizinischer Sicht untragbar, wenn man den Leuten sterile Spritzen gibt und ihnen dann sagt: „Aber drücken tut's im Bahnhofsklo“, sagt Peter Ederer, seines Zeichens Suchtkoordinator des Landes Steiermark. Ähnliches sagt auch Caritas-Präsident Franz Küberl über die Notwendigkeit von Konsumräumen, wie man dem Falter 17. Mai 2006 entnehmen kann.

Wie die Erfahrungen anderer Städte zeigen, bilden gerade aus gesundheitspolitischer Sicht Drogen-Konsumräume eine sinnvolle Ergänzung zu anderen Betreuungs- und Therapieangeboten.

Im Sinne der Gesundheitsvorsorge

- reduzieren sie die tödlichen Zwischenfälle durch Überdosierung
- erleichtern sie die Intervention bei Zwischenfällen und damit die Wiederbelebbarkeit

- reduzieren sie die HIV- und Hepatits-Infektionsgefahr,
- sie erleichtern den Zugang zu medizinischer Grundversorgung und spezialisierter Suchtbehandlung
- mindern sie die gesundheitlichen Risiken auch der SuchtbetreuerInnen, der PolizistInnen und der Rettungsdienste, die mit ihnen zusammenarbeiten
- Konsumräume vermindern auch die Beschaffungskriminalität und
- auch die Anzahl unentsorgter Spritzen und Nadeln an öffentlichen Toiletten, die ja auch bei uns im Gemeinderat schon öfter ein Thema waren, werden natürlich dadurch verringert.

Derzeit gibt es in der EU sehr viele Beispiele von Konsumräumen, die schon eingeführt wurden, zuerst auf Projektbasis und dann längerfristig, zum Beispiel in Deutschland, in Luxemburg, in Spanien, aber auch in den Niederlande, es gibt positives Projekte in der Schweiz, auch in Australien und in Kanada. Es gibt dazu ausreichend Studienmaterial, auch eine Studie vom Ludwig-Boltzmann-Institut aus 2003, die eben die Tätigkeitsberichte und die Erfahrungen dieser Einrichtungen analysiert und evaluiert hat, wo eben auch herausgekommen ist und zwar sehr eindeutig, dass Konsumräume von den Zielpersonen sehr gut angenommen werden und eine gute Auslastung vorliegt. Die Möglichkeit, in Ruhe zu konsumieren, steriles Besteck zur Verfügung zu haben, gute Beratungsangebote vor Ort zu erhalten und einen sozialen Treffpunkt zu haben, werden dabei als Gründe für die Annahme der Konsumräume bei den Betroffenen genannt. Zudem können über derartig niederschwellige Einrichtungen natürlich auch Suchtkranke erreicht werden, die mit anderen Betreuungsangeboten nicht erreicht werden, auch ein wesentlicher Aspekt.

Es gibt auch seitens des Gesundheitsamtes Bemühungen und Bestrebungen in diese Richtung, es wurde mehrmals auch von der zuständigen Stadträtin angekündigt, hier aktiv zu werden. Was wir natürlich als Grüne sehr begrüßen, logischerweise. Es gibt auch eine Befragung vom Gesundheitsamt, die ergibt, dass 90,5% der Betroffenen in Graz den Bedarf für einen Konsumraum sehen und auch 74% diesen Raum nutzen würde, wenn es ihn geben würde. Da wir auch in Graz immer wieder leider Gottes Todesopfer zu beklagen haben und die Konflikte auch im öffentlichen Raum zunehmen und auch sichtbarer werden, besteht aus unserer Sicht ein sehr dringender Handlungsbedarf. Ich weiß, dass es seitens der zuständigen

Stadträtin ein mittlerweile fertig entwickeltes Konzept gibt. Ich weiß auch, dass sie mir sagen wird, der Antrag ist völlig unnötig, weil es gibt das Konzept und wir werden das schon umsetzen. Ich sehe das nicht so, weil leider Gottes die Erfahrung gezeigt hat, dass ein Konzept, das einmal geschrieben wurde, noch lange nicht bedeutet, dass das dann auch wirklich umgesetzt wird und mir persönlich ist es sehr wichtig, auch auf Grund der leider Gottes immer wieder vorkommenden Todesfälle in der Stadt, dass wir auch im Gemeinderat zu diesem Thema diskutieren und mir ist es wichtig, dass wir in aller Ausführlichkeit hier mit den unterschiedlichsten Zugängen auf hoffentlich einem seriösen Niveau zu diesem Thema diskutieren, dass wir gemeinsam uns dieses vorliegende Konzept anschauen, darüber diskutieren und dann hoffentlich auch ein Gemeinderatsstück dazu vorgelegt wird. Denn nur dieses gewährleistet, dass es auch zu einer Umsetzungsphase kommt. Ich weiß schon, dass euch das nicht passt, trotzdem darf ich jetzt, ich weiß, die KPÖ findet, das bringt nichts, macht mir aber nichts in dem Fall, ich glaube schon, das es was bringt, ich habe das eher als Unterstützung auch für euer Anliegen gesehen, dass es zumindest einmal eine Bekundung des Gemeinderates zu diesem Thema gibt, aber da gibt es offensichtlich unterschiedliche Auffassungen.

Daher stelle ich namens der ALG den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, in Kooperation mit dem Suchtkoordinator der Stadt Graz ein Konzept für die Einrichtung eines Konsumraumes zu entwickeln, was ja Gott sei Dank schon passiert ist, aber der Part noch nicht erfüllt ist, und was eigentlich die Unterstützung auch für euch gewesen wäre, aber na ja, und dieses dem Gemeinderat noch in diesem Jahr zur Diskussion vorzulegen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 19.35 Uhr den Vorsitz.

GRin. Mag. **Taberhofer** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kollegin Jahn! Eingangs hast du irgendwie angeführt, dass die öffentliche, politische Debatte im Zusammenhang Errichtung Konsumraum polemisch und weniger aus gesundheits- beziehungsweise sozialpolitischer Sicht bislang geführt worden ist. Das möchte ich im Prinzip für unsere Fraktion vor allem zurückweisen, im Gegenteil, abgesehen davon, dass es die Diskussionen gegeben hat, gibt es mittlerweile ein fertig ausgearbeitetes Konzept. Dieses Konzept habe ich hier, also es ist erstellt vom Dr. Ulf Zeder, dem Suchtkoordinator der Stadt Graz und liegt mittlerweile in Wien beim Bundeskoordinator, Suchtkoordinator Pietsch, zur Begutachtung auch vor und wird auch mit einer Gruppe zusammen also begutachtet und wenn ich das Inhaltsverzeichnis nur kurz aufschlage, dann wird deutlich, einerseits enthält das Konzept eine Kurzbeschreibung von Konsumräumen, also eine Definition. Es wird die Situation in Graz dargestellt, wichtig ist es auch, dass die Zielgruppen, die Zugangsbedingungen, die Rahmenbedingungen bis hin zum Finanzbedarf umfasst das Konzept alle diese Punkte. Das heißt, es erübrigt sich, also der inhaltliche Antrag mit dem Wunsch quasi ein Konzept zu erstellen, denn wenn es ein Konzept bereits gibt, erübrigt sich das und ich würde einfach nur sagen, es geht darum, sich möglichst zu informieren über dieses Konzept und das vermisste ich bei der Kollegin Jahn, wenn sie sagt, sie wollte da nur helfen in dieser Frage, dann hätte ich für besser angenommen, dass man im Vorfeld sich informiert, was gibt es schon, und sich mit dem Konzept beschäftigt und dann zur Verstärkung kann man sich eine andere Vorgangsweise vorstellen, nur das empfinde ich als kontraproduktiv und nachdem das vorrangig im Antrag gefordert wird, bleibt eigentlich nichts mehr übrig, was wir inhaltlich unterstützen können und so gesehen würde ich sagen, brauchen wir Information zum vorliegenden Konzept und ich wünsche mir natürlich auch, dass es eine sachliche Debatte gibt und ich glaube nicht, dass man die nicht führen könnte, also nicht alle legen Wert auf Polemik, sondern eher um Sachpolitik bemüht und deshalb bitte ich halt um mehr Information und vielleicht gemeinsame Diskussion zum vorliegenden Konzept. Deshalb lehne wir natürlich als KPÖ-Fraktion die Dringlichkeit ab (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Edlinger:** Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ein Konsumraum leitet kein Recht auf Drogen ab und auch keine Billigung des Drogenkonsums, aber der tatsächliche Drogengebrauch in unserer Gesellschaft muss als Faktum ernst genommen werden und folglich müssen Maßnahmen gesetzt werden, die Abhängige erreichen, die ihnen gesundheitlich weiterhelfen, ethisch vertretbar und auch nachweislich effizient sind. Ich habe jetzt nur einen kleinen Absatz vorgelesen aus jenem Konzept, mit dem du, liebe Ulli, jetzt gewachelt hast, allerdings ist genau das auch die Bestätigung dafür, warum dieser dringliche Antrag von der Christina Jahn heute so notwendig war, weil wenn du sagst, du wünschst dir eine Diskussion über das vorliegende und bereits existierende Konzept, dann können wir diese nur führen, wenn das Konzept uns vorliegt und dieses Konzept haben wir erst heute bekommen auf Grund der Tatsache, dass dieser dringliche Antrag von der Christina Jahn eingebracht wurde. Und deswegen beziehen wir uns in unserer Zustimmung zur Dringlichkeit und zum offensichtlich dann nicht abgestimmten Inhalt des Antrages vor allem auf den zweiten Teil des Antragstextes, wo es darum geht, dass nicht nur ein Konzept erstellt werden soll, sondern dass dieses dem Gemeinderat noch in diesem Jahr zur Diskussion vorzulegen ist. Das passiert, aus welchen Grünen auch immer, von eurer Stadträtin nicht, wir haben es auch als Klub nicht übermittelt bekommen, ich weiß nicht, wie lange es das Konzept schon gibt, deswegen ja zur Dringlichkeit und zum Inhalt, vor allem, damit es überhaupt zu dieser Diskussion hier im Gemeinderat erst kommen kann (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Hammer:** Ich bedanke mich bei der Stadträtin Monogioudis für ihr Engagement in der Abklärung von rechtlichen Möglichkeiten in der Errichtung eines Konsumraumes, wo es jetzt darum einmal gehen muss, eindeutig die rechtliche Situation klarzustellen. Ich sehe auch die emotionale Verbundenheit von dir, Christina, zu diesem Thema, muss aber schon anmerken, dass dir offensichtlich die emotionalen Pferdchen durchgegangen sind. Denn der Antrag ist ungenügend vorbereitet. Die Hintergründe sind nicht recherchiert, das was an Arbeit unter Aufsicht der Stadträtin Monogioudis im Laufen ist, hast du nicht recherchiert und du hast vor allem auch, und das muss ich als eindeutigen Vorwurf hier in den Raum stellen, die gesetzlichen Grundlagen nicht recherchiert. Der § 27 Abs. 1 des Suchtmittelgesetzes

definiert dass „es macht sich strafbar, wer Suchtgift einem anderen überlässt oder verschafft“ und ich möchte dazu zitieren aus deinem Motivenbericht „im Sinne der Gesundheitsvorsorge reduziert der Konsumraum die kontrolliert Abgabe, also im Konsumraum vermindert die kontrollierte Abgabe die Beschaffungskriminalität“. Du wirst doch nicht ganz offensichtlich im Unwissen der gesetzlichen Lage fordern, dass in einem Konsumraum Suchtmittel abgegeben werden? Hier steht es schwarz auf weiß und ich habe genau zugehört, du hast es zwar ein bisschen modifiziert, bist aber letztendlich bei dieser Erklärung geblieben. Emotionale Verbundenheit mit einem Thema ist schön, aber wie nach Spaghettiwesternmanier ohne viel zu fragen, gleich zu schießen, das dürfte nicht passieren. Daher wird die Volkspartei der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Es wird ja jetzt niemanden in diesem Hause überraschen, wenn ich sage, dass wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen. Aber ich möchte schon eines sagen, liebe Christina, hier zu behaupten, dass es weniger Drogentote geben wird, wenn es einen Konsumraum gibt, also das wird niemanden davon abhalten, sich den „goldenen“ Schuss zu geben, es wird auch die Beschaffungskriminalität deshalb nicht sinken, sondern es ist einfach ein leichter Zugang, so sehen wir das zumindest, ein leichter Zugang zu den Drogen und das können wir absolut nicht unterstreichen und ob dringlich oder nicht, von uns keine Zustimmung logischerweise (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GRin. **Jahn**: Erstens, wo fange ich jetzt an, KPÖ. Ich habe nicht euch angesprochen, als ich mich auf die polemische Diskussion in der Öffentlichkeit bezogen habe, überhaupt nicht, interessant, dass ihr euch angesprochen fühlt, aber ihr wart definitiv nicht gemeint logischerweise. Ansonsten kann ich nur das, was die Elke Edlinger gesagt hat, unterstützen. Ich denke mir, ja das ist halt immer die Frage, wenn es dieses Konzept gibt und die zuständige Stadträtin das nicht für notwendig findet, dass das den einzelnen Klubs zukommt, dann, es tut mir leid, das ist halt dann immer die Frage, wie die Kommunikation rennt. Wie wir sehen, leider oft sehr schlecht hier

im Haus herinnen. Das war auch eben der Punkt von uns, dass wir wirklich einmal eine Diskussion zu dem Thema haben wollten und vielleicht passiert das auch irgendwann einmal, weil wir gerade zu dem Gesundheitsthema sehr, sehr selten diskutieren, was ich auch anmerken muss. Zum Kollegen Hammer, der Punkt ist, dass ich mich in meinem Antragstext auf eine sehr ausführliche Studie, die vom Fonds Gesundes Wien herausgegeben worden ist aus dem Jahr 2000 vom Suchtforscher Dr. Alfred Springer, der diese Studie eben für den Fonds gemacht hat am Ludwig-Bolzmann-Institut beziehe, ich kann dir gerne diese Studie zukommen lassen, das steht das ganze Datenmaterial über die Erfahrungen mit Konsumräumen weltweit über die Evaluierungsergebnisse etc. drinnen. Ich lasse dir das gerne zukommen zum Durchlesen, da wirst du sehen, dass das, was ich gesagt habe, nicht schlecht recherchiert oder an den Haaren herbeizogen ist, weil mir das Thema zu wichtig ist, als dass ich da jetzt mit irgendwelchem unseriösen Datenmaterial, mit irgendwelchen, weiß ich nicht, Google-Artikeln arbeiten würde, soviel dazu. Aber das können wir sicher gerne auf der sachlichen Ebene noch besprechen. Und das Gleiche gilt auch eigentlich für die FPÖ, die, was mich eh nicht wundert, einfach eine andere Meinung zu dem Thema hat. Ich habe gedacht, es ist möglich und es wird auch als Unterstützung verstanden, ich hätte es sinnvoll gefunden, hier zu einem Entschluss oder zu einem Beschluss für einen Konsumraum zu kommen. Leider ist das nicht möglich und offensichtlich gibt es auch, wie bei vielen anderen Themen, gerade beim heiklen Thema immer sehr viel Ankündigungspolitik und wenig Umsetzung. Ja, wenn das so ist, dann muss ich das zur Kenntnis nehmen. Wir werden es wieder probieren. Ganz einfach.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag, wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.